



Erinnern!

Aufgabe, Chance, Herausforderung.

2 | 2022



STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN SACHSEN-ANHALT

1933

1945

1989



Editorial	1
„Rollbahnen des Klassenfeindes“ – Transit als deutsch-deutscher Erfahrungsraum Franziska Kuschel	3
Die inszenierte Grenze – Flucht und Teilung in deutschen Spielfilmen der Fünfziger- und Sechzigerjahre Christian Hellwig	13
Die Macht Freiheit zu geben: zum Tode von Michail Gorbatschow Stefan Melle	25
Die Aufarbeitung der SED-Diktatur, die NS-Vergangenheit und die historischen Enquetekommissionen des Bundestages in den neunziger Jahren Ralph Jessen	30
Trauert Deutschland zu Deutsch? Rede anlässlich des Volkstrauertages am 13. November 2022 im Landtag von Sachsen-Anhalt Michael Wolffsohn	44
Durch die Augen von zwei Künstlerinnen. Neue Perspektiven auf das Schloss Lichtenburg in Prettin und die Gedenkstätte Bernburg: Das Heimatstipendium #2 der Kunststiftung Sachsen-Anhalt Melanie Engler Judith Gebauer	50
Vergangenes Grenzland? Interview von Felix Ludwig mit Astrid M. Eckert zu ihrem Buch „Zonenrandgebiet. Westdeutschland und der Eiserne Vorhang.“ Astrid M. Eckert	64

Zwischen Anziehungskraft und Aufklärung: Antisemitika in Deutschland und Frankreich	
Edith Schriefl	71

Der Marsch des Todes in die Freiheit: Die Räumung des KZ-Außenlagers Wansleben	
Rolf-Dieter Werner	84

Holocaust-Überlebende Eve Kugler besuchte ihre Geburtsstadt Halle (Saale)	
Anne Kupke-Neidhardt	96

Aus der Arbeit der Gedenkstätte

Bilinguale Projektwoche der 9/2 in der Gedenkstätte ROTER OCHSE	
Bericht von Alina Khazhueva, Teresa Weber (9/2), Sebastian Hackel (Geschichtslehrer)	104

Der vergessene Gedenktag – Veranstaltungsreihe der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn zum 70. Jahrestag der Schließung der innerdeutschen Grenze	
Insa Ahrens Felix Ludwig	112

Persönlich, konkret, verständlich: Zeitzeuge Eli Barzilai zu Besuch in der Gedenkstätte ROTER OCHSE in Halle	
Marieke Rösner	118

Liebe Leserinnen und Leser,

auf den russischen Überfall vom 24. Februar 2022 reagierend, widmete sich die letzte Ausgabe von „Erinnern!“ dem Thema „Ukraine“ aus erinnerungsgeschichtlicher Perspektive. Trotz bisherigen Scheiterns seiner imperialen Ambitionen setzt Russland seinen brutalen Angriffs- und Eroberungskrieg auf ukrainischem Territorium fort. Inmitten der allgegenwärtigen Berichterstattung zum Kriegsgeschehen warf die Meldung vom Tod Michail Gorbatschows ein grelles Schlaglicht auf die Zustände im heutigen Russland: Während der letzte Staats- und Parteichef der Sowjetunion ab Mitte der 1980er Jahre auf eine innenpolitische Öffnung seines Landes hinarbeitete und damit den Ost-West-Konflikt zu beenden half, steht sein Nach-Nachfolger im Kreml für eine autoritäre Kehrtwende in der Innen- und Außenpolitik. In einem Nachruf erinnert Stefan Melle, Geschäftsführer des Austausch e.V. (ehemals Deutsch-Russischer Austausch e.V.), an die historischen Verdienste des verstorbenen sowjetischen Friedensnobelpreisträgers, geht aber auch auf dessen Widersprüche ein.

Gleich mehrere Beiträge dieser Ausgabe beschäftigen sich mit der deutschen Teilungsgeschichte, deren plötzliches Ende nicht zuletzt mit dem Namen Gorbatschow verbunden ist. So widmet sich Franziska Kuschel von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur dem vor 50 Jahren in Kraft getretenen Transitabkommen zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Dieses Abkommen, das den grenzüberschreitenden Verkehr zwischen dem Bundesgebiet und West-Berlin regelte, sorgte für eine erhebliche Steigerung des innerdeutschen Reiseverkehrs. In der heutigen Erinnerungskultur markieren die ehemaligen Transitstrecken noch immer einen speziellen Erfahrungsraum deutsch-deutscher Geschichte. Astrid M. Eckert, Professorin für moderne europäische Geschichte an der Emory University in Druid Hills, hat 2019 in den USA eine umfassende geschichtswissenschaftliche Studie über das westdeutsche „Zonenrandgebiet“ veröffentlicht, die seit neuestem auch in deutscher Sprache vorliegt. In dem hier abgedruckten Interview äußert sie leise Zweifel, ob die periphere Region im Osten der alten Bundesrepublik wirklich als identitätsstiftend angesehen werden kann. Zwar sei das Zonenrandgebiet in einigen Filmdokumenten und Romanen verewigt worden, hätte die kulturelle Produktion sonst aber „nicht tiefgreifend angeregt“. Christian Hellwig von der Leibniz-Universität Hannover widmet sich speziell den gegensätzlichen Darstellungen deutsch-deutscher Zustände in fiktionalen Spiel-

filmhandlungen der 1950er und 60er Jahre. Im Unterschied zu der schier Fülle von „Nachwende“-Produktionen, in denen die Handlung meist vom Ende her erzählt wird, hätten die zeitgenössischen Filme in stärkerem Maße gesellschaftliche Debatten und Aushandlungsprozesse befeuert.

Die Beiträge von Michael Wolffsohn und Ralph Jessen widmen sich ganz anderen Facetten der deutschen Erinnerungskultur. Wolffsohn, der bis 2012 Neueste Geschichte an der Universität der Bundeswehr in München lehrte, setzt sich in seiner im Landtag von Sachsen-Anhalt gehaltenen Rede am diesjährigen Volkstrauertag kritisch mit eben diesen auseinander. Im Ergebnis der Beschäftigung mit der Frage „Trauert Deutschland zu Deutsch?“ fordert er ein stärker reflektierendes Totengedenken, das die kollektiven Traumata von Deutschen mit Migrationshintergrund mit einschließt. „Wer nämlich nicht gemeinsam trauern kann, kann auch nicht gemeinsam feiern.“

Jessen, ehemaliger Professor für Neuere Geschichte am Historischen Seminar der Universität Köln, würdigt in seinem Beitrag die Bedeutung der zwei Enquetekommissionen des Deutschen Bundestages, die sich zwischen 1992 und 1998 mit der Geschichte und den Folgen der SED-Diktatur befassten. Ihr Beitrag für die Entwicklung einer gesamtdeutschen Gedenk- und Erinnerungskultur war essenziell im Hinblick auf die langfristige Sicherung und Institutionalisierung der historisch-politischen Aufarbeitung der doppelten deutschen Diktaturvergangenheit. Eines der wichtigsten Ergebnisse markierte die Entwicklung der Bundesgedenkstättenkonzeption von 1999, über deren weitere Fortschreibung aktuell debattiert wird.

Diese und andere Artikel zu vielfältigen Themen finden Sie in dieser Ausgabe. Ich wünsche Ihnen eine angenehme und spannende Lektüre.



Dr. Kai Langer

Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt



Transitverkehr am Grenzübergang Wartha/Herleshausen, 1980

„Rollbahnen des Klassenfeindes“ – Transit als deutsch-deutscher Erfahrungsraum

Franziska Kuschel

Marienborn/Helmstedt, Wartha/Herleshausen, Drewitz/Dreilinden und andere sind besondere Erinnerungsorte in der Geschichte der deutschen Teilung. Nimmt man die Transitstrecken hinzu, sind es Bezugspunkte der Erinnerung sowohl für die Westdeutschen als auch für die Ostdeutschen. Hier erlebten Millionen Transitreisende ein Stück SED-Diktatur hautnahe – auch jene Bundesbürgerinnen und -bürger, die keine familiären Beziehungen in die DDR hatten. In der Erinnerung vieler haben sich die Erlebnisse eingepägt: die Passage an den Grenzübergangsstellen, die Flugblätter, die die Bundesregierung verteilen ließ und mit denen sie an die Vorschriften für die Reise durch die DDR erinnerte, das häufig als beklemmend beschriebene Gefühl westdeutscher Reisender auf den Transitwegen bis hin zu manchem persönlichen Kontakt



Beginn der Sperrezone vor der Grenze, Bezirk Erfurt, 1980

zwischen Ost und West, der von der SED-Führung nicht erwünscht war. Karl Schlögel hat diese Erfahrung von Transitreisen für die Westdeutschen als so prägend beschrieben, dass er von einer „Generation Marienborn“ sprach.¹

Die Transitwege in der DDR sind aber auch für Ostdeutsche Teil der Erinnerung. Es waren Verkehrswege, die sie nutzten, wenngleich für die Allermeisten die Reise an der Fünfkilometer-Sperrezone endete und sie erst nach der Maueröffnung die Grenzübergangsstellen in die Bundesrepublik durchquerten. Die Strecken zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik wurden durch das Aufeinandertreffen von West und Ost zum Schaufenster des Westens – sei es durch eine verbotenerweise abgelegte Westzeitung oder schlicht die vielen westdeutschen Fahrzeuge. Dabei blieb die Transitautobahn für viele ein „Mysterium“, wie es der Lesebühnenautor und Poetry-Slammer Micha Ebeling treffend beschrieben hat.² Vergleichbar waren die Beobachtungen an den Transitautobahnen vielleicht mit der zweimal jährlich stattfindenden Leipziger Messe, die zu einem Treffpunkt zwischen Ost und West wurde, auch wenn dieser „Westen“ doch für die allermeisten zugleich nicht erreichbar war.



Interzonenzug bei Marienborn, 1980

Transit von den 1950er bis Ende der 1980er Jahre

Der Transit war Teil des Grenzregimes und erfolgte auf der Straße, über die Schiene, über Wasser und über Luft. Das deutsch-deutsche Verkehrsnetz in der DDR umfasste rund 1.000 km Transit-Autobahnen und bis 1982 im Norden eine Landstraße, die Fernstraße 5, bevor auch dort eine Transitaubahn entstand. Hinzu kamen gut 1.200 km Schienennetz und 440 km Wasserstraßen.³

Über die Jahre nahm die Zahl der Reisenden kontinuierlich zu: 1966 waren die 10 Millionen Transitreisenden pro Jahr erstmals knapp erreicht; mit dem Transitabkommen 1972 erhöhte sich die Zahl sprunghaft und stieg Ende der 1980er Jahre auf über 30 Millionen Reisende jährlich an. Dabei überzog der Straßenverkehr bei Weitem. Im Jahr 1987 durchquerten von den rund 32 Millionen Reisenden fast drei Viertel (rund 23 Millionen) die DDR auf der Straße, und die allermeisten Transitreisenden nutzten die Strecke zwischen West-Berlin und Helmstedt/Marienborn. Weit dahinter folgte der Luftverkehr mit rund 5 Millionen und der Eisenbahnverkehr mit rund 3 Millionen Personen. Die Übrigen flogen über Berlin-Schönefeld (Ost-Berlin) und reisten von dort mit Zubringerbussen nach West-Berlin ein.⁴



Fernstraße 5 von West-Berlin nach Hamburg, 1982

Angesichts der seit den 1950er Jahren stetig steigenden Zahlen an Transitreisenden erklärte die DDR-Partei- und Staatsführung die Transitwege zu einem besonderen Sicherheitsproblem. Die „Rollbahnen des Klassenfeindes“ bedurften aus ihrer Sicht einer besonderen Überwachung – durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), das Ministerium des Innern der DDR sowie die DDR-Zollverwaltung.⁵ Eine Personengruppe erhielt dabei über die Jahre besonders viel Aufmerksamkeit: die sogenannten Westkraftfahrer. Die DDR-Propaganda verbreitete seit den 1950er Jahren das Bild des „Westkraftfahrers“ als rücksichtslosen Verkehrsteilnehmer, der unschuldige DDR-Bürger in Unfälle verwickelte und immer wieder Menschenleben auf dem Gewissen hätte.⁶ Eine besondere Gefahr wurde aber vor allem in der „Verbindungsaufnahme“ zwischen Bundesbürgern und der DDR-Bevölkerung gesehen. Gerade die Kontaktmöglichkeiten für ostdeutsche Bürgerinnen und Bürger mit dem „Klassenfeind“ wurden als hohes Sicherheitsrisiko eingestuft. Das konnten zufällige Begegnungen sein, die zu einem kurzen Gespräch führten, oder persönliche Treffen, die Möglichkeiten für die Übergabe von Waren oder gar für Fluchten boten. Aber auch abgelegte westliche Zeitungen und Zeitschriften schienen eine Überwachung der Strecken mit ihren Tankstellen und Rast-

plätzen unumgänglich zu machen. Schließlich war auch das Abweichen westdeutscher Reisender von vorgesehenen Transitrouten in der DDR verdächtig und hatte mitunter Festnahmen zur Folge.⁷

Besonders in den 1950er und 1960er Jahren war der Kalte Krieg auf den Straßen zu spüren, und Reisende mussten auf ihrem Weg durch die DDR zahlreiche Einschränkungen in Kauf nehmen. Der Beschluss zur Abriegelung der innerdeutschen Grenze im Mai 1952 seitens der SED-Partei- und Staatsführung und der Ausbau der Sperrzone hatte Auswirkungen auch auf den sogenannten Interzonenverkehr, wie der Transit bis in die 1960er Jahre hieß. Mit den Maßnahmen von 1952 reduzierte sich die Zahl der Übergänge schlagartig, und es blieben nur noch sechs Eisenbahnübergänge und fünf Autobahn- bzw. Straßenkontrollpunkt übrig.⁸ Mit dem Mauerbau 1961 nahmen die Störungen weiter zu. Einschränkungen und Schikanen erfuhren Reisende auch je nach politischer Großwetterlage: Dazu gehörten etwa willkürliche Rotschaltungen an den Grenzübergangsstellen, die zu kilometerlangen Staus und stundenlangen Wartezeiten führten, aber auch wahllose Kontrollen von Fahrzeugen und Gepäck. Ebenfalls von Willkür geprägt waren erzwungene Fahrtunterbrechungen und Zurückweisungen. Im schlimmsten Fall hatten die Fahrzeuge dorthin zurückzufahren, wo sie hergekommen waren. Als politisch und als Ausdruck der Nichtanerkennung der DDR-Gesetzlichkeit galten zudem Verkehrsübertretungen. Besonders das DDR-Innenministerium gab als Ziel aus, durch Verkehrs- und Geschwindigkeitskontrollen den „Westkraftfahrer“ zu disziplinieren und zu erziehen und hierfür teils drastische Strafen auszusprechen. Das Ziel sei erst erreicht, so Innenminister Friedrich Dickel 1967, wenn „in Westdeutschland und Westberlin über die Maßnahmen geklagt“ werde.⁹

Schließlich war eine Transitreise bis zum Inkrafttreten des Transitabkommens 1972 auch mit Bürokratie und Kosten verbunden. Die von der DDR 1951 eingeführten und mehrmals modifizierten Straßennutzungsgebühren für PKW waren von den Transitreisenden selbst zu zahlen. Im Jahr 1969 kostete der Transit bis 200 km, also etwa die Strecke zwischen Helmstedt und West-Berlin 5 DM, der Transit bis 400 km, also von Herleshäusen nach Berlin 20 DM. Zudem wurde 1968 das Transitvisum eingeführt, das ebenfalls kostenpflichtig war (5 DM).¹⁰



Paraphierung des Transitabkommens durch Egon Bahr (SPD) und Michael Kohl (SED), Ost-Berlin 1971

Transitabkommen

Mit dem Transitabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR 1972 wurde ein rechtlicher Rahmen für Reisen von Privatpersonen durch die DDR geschaffen und mit den neuen Regelungen Willkür und Schikanen in großen Teilen Einhalt geboten. Möglich wurden die Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten erst mit der Entspannungspolitik unter Bundeskanzler Willy Brandt.

Die ersten Gespräche begannen im November 1970. Verhandlungsführer waren die Staatssekretäre Egon Bahr für die Bundesrepublik und Michael Kohl für die DDR. Nach einem Stopp der Gespräche im Frühjahr ermöglichte es der Abschluss des Viermächte-Abkommens über Berlin, das die Botschafter der Alliierten im September 1971 unterzeichnet hatten, die deutsch-deutschen Gespräche fortzusetzen.¹¹ Im Viermächte-Abkommen garantierte die Sowjetunion erstmals seit 1945 den ungehinderten Transitverkehr auf Straße, Schiene und zu Wasser zwischen der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin.

Im Dezember 1971 von Bahr und Kohl unterzeichnet, trat das Transitabkommen am 3. Juni 1972 schließlich in Kraft. Als eine „Art Ausführungsvereinbarung zum Vier-

mächteabkommen“ regelte es den grenzüberschreitenden Verkehr zwischen der Bundesrepublik und dem Westteil Berlins.¹² Der Vertrag sah vor, dass der Personen- und Güterverkehr zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin künftig ohne Behinderungen und in der „einfachsten, schnellsten und günstigsten Weise“ abgewickelt werden sollte.¹³

Strittig war in den Verhandlungen die Frage einer Missbrauchsklausel gewesen. Der Kompromiss zielte aus Sicht der SED-Führung vor allem auf die Verhinderung von Fluchten. Dazu war schon allein die Mitnahme von Personen explizit verboten. Darüber hinaus galt als Missbrauch, Material zu verteilen, die Transitwege zu verlassen oder die Straßenverkehrsvorschriften zu übertreten.¹⁴

In der Praxis brachte das Transitabkommen für Reisende aus der Bundesrepublik Erleichterungen und die Nutzung der Transitwege wurde berechenbarer. Zum Ersten wurden Visa direkt und zügig an den Grenzübergangsstellen der DDR direkt am Auto bzw. im Bus oder im Zug erteilt. Zum Zweiten gab es in der Regel keine der bisher üblichen Durchsuchungen und Schikanen der DDR-Grenzbediensteten mehr; Fahrzeuge und Gepäck sollten nur noch bei begründetem Verdacht auf Schmuggel oder Devisenvergehen durchsucht werden. Angesichts der Millionen von Transitreisenden hielten sich die Verdachtskontrollen nach dem Abkommen in engen Grenzen. In den 1980er Jahren waren es teils mehrere hundert Kontrollen pro Jahr.¹⁵

Zum Dritten entfiel ab 1972 die Transitgebühr. Im Gegenzug verpflichtete sich die Bundesregierung zur Zahlung jährlicher Pauschalen für Visa und Wegenutzung an die DDR – für die Partei- und Staatsführung der DDR eine wichtige Devisenquelle. Insgesamt beliefen sich die Zahlungen der Bundesregierung bis 1989 auf über 2 Milliarden DM.¹⁶ Noch 1988 wurden die erstmals 1978/79 für einen Zehnjahreszeitraum von 1980 bis 1989 vereinbarten jährlichen, von der Bundesrepublik an die DDR zu zahlenden Summen neu verhandelt. Im Ergebnis wurde 1988 vereinbart, dass für den Zeitraum 1990 bis 1999 die Pauschalen an die Verkehrsentwicklungen erneut angepasst werden sollten. Die Bundesrepublik sagte zu, jährlich 860 Millionen DM und zusätzlich 55 Millionen DM pro Jahr als sogenannte Straßenbenutzungsgebühren an die DDR zu zahlen.¹⁷ Der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl würdigte im Deutschen Bundestag die neu festgelegte Transitpauschale als „stabile Grundlage für einen reibungslosen Transitverkehr von und nach Berlin“.¹⁸ Doch es kam anders.



Grenzübergang Drewitz-Dreilinden, 1986

Erinnerung an den Transit

Mit dem Mauerfall und der Wiedervereinigung verschwanden nicht nur die meisten Spuren der Mauer und Grenzanlagen. Auch die Grenzübergangsstellen mit ihren zu Zeiten der deutschen Teilung riesigen Ausmaßen wurden vielfach abgerissen. Das betraf etwa die 1966 fertiggestellte Grenzkontrollanlage in Hirschberg, aus deren Überresten eine Raststätte und ein Motel entstand.¹⁹ Auch die 1969 gebaute Grenzübergangsstelle Drewitz-Dreilinden musste weichen. Übrig geblieben ist, versteckt neben der Autobahn, nur noch ein letzter Kommandoturm, den eine Bürgerinitiative am historischen Ort sicherte und die Turmruine 2005 bis 2009 restaurierte.²⁰ Will man heute die Dimensionen der Grenzkontrollanlagen erahnen, hilft ein Besuch in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. Auch wenn von dem ursprünglich 35 Hektar großen Gelände Bereiche wie der des früheren Ausreiseverkehrs abgerissen wurden, so nahm das Erinnern an der ehemals größten Grenzübergangsstelle doch frühzeitig eine Sonderrolle ein. Die 1996 eröffnete Gedenkstätte bewahrt mit den historischen Abfertigungsbereichen und weiteren Funktionsgebäuden die Erinnerung an die Grenzübergangsstellen und Transitkontrollen.

Anlässlich des 50. Jahrestages des Transitabkommens von 1972 beleuchteten Medienbeiträge wie etwa der Dokumentation „Transit DDR – Als die Grenze durchlässiger wurde“ und Veranstaltungen die Bedeutung des Abkommens. Heute gilt es als ein Meilenstein: Als erster Vertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR war das Abkommen ein wichtiger Schritt zur Annäherung der beiden deutschen Staaten. Es legte den Grundstein für die gegenseitige Anerkennung der beiden Staaten, ihrer jeweiligen Grenzen und für eine stärkere Zusammenarbeit. Der Weg führte schließlich zum Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR, der ein Jahr später, am 21. Juni 1973, in Kraft trat. Das Transitabkommen sorgte nicht zuletzt für eine erhebliche Steigerung des Reiseverkehrs. Auf diese Weise trug es dazu bei, dass die „Rollbahnen des Klassenfeindes“ zu einem speziellen Erfahrungsraum wurden, der die Erinnerung von West- und Ostdeutschen und an die Deutsche Teilung bis heute prägt.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Schlögel, Karl: Generation Marienborn – Essay, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 59 (2009) H. 21–22, S. 3–6. Siehe auch ders., Jenseits von Marienborn oder: Kalter Krieg privat, in: Zeithistorische Forschungen 5 (2008), S. 283–298.
- 2 Ebeling, Micha: Transitaufbahn, online unter: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/mediathek/geschichtsmesse-2020-neue-heimat-alte-grenzen-gesellschaft-und-transformation-deutschland-seit-1990, [Stand vom 3.8.2022].
- 3 Vgl. Delius, Friedrich Christian / Lapp, Peter Joachim: Transit Westberlin. Erlebnisse im Zwischenraum, Berlin 1999, S. 137.
- 4 Die Wasserstraßen waren nur für den gewerblichen Schiffsverkehr zugelassen. Sportboote konnten die Strecke nur im Schlepp passieren. Vgl. Lapp, Peter Joachim: Rollbahnen des Klassenfeindes. Die DDR-Überwachung des Berlin-Transits 1949–1990, Aachen 2015, 21f.
- 5 Vgl. Lapp, Rollbahnen (wie Anm. 4).
- 6 zum Feindbild „Westkraftfahrer“ und dem Transitverkehr als Sicherheitsproblem vgl. auch Kuschel, Franziska: Sicherheit als Versprechen. Verkehrsregulierung und Unfallprävention, Göttingen 2020, S. 92–101.
- 7 Vgl. Delius / Lapp, Transit Westberlin (wie Anm. 3), S. 134.

- 8 Vgl. Lapp, Peter Joachim: Die DDR im Jahr 1952, Erfurt 2022, S. 29.
- 9 MfS, HA VII/1, Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit auf den Transitwegen in der DDR, 7.8.1967, BStU, MfS, AIM 10600/68, P/1, Bl. 79. Zit.n. Kuschel, Sicherheit (wie Anm. 6), S. 96.
- 10 Vgl. Delius / Lapp, Transit Westberlin (wie Anm. 3), S. 99, 176.
- 11 Vgl. Petrick, Jörn: Egon Bahrs Kommunikationsoffensive. Die deutsch-deutschen Verhandlungen zum Transitabkommen, Verkehrsvertrag und Grundlagenvertrag 1970 bis 1973, Erlangen/Jena 2011, S. 27. Vgl. zu den Verhandlungen auch: Bundesministerium des Innern / Bundesarchiv (Hrsg.): Dokumente zur Deutschlandpolitik, VI. Reihe/Band 2: 1. Januar 1971 bis 31. Dezember 1972. Die Bahr-Kohl-Gespräche 1970–1973, München 2004.
- 12 Petrick, Egon Bahrs Kommunikationsoffensive, S. 29.
- 13 Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über den Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West), in: Gesetzblatt der DDR Teil II Nr. 30 vom 3.6.1972 S. 349.
- 14 Vgl. „Transitwege sind eben keine Korridore“, in: Der Spiegel 34 (1974).
- 15 Vgl. Lapp, Rollbahnen (wie Anm. 4), S. 54.
- 16 Von 1972 bis 1975 etwa waren dies pro Jahr 234,9 Millionen DM.
- 17 Vgl. Mitteilung der Bundesregierung zum Ergebnis der Verhandlungen mit der DDR zu Verkehrsfragen, in: Bulletin der Bundesregierung Nr. 125 vom 6. Oktober 1988, S. 1137.
- 18 Kohl, Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland, in: Deutscher Bundestag, Stenographische Protokolle, 1.12.1988, S. 8096.
- 19 Vgl. Doßmann, Axel: Die Transitausbahn, in: Sabrow, Martin (Hrsg.): Erinnerungsorte der DDR, München 2009, S. 411–421, hier S. 417. Vgl. auch ders., Begrenzte Mobilität. Eine Kulturgeschichte der Autobahnen in der DDR, Essen 2003, S. 346.
- 20 Vgl. Delius / Lapp, Transit Westberlin (wie Anm. 3), S. 73–76; Informationen zur Erinnerungs- und Begegnungsstätte Grenzkontrollpunkt Drewitz-Dreilinden, online unter: www.checkpoint-bravo.de/index.htm, [Stand vom 3.8.2022].

Die inszenierte Grenze – Flucht und Teilung in deutschen Spielfilmen der Fünfziger- und Sechzigerjahre

Christian Hellwig

Historische Themen werden seit Erfindung des Films in großer Zahl in fiktionalisierter Form in Spielfilmen und Serien aufgegriffen und verarbeitet. Entsprechende Produktionen erfreuen sich beim Publikum anhaltender Beliebtheit, zumal diese oftmals, sich an Jubiläen oder Gedenktagen orientierend, publikumswirksam produziert und veröffentlicht werden. Mit Blick auf Deutschland gilt dies nicht nur für die thematische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, sondern auch für die Geschichte der deutschen Teilung sowie der darauffolgenden Wiedervereinigung. Dabei bleibt es oftmals nicht bei der ausschließlichen Ausstrahlung dieser Filme. Um diese rankt sich ein Geflecht, das von Astrid Erll und Stephanie Wodianka als plurimediales Netzwerk bezeichnet worden ist.¹ Rezeptionsprozesse beschränken sich nicht ausschließlich auf das isolierte Anschauen von Filmen. Zudem werden diese durch massenmediale Kommunikation verstetigt. Nach einem Film läuft oftmals auf dem gleichen Sender die dazu passende Dokumentation oder Talkshow.² Zudem wird die Ausstrahlung reichweitenwirksam im Internet und auf den Sozialen Medien begleitet, beworben, diskutiert und mit zusätzlichen Angeboten ergänzt.

Spielfilme reflektieren aktuelle erinnerungskulturelle Debatten, gestalteten diese mit und rücken somit als audiovisuelle Quellen auch in den Fokus der Geschichtswissenschaft. Vergangene Ereignisse werden für die Zuschauerinnen und Zuschauer auf Zelluloid zum Leben erweckt und „atmen“ Authentizität. Ein Anspruch, der freilich nicht eingelöst werden kann. Der Film ist als künstlerisches Produkt die Summe subjektiver Interpretationen von Produzentinnen und Produzenten über Drehbuchautorinnen und Drehbuchautoren, Schauspielerinnen und Schauspielern bis hin zu den Regisseurinnen und Regisseuren. Audiovisuelle Quellen sind unter anderem deswegen aufgrund ihrer Komplexität und der in diesen transportierten und diskutierten Themen für Historikerinnen und Historiker außerordentlich spannend: Warum entsteht ein Film zu einer bestimmten Zeit? Welche gesellschaftlichen Debatten greift er auf oder welche vermag er anzustoßen? Wie werden historische Themen in den jeweiligen Filmen



Christian Hellwig neben dem Plakat für den Film „Verspätung in Marienborn“ (1963)

interpretiert? Im geschichtswissenschaftlichen Fokus stehen dabei nicht nur Historienfilme, die vergangene Ereignisse retrospektiv inszenieren. Nicht minder interessant sind historische Spielfilme, deren Analyse Rückschlüsse über die in der jeweiligen Entstehungszeit virulenten gesellschaftlichen Debatten und Mentalitäten erlauben.³ Bereits wenige Jahre nach der deutschen Teilung nahmen sich in den Fünfziger- und Sechzigerjahren sowohl west- als auch ostdeutsche Filmproduktionen des Themas an.⁴ Heute liegen viele dieser damals tagesaktuellen Filme unbeachtet in den Archiven und sind weitestgehend vergessen. Zu dem Zeitpunkt ihrer Entstehung waren diese Filme jedoch Katalysatoren gesellschaftlicher Debatten und Aushandlungsprozesse.⁵ Die westdeutsche Filmproduktion „Verspätung in Marienborn“ (1963) ist ein Beispiel dafür. Weltpremiere feierte der Film als Eröffnungsfilm der Berlinale 1963. Wenige Tage später wurde er im Fernsehen gezeigt, um anschließend in den Kinos zu laufen.⁶ Das Drehbuch des Films stammte aus der Feder von Will Tremper, das dieser nach einer angeblich wahren Begebenheit verfasste. Tremper las im Sommer 1962 in einem Zeitungsartikel, dass am Grenzübergang Marienborn ein amerikanischer Militärzug aufgehalten worden sei, in dem sich ein ostdeutscher Flüchtling versteckte. Die Weiterfahrt durfte, so berichtete die Zeitung, erst fortgesetzt werden, nachdem der Flüchtling von den Amerikanern ausgeliefert wurde.⁷ Tremper schildert in seiner Biographie, dass ihn die Geschichte so empörte, dass er daraus einen Film machen musste und ein dementsprechendes Drehbuch verfasste.

Die Produktion des Films stand natürlich unter dem Eindruck des Mauerbaus. Dies galt für eine ganze Reihe von westdeutschen Spielfilmen, die unmittelbar darauf reagierten und die Themen Grenze und Flucht in den Fokus rückten: „Flucht nach Berlin“ (1961), „Tunnel 28“ (1962), „Sonderurlaub“ (1963) und „Durchbruch LOK 234“ (1963) wurden allesamt in einem Zeitraum von zwei Jahren nach der zementierten Teilung Berlins gedreht und veröffentlicht. Bereits vor dem 13. August 1961 erschienen zudem in den Fünfzigerjahren „Weg ohne Umkehr“ (1953) sowie „Himmel ohne Sterne“ (1955). Auch wenn es kurz nach dem Mauerbau zu einer offensichtlichen Häufung entsprechender Produktionen kam, wird man doch davon sprechen können, dass Grenze und Teilung als Thema des westdeutschen Films in diesen beiden Jahrzehnten unterrepräsentiert waren. Im Kino der Fünfziger- und Sechzigerjahre dominierten andere Themen. Für die westdeutsche Bevölkerung war der Kinobesuch Anlass zur Zerstreuung und für leichte Unterhaltung, die ein Stück weit von den Schwierig-

keiten und Belastungen der frühen Nachkriegsjahre ablenken sollten. In dieser gesellschaftlichen Disposition lag einer der Gründe für den großen Erfolg der sogenannten Heimatfilme. Diese griffen das nach Kriegsende hochgradig aktuelle Thema der (verlorenen) Heimat auf und kultivierten das Bild einer heilen Welt, die zudem einen integrierenden Charakter für all jene besaß, die durch Flucht und Vertreibung ihre Heimat verloren hatten.⁸

Die Spielfilme, die sich in dieser Zeit mit dem Thema der deutschen Teilung beschäftigten, standen dazu in einem fundamentalen Gegensatz. Die mehr oder weniger grundsätzliche Verweigerung eines sogenannten „Happy End“ zu Gunsten eines „Sad End“ ist für das westdeutsche filmische Grenznarrativ der Fünfziger- und Sechzigerjahre konstituierend. Die erzählten Geschichten sahen für die meisten Hauptpersonen kein positives Ende vor. In „Verspätung in Marienborn“ wird der Flüchtling von den Amerikanern ausgeliefert, im Fall von „Weg ohne Umkehr“ wird die Protagonistin wieder in den Osten verschleppt. Abgesehen von der (wahrscheinlich erfolgreichen) Flucht ins Ungewisse des Protagonisten in „Flucht nach Berlin“ erzählen nur „Tunnel 28“ und „Durchbruch LOK 234“ von erfolgreichen Fluchten der Hauptfiguren über die Grenze, die aber auch in den genannten Filmen nicht für alle Protagonisten glücklich enden können. Zudem ist der Tod an der Grenze in zahlreichen Filmen ein zentrales und übergeordnetes Motiv der jeweiligen Filme („Himmel ohne Sterne“, „Tunnel 28“ „Sonderurlaub“). Das „Sad End“ ist in diesem Zusammenhang ein grundlegendes inhaltliches Motiv, um die Grenze zu verurteilen und als ungelöstes Problem zu adressieren. Das Publikum sollte zwar auch unterhalten werden, gleichzeitig wurden die Zuschauenden jedoch mit gegenwärtigen Konflikten und Problemen der deutschen Zweistaatlichkeit konfrontiert.

Die „düstere“ Ausrichtung dürfte ein weiterer wesentlicher Grund für die wirtschaftliche Erfolgslosigkeit insbesondere der frühen Kinofilme zu diesem Thema gewesen sein, die nach dem Mauerbau oftmals alsbald auch wieder aus dem öffentlichen Gedächtnis verschwanden. Dies zeigt exemplarisch ein detaillierter Blick auf den 1955 veröffentlichten Spielfilm „Himmel ohne Sterne“. In den Siebzigerjahren kam Helmut Käutner, der bei dem Film Regie führte und auch das Drehbuch verfasste, in einem Interview retrospektiv auf den Film zu sprechen und merkte an, dass dieser Film im Grunde nirgendwo mehr zu sehen sei: „Für den Kalten Krieg war er falsch, weil er zu viel Verständnis für die andere Seite hatte, und nun ist er falsch, weil er den Gegensatz betont.“⁹

Worum geht es? Die junge Anna Kaminsky lebt im Jahr 1952 mit ihren Eltern in Thüringen unweit der innerdeutschen Grenze. Ihr kleiner Sohn wohnt in Westdeutschland bei seinen Großeltern, den Eltern ihres im Krieg gefallenen Verlobten. Die Frau hatte der Adoption ihres Sohnes durch die Großeltern vor der Teilung des Landes zugestimmt. Anna ist also gezwungen, die Grenze jedes Mal illegal zu überqueren, wenn sie ihren Sohn besuchen möchte. Bei einer dieser Grenzüberschreitungen wird sie angeschossen und trifft anschließend auf den bayerischen Grenzpolizisten Carl Altmann, der ihr nicht nur hilft, sondern sich auch in die junge Frau verliebt. Im Bestreben für sich und für den Jungen eine gemeinsame Zukunft im Westen zu finden, werden diese mit den Konsequenzen der deutschen Teilung und der zunehmenden Befestigung der innerdeutschen Grenze konfrontiert.

Die „Frankfurter Rundschau“ schrieb zu dem Film: „Beklemmend nah, erregend gegenwärtig ist die Geschichte, deprimierend wahrhaftig ohne alle Schönfärberei, ohne den filmüblichen Trost des Happy-End [...]. Alles Wesentliche stimmt an diesem Film. Aus der unverstellt gesehenen Wirklichkeit schaut überall Wahrheit hervor. Keine Anklage, keine Tendenz. Gerechter kann man sich die Story kaum vorstellen.“¹⁰ Der SPIEGEL kommentierte: „Käutners Bestreben [...] mit einem anklagendem Symbolismus das zweigeteilte deutsche Schicksal in trägen Kinobesuchern wachzurütteln, verstärkt das Dilemma.“¹¹ Der „träge Kinobesucher“ ließ sich durch den Film allerdings nicht wachrütteln. „Himmel ohne Sterne“, den Käutner selbst als Versuch der filmischen Auseinandersetzung mit dem „heißen Thema geteiltes Deutschland“ bezeichnete, war kein großer kommerzieller Erfolg beschieden.¹²

Gerade in der von Käutner gewählten Dramaturgie des Filmendes bündelt sich das mit „Himmel ohne Sterne“ offenkundige verbundene Anliegen, das menschliche Leid, das die Grenze hervorbrachte, unmissverständlich anzuprangern: Der am Ende der Filmhandlung stehende Fluchtversuch der Protagonisten scheitert und das Liebespaar stirbt im Kugelhagel. Die Kamera fährt in Nahaufnahme an die beiden Körper heran. Ihre Hände liegen wenige Zentimeter auseinander, berühren sich aber nicht. Der Film endet mit den von Käutner aus dem Off eingesprochenen Worten, dass es eine Grenze gibt, die Deutsche von Deutschen trennt. Inszenierung und Bildsprache des Films sind für damalige Verhältnisse außerordentlich drastisch. Gleichzeitig tritt die in „Himmel ohne Sterne“ von Käutner intendierte Ausgewogenheit in der Darstellung deutlich hervor: Der westdeutsche Bürger kommt durch Schüsse sowjetischer

Soldaten zu Tode, die ostdeutsche Bürgerin durch die Schüsse der Westbeamten. Einzig die Tatsache, dass die Kugeln auf Altmann zielten, Kaminski jedoch versehentlich getroffen wurde, lässt die westliche Perspektive des Films erkennen. Das Konzept scheiterte in den Fünfzigerjahren und stand im Übrigen im deutlichen Gegensatz zu anderen westdeutschen Spielfilmproduktionen: Diese waren deutlich antikommunistischer ausgerichtet, gerade wenn sie sich mit der Teilung, der Grenze und der Mauer auseinandersetzten.

Die Grenze wurde in den jeweiligen Filmen stets durch die Inszenierung militärischer Sperranlagen in Form von Stacheldraht, Mauer (ab 1961), Wachturm sowie militarisierten Einheiten visualisiert. Dabei ging es in diesen Filmen nicht nur um eine reine Bebilderung oder Abbildung der Grenzanlagen. Vielmehr fand eine gewollte Emotionalisierung der Filmrezipientinnen und Rezipienten statt. Die westdeutsche Inszenierung der innerdeutschen Grenze rekurrierte insbesondere in den Fünfziger- und Sechzigerjahren auf etablierte Bilddiskurse von Gewalt und Leid und übertrug diese in die jeweiligen Filme. Maren Ulrich hat diesbezüglich herausgearbeitet, dass sich im Feld des Visuellen in den ersten beiden Dekaden der Bonner Republik eine gewollte Affinität zwischen Grenze und Lager nachweisen lässt.¹³ Innerdeutsche Grenze und Berliner Mauer wurde in den jeweiligen Filmen als „Kollektivsymbole“¹⁴ inszeniert, die bei den Zuschauenden Gefühlsreaktionen hervorrufen sollten, die das Potenzial haben, das Denken und Handeln einer Gesellschaft zu beeinflussen.¹⁵

Die Deutungsstrategien, die sich mit diesen Bildmotiven verbanden, waren hochgradig selektiv und durchaus widersprüchlich. Die Verknüpfung zwischen Lager und Grenze wurde insbesondere in der Bundesrepublik der Fünfzigerjahre, anders als wie aus heutiger Perspektive leicht annehmbar, nicht per se zwischen der innerdeutschen Grenze und den nationalsozialistischen Konzentrationslagern hergestellt. Vielmehr kam es zu einer Verknüpfung zwischen deutscher Kriegsgefangenenerfahrung auf dem osteuropäischen Kriegsschauplatz einer- sowie dem sowjetischen GULAG-System andererseits. Eine rhetorische Verschärfung fand nach dem Mauerbau statt: Nun wurde (so unter anderem von Willy Brandt) die DDR mit den nationalsozialistischen Konzentrationslagern gleichgesetzt. Die unterschiedlichen Zuschreibungen schlossen sich dabei nicht gegenseitig aus: „In der westlichen Nachkriegsgesellschaft muss mit Blick auf den ins Bild gesetzte Stacheldraht vielmehr von einer Überschneidung der Bedeutungsfelder ‚Konzentrationslager‘ und ‚Kriegsgefangenenlager‘ ausgegangen werden.“¹⁶

Der Stacheldraht fungiert als Symbol des Ein- und Ausschlusses, das bewusst Assoziationen an Gefängnis und Gefangenschaft hervorrief. Die filmischen Auseinandersetzungen mit der deutschen Teilung aus dieser Zeit trugen diese Bilder dabei nicht nur in die Gesellschaft hinein, sondern griffen selbst auf bereits existierende visuelle Diskurse zurück. Die antikommunistische Ausrichtung der Filme ist der rote Faden, der sich quer durch die einzelnen Filmproduktionen zieht: Ehemalige Nationalsozialisten waren grundsätzlich auf der anderen Seite der Grenze verortet. Diese Sichtweise erlaubte es der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft sich selbst von Schuld freizusprechen: „Ziel dieser frühen Lager-Metapher auf den DDR-Kontext war nicht, die Bürger der DDR mit den NS-Verfolgten in eins zu setzen, sondern die Deutschen in der Bundesrepublik zu entlasten.“¹⁷

Festzuhalten bleibt, dass die in erster Linie medial geprägte Inszenierung der Grenze vor allem auch zu einer Grenze im Kopf wurde, die mit der Realität nicht unbedingt übereinstimmen musste. Vielmehr ging es im gesellschaftlichen Diskurs eben genau darum, die Grenze visuell sichtbar zu machen. Wer in Westdeutschland nicht in Berlin oder im unmittelbaren Grenzgebiet wohnte, bezog seine Vorstellung von der Grenze eben oftmals in erster Linie aus den Medien, nicht aber aus eigener Anschauung.¹⁸ Die Filme waren Bestandteil dieser Debatten und müssen in einem breiteren medialen Kontext gesehen werden: Insbesondere der Stacheldraht ist als Symbol auch in anderen kulturellen Produkten in den Fünfzigern und Sechzigerjahren omnipräsent gewesen. Bereits 1946 führten die politischen Parteien deutsche Kriegsgefangene hinter Stacheldraht in die Bildsprache ein und griffen – gerade in der Abgrenzung zu der Sowjetunion – bereits im Nationalsozialismus virulente Stereotype auf, die sich gegen den Kommunismus richteten. Natürlich ist davon auszugehen, dass sich diese im gleichen Zeitraum publizierten Bildmedien assoziativ im Bildgedächtnis der Gesellschaft einschrieben und so zu der gewollten Negativzeichnung der DDR beitragen konnten. In der von Antitotalitarismus und Antikommunismus geprägten frühen Bundesrepublik etablierten sich somit ganz spezifische Stereotype der visuellen Grenzinszenierung, die im sich verschärfenden Kalten Krieg als typisch erachtet werden können. Somit verwundert es nicht, dass auch die Spielfilme auf diese Inszenierungsmuster zurückgriffen und oftmals eine dezidiert antikommunistische Bildsprache verwendeten. Bildsprache und Symbolik der Filme waren diesbezüglich in der Regel wenig subtil, wie das folgende Beispiel verdeutlicht. In „Flucht nach Berlin“ versucht eine Mutter

gemeinsam mit ihrem Sohn per Zug in den Westen zu gelangen. Um die Kontrolleure im Zug zu täuschen, gibt die Frau vor, zur Beerdigung ihres Mannes nach Frankfurt am Main reisen zu müssen. Die Täuschung gelingt. Interessant ist in diesem Fall jedoch in erster Linie die Art und Weise, wie diese Szene von dem Regisseur des Films, Will Tremper, inszeniert wurde. In schwarzer Trauerkleidung gehüllt, richtet sich der Blick der Mutter verzweifelt zu Boden, während die Kamera zugleich ein unmittelbar im Hintergrund platziertes Propaganda-Plakat der SED einfängt. In dieser Szene wird von Tremper durch die Montage der Bilder bewusst Leid und Tod mit der DDR gleichgesetzt und diese somit herabgesetzt.

Der Systemkonflikt zwischen Ost und West wurde aber natürlich nicht nur in westdeutschen Filmproduktionen thematisiert. Dies galt – freilich unter anderen Vorzeichen – auch für die DDR. DEFA-Produktionen aus jener Zeit griffen auf eine bereits etablierte Bildsprache zurück. Betrachtet man die offizielle Bildpublizistik der SED anlässlich des Berliner Mauerbaus, fallen die Unterschiede zwischen Ost und West direkt ins Auge. Während in westdeutschen Fotografien aus der Zeit die Motive der Mauer, des Stacheldrahts und der Sperranlagen dominierten, waren diese auf Seiten der DDR im Grunde kaum zu sehen: Stattdessen wurde die Grenzabschottung visuell als eine Art „menschliche Mauer“ staatstreuer „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ inszeniert, die die DDR nach außen gerichtet gegen feindliche Aggressoren verteidigt. Dies entsprach der offiziellen Legitimation des Mauerbaus, der laut der SED-Propaganda dazu dienen sollte, die DDR gegen die sogenannten „westlichen Kriegstreiber“ zu verteidigen. Ein Motiv, das auf unzähligen Fotografien und Propagandaplakaten verbreitet wurde und sich, wie im Fall des Films „Der Kinnhaken“ (1962) auch in den DEFA-Produktionen zum Mauerbau wiederfindet.

Das Thema der sogenannten „Republikflucht“ spielte in diesem Zusammenhang auch im Spielfilm der DDR nur eine sehr untergeordnete Rolle. Eine der prominentesten Ausnahmen ist sicherlich der Film „Die Flucht“ aus dem Jahr 1977, der jedoch in einer Phase der innerstaatlichen wie gesellschaftlichen Konsolidierung und Stabilität der DDR entstand. Dieser Film blieb jedoch eher eine Ausnahme. Doch auch bereits vor dem Mauerbau wurde der Kalte Krieg und der Wettbewerb zwischen Kapitalismus und Sozialismus auch in ostdeutschen Spielfilmen wiederholt thematisiert und mitgedacht. Generell ist zu konstatieren, dass in diesen Filmen in den meisten Fällen die Entscheidung zwischen Ost und West während des Kalten Krieges das zentrale Thema

entsprechender Filme gewesen ist, die je nach Herkunft und politischer Ausrichtung eine entsprechende Position bezogen.

Bekanntermaßen besaß in der DDR die DEFA als Staatsbetrieb das Monopol für die ostdeutsche Filmproduktion. Und auch wenn innerhalb ihrer Strukturen immer wieder spezifische Eigendynamiken existent gewesen sind, war der Staatsführung stets daran gelegen, die produzierten Filme auf die gewünschte inhaltliche Linie zu bringen. Bezogen auf das Thema der deutschen Teilung bedeutete dies, dass die DEFA mit ihren Filmen selbstverständlich für den Aufbau des Sozialismus und damit auch für den Verbleib der Menschen in der DDR werben sollte. Diese „Entscheidungsfilme“ wie unter anderem „Roman einer jungen Ehe“ (1952), „Das Leben beginnt“ (1960) oder „Reportage 57“ (1959) betteten ihre politische Botschaft zumeist in eine Beziehungsgeschichte ein, in der (oftmals) die Partnerin den Mann zum Verbleib in der DDR überzeugen konnte.¹⁹

Nach dem Bau der Berliner Mauer entstanden in der DDR drei Spielfilme, die den Mauerbau rechtfertigen und verteidigen sollten. Klaus Wischniewski, zu dieser Zeit Chefdramaturg der DEFA, äußerte sich nach der Wende dazu retrospektiv: „Es ist nach 1961 versucht worden, drei Mauerfilme zu machen – also das Ereignis nicht wegzuschweigen von der Leinwand, sondern mit ihm umzugehen. Das wurde aber nichts. Weniger wegen Verboten, sondern weil die Filme nicht gut waren. Sicher waren sie auch nicht sehr gut, weil man vorsichtig an dieses Thema heranging.“²⁰ Nachdem am 27. September 1962 nur 13 Monate nach dem Mauerbau mit „... und deine Liebe auch“ der erste dieser drei Verteidigungsfilme in die Kinos der DDR anlief, folgte nur wenig später mit dem bereits erwähnten Spielfilm „Der Kinnhaken“ bereits die zweite Produktion, die sich mit dieser Thematik auseinandersetzte. Manfred Krug spielte nicht nur die Hauptrolle in dem Film, sondern zeichnete sich auch für die Idee und Teile des Drehbuches verantwortlich. Die „Wochenpost“, eine der auflagenstärksten Wochenzeitungen der DDR, kommentierte den Film außerordentlich positiv und hob insbesondere die Rolle von Manfred Krug hervor: „Der Schauspieler habe den Film nach dem 13. August spontan mit dem Schriftsteller Horst Bastian geschrieben. Bemerkenswert sei, dass ein junger Künstler, der als Schauspieler und Sänger mühelos vorankam, in jenen Tagen die Mühen und die Risiken eines Drehbuchanfängers auf sich nahm, weil er meinte, seinen Altersgefährten etwas sagen zu müssen. Dass es sich hier besser und menschlicher leben lässt, dass das Tor zur Freiheit für sie nicht

zugefallen ist, sondern sich ganz im Gegenteil erst jetzt auftut.²¹ Aus diesen Zeilen mochte in erster Linie auch die politische, SED-getreue Konformität des Magazins sprechen, zu einem überragenden Publikumserfolg konnten dem Film jedoch selbst derartig euphorische Rezensionen nicht verhelfen.

Manfred Krug selbst hat „Der Kinnhaken“ in der Rückschau als seine einzige Leiche im Keller bezeichnet.²² Krug sollte alsbald selbst, nachdem er 1962 noch den Mauerbau und die DDR verteidigt hatte, im Zuge seines künstlerischen Schaffens in Konflikt mit der Staatsführung geraten. Im Zuge des 11. Plenums des Zentralkomitees der SED wurde 1965 ein Großteil der in der Zeit geplanten, produzierten und veröffentlichten Filme verboten. Die Hoffnungen zahlreicher Künstlerinnen und Künstler in der DDR quasi im „Schatten der Mauer“ frei arbeiten zu können, zerschlugen sich jäh. Als Krug 1976 das Protestschreiben gegen die Ausbürgerung von Wolf Biermann unterzeichnete, wurde er selbst mit einem Teilberufsverbot belegt und verließ schließlich 1977 die DDR.

Mit dem Fall der Berliner Mauer und der darauffolgenden Wiedervereinigung sind die in diesem Text betrachteten Filme endgültig zu historischen Dokumenten geworden. Teilung und Grenze sind jedoch nicht – wie eingangs erwähnt – aus dem nun gesamtdeutschen Film und Fernsehen verschwunden. Anhand der seit der Wiedervereinigung produzierten Filmen zeigen sich die Aushandlungsprozesse einer nun gesamtdeutschen Erinnerung an die Teilung und deren retrospektiven Interpretationen in all ihren thematischen Widersprüchen. Wie bereits in den Fünfziger- und Sechzigerjahren wurden und werden auch seit 1990 immer wieder spektakuläre Fluchtgeschichten aufgegriffen, die im Vergleich zu früheren Verfilmungen in ihrer Tonalität und Ausrichtung positiver gehalten sind. Dies ist wenig überraschend: Die Nach-Wende-Narrationen²³ denken die Geschichte freilich von ihrem Ende aus und erzählen ihre Geschichten im Wissen von Friedlicher Revolution und Wiedervereinigung.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Erll, Astrid / Wodjanka, Stephanie: Phänomenologie und Methodologie des „Erinnerungsfilms“, in: Dies. (Hrsg.): Film und kulturelle Erinnerung. Plurimediale Konstellationen, Berlin u.a. 2008, S. 1–20.
- 2 Ein aktuelles Beispiel ist der anlässlich des 60. Jahrestages des Mauerbaus im August 2021 in der ARD ausgestrahlte Spielfilm „3 ½ Stunden“ sowie die zugehörigen Angebote auf dem Online-Portal des Senders. Online unter <https://www.daserste.de/unterhaltung/film/themenabend-60-jahre-mauerbau/index.html>, [Stand vom 01.07.2022].
- 3 Zur Begrifflichkeit siehe: Sauer, Michael: Geschichte unterrichten. Eine Einführung in Didaktik und Methodik. 10. aktual. und erweit. Auflage, Seelze. 2012, S. 214.
- 4 Bei den nachfolgenden Ausführungen zur Inszenierung von Teilung und Grenze in westdeutschen Spielfilmen der frühen Bundesrepublik handelt es sich in Teilen um eine komprimierte Zusammenfassung meiner Dissertation, deren Ergebnisse erstmals 2018 im Wallstein Verlag veröffentlicht wurden: Hellwig, Christian: Die inszenierte Grenze. Flucht und Teilung in westdeutschen Filmnarrationen während der Ära Adenauer, Göttingen 2018.
- 5 Bereits Siegfried Kracauer setzte sich in seinen Arbeiten zum Film intensiv mit dem Verhältnis von Massenmedien wie dem Film und dessen Meinungen beeinflussenden Potentials auseinander. Vgl. Mülder-Bach, Inka / Belke, Ingrid (Hrsg.): Siegfried Kracauer. Werke Band 2.2. Studien zu Massenmedien und Propaganda, Berlin 2012.
- 6 O.V.: Verspätung in Marienborn. In: Hamburger Abendblatt vom 05.07.1963.
- 7 Vgl. Tremper, Will: Große Klappe Meine Filmjahre, Berlin 1998, S. 93. Später stellte sich wohl heraus, dass sich dieses Ereignis bereits 1961 zugetragen hatte, aber erst ein Jahr später in der Öffentlichkeit bekannt wurde. Vgl. dazu ebd., S. 98.
- 8 Vgl. Uka, Walter: Modernisierung im Wiederaufbau oder Restauration. Der bundesdeutsche Film der fünfziger Jahre. In: Faulstich, Werner (Hrsg.): Die Kultur der 50er Jahre, München 2002, S. 71–89, hier: S. 73.
- 9 Helmut Käutner im Gespräch mit Edmund Luft. In: Jacobsen, Wolfgang / Prinzer, Hans Helmut (Hrsg.): Käutner, Berlin 1992, S. 120–172, hier: S. 155.
- 10 Schmidt, Hannes: Himmel ohne Sterne. Im Niemandsland von heute, in: Jacobsen, Wolfgang / Prinzer, Hans Helmut (Hrsg.): Käutner, Berlin 1992, S. 225–226, hier: 225.
- 11 O.V.: Neu in Deutschland, in: DER SPIEGEL 47/1955. Online unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41960747.html> [Stand vom 01.07.2022].
- 12 Helmut Käutner im Gespräch mit Edmund Luft, S. 153.
- 13 Ullrich, Maren: Geteilte Ansichten: Erinnerungslandschaft deutsch-deutsche Grenze, Berlin 2006, S. 62.

- 14 Vgl. Diers, Michael: „Was ich von der Mauer wissen muss.“ Zur Kunst- und Kulturgeschichte eines politischen Bauwerks.: In: Paul, Gerhard: Das Jahrhundert der Bilder Bd. 2, Göttingen 2008, S. 258–265, hier: S. 261.
- 15 Vgl. ebenda., S. 261.
- 16 Vgl. Ullrich, Maren: Geteilte Ansichten, S. 65.
- 17 ebenda, S. 63.
- 18 Vgl. Paul, Gerhard: BilderMACHT: Studien zur „Visual History“ des 20. und 21. Jahrhunderts, Göttingen 2013, S. 363.
- 19 Vgl. dazu ausführlich: Dorgerloh, Annette: Westwärts – ostwärts: Die Mauer im Spielfilm. In: Kuhmann, Anke / Liebermann, Doris / Dorgerloh Annette: Die Berliner Mauer in der Kunst. Bildende Kunst, Literatur und Film, Berlin 2011, 329–416, hier: S. 349–357.
- 20 Zitiert nach: Poss, Ingrid / Warnecke, Peter (Hrsg.): Spur der Steine. Zeitzeugen über die DEFA. 2. Auflage, Berlin 2006, S. 157.
- 21 Zitiert nach: Polkehn, Klaus: Das war die Wochenpost. Geschichte und Geschichten einer Zeitung, Berlin 1997, S 90.
- 22 Schenk, Ralf (Hrsg.): Manfred Krug: Die großen Kinofilme, Berlin 1997, S. 13.
- 23 Lüdeker, Gerhard Jens / Orth, Dominik (Hrsg.): Nach-Wende-Narrationen. Das wiedervereinigte Deutschland im Spiegel von Literatur und Film, Göttingen 2010.

Die Macht Freiheit zu geben: zum Tode von Michail Gorbatschow

Stefan Melle

Die Welt trauert um Michail Gorbatschow. Sein Leben, sein Wirken, seine Bereitschaft, das Eingemauerte und ideologisch Fundamentierte zu verlassen, hat viele von uns – Menschen in Deutschland, die sich für den Dialog mit Osteuropa engagieren – für immer geprägt, so zwiespältig sein politisches Handeln im Einzelnen auch war. Und es scheint, erst jetzt, mit seinem Tod, hat das lange, von Verbrechen und Kriegen, aber auch versuchten Neuanfängen so angefüllte 20. Jahrhundert endgültig ein Ende gefunden – in einem Jahr, in dem der russische Präsident mit einem brutalen Krieg Europa und der Welt einen neuen Kreislauf aus Gewalt und Imperialismus aufzwingt, der damit auch das Erbe Gorbatschows zerstört.

Für vieles, was wir heute täglich tun können, wie wir leben, welche Chancen wir haben oder mit dem Fall des Eisernen Vorhangs vor mehr als 30 Jahren erhalten haben, hat Gorbatschow einst die Voraussetzungen geschaffen. In nur sechs Jahren an der Spitze der sowjetischen Politik – von 1985 bis 1991 – hat er mehrere Generationen von Menschen in eine neue Sozialisation hineinbewegt, und das buchstäblich weltweit.

Denn er gab nicht nur nach außen die meisten der bis dahin von der Sowjetunion beherrschten Länder Mittel- und Osteuropas frei, so dass deren Revolutionen 1989 stattfinden und erfolgreich sein konnten. Er hat auch mit „Perestrojka“ und „Glasnost“, also „Umbau“ und „Transparenz“, Ansprüche an die Offenheit des Regierens und die gesellschaftliche Modernisierungsfähigkeit proklamiert, die als permanente Basis von Demokratie unabdingbar sind. Und obwohl er persönlich und die gesamte erst sowjetische, dann russische Gesellschaft wenige Jahre später an diesem Anspruch erneut scheiterten: Gorbatschow hat damals nach Jahrzehnten der Repression auch im eigenen Land endlich eine kritische Bestandsaufnahme, offene Debatte und echte Beteiligung ermöglicht – so brach sich das Gefühl von Freiheit in der Sowjetunion schon ab 1986 Bahn, lange bevor es auch in den anderen sozialistischen Ländern schließlich Raum bekam.

Nun durfte endlich, wie in Ansätzen schon einmal zu Chruschtschows Zeiten, wieder über den großen Terror und den Gulag, das monströse Lager- und Verfolgungssystem

der Sowjetunion, erzählt und geforscht sowie der Millionen von Opfern gedacht werden. Das brachte seinerseits Bürgerinitiativen hervor – oft aus den bis dahin kriminalisierten Dissidentenzirkeln –, wie etwa Memorial, die weltweit Impulse setzen und auch zumindest für 15 Jahre im eigenen Land die berechnete Achtung erhielten.

Freilich, dazu musste sich Gorbatschow erst durchringen, von anderen gezwungen werden – den letzten Anstoß, die politischen Häftlinge freizulassen, auf Pluralismus zu setzen, gab der tödlich endende Hungerstreik des ukrainischstämmigen Moskauer Dissidenten Anatoli Martschenko¹ im Gulag-Gefängnis von Tschistopol. Erst danach wurden Andrei Sacharow² und andere aus der Verbannung geholt, die politischen Lager aufgelöst. Auch die Reaktorkatastrophe im Atomkraftwerk Tschernobyl räumte er erst nach äußerem Druck und Tage später ein.

Gorbatschow haben im eigenen Land viele Unentschiedenheit, Schwäche vorgeworfen: Demokraten, denen er zu wenig prinzipiell in Fragen der Freiheit war – zumal als er sich 1990 noch einmal mit den reaktionärsten Kommunisten verbündete, bevor die im August 1991 sogar gegen ihn putschten und ungewollt den Weg für Boris Jelzin und dessen russlandzentrierte Politik ebnete. Andere lasten Gorbatschow den Zerfall des Sowjet-Imperiums an, das sie gern bewahrt hätten – Putin ist nur einer von vielen, uneinsichtig darin, dass viele der vom 16. bis 20. Jahrhundert kolonial beherrschten Länder und Regionen längst auf ihrer Unabhängigkeit bestanden.

Dritte werfen Gorbatschow im Gegenteil vor, dem Versuch, die Sowjetunion mit militärischer Gewalt zu retten, nicht widerstanden zu haben – in Baku, in Tbilisi, in Vilnius, sogar mit dem Preis von Toten. Ganz zu schweigen von jenen, die Gorbatschow für branchiale Anti-Alkoholkampagnen, den wirtschaftlichen Zerfall und andere Notlagen und die Glaubwürdigkeitsverluste der 1980er und 1990er Jahre verantwortlich machen. Oft blieben seine politischen Antworten unvollständig, gesellschaftliche Aufgaben der Transformation ungelöst.

Und dennoch hat Gorbatschow dem eigenen Land und Europa Großes vermacht: Er hat das gesamte System des Blockdenkens überwunden, das die Welt für Jahrzehnte in feindliche Lager geteilt hat, in der Oktoberrevolution 1917 seinen Anfang nahm und über die Stalin-Zeit und den Kalten Krieg bis 1989 reichte. Im Grunde endete auch mit Gorbatschows Politik erst die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, die die Anti-Hitler-Verbündeten sofort 1945 wieder auf konträre Seiten gestellt hatte – als Konflikt um die kommunistische bzw. sozialistische Ideologie und ihre Regime. Er hat im

Herbst 1989 in Berlin den „Fall“ der Mauer – den letztlich entschlossene Menschen erzwangen – vorbereitet, indem er den greisen Diktatoren um Honecker öffentlich die Legitimation entzog, und er hat dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik im Zwei-plus-Vier-Abkommen zugestimmt.

Er hat auf Macht zugunsten von Befreiung verzichtet, keine Angst vor Öffnung gehabt. Er hat nicht zuletzt die Logik des Wettrüstens zugunsten von Vertrauen aufgegeben – und so auf die latente Kriegsdrohung verzichtet, die jahrzehntelang Teil des sowjetischen wie amerikanischen Selbstverständnisses war. Einige der Fachleute, die damals für Gorbatschow die Abrüstungskontrollen und -Programme zu den Chemiewaffen durchführten, waren später Mitarbeiter seiner Umwelt-Stiftung – und haben noch 2010 versucht, neuartige Biogas-Technologien in Russland zu etablieren: Eines von vielen Beispielen, in denen damals das militärische Feindliche in ziviles Zukunftsweisendes überführt wurde.

Gorbatschow hat schließlich das große Ziel vom gemeinsamen europäischen Haus formuliert und zum allgemeinen Anspruch erhoben. Leider ist es 2022 noch immer nicht eingelöst. Gorbatschow selbst hat nach 1991 den triumphierenden Ton vieler im alten „Westen“ beklagt, sah eine Siegermentalität statt ernsthafter Integrationskonzepte. Diesen Eindruck teilten viele in Russland, aber auch in Ostdeutschland und in anderen Gebieten des früheren Ostblocks – in manchem berechtigt, in vielem überzogen. Dabei bleibt es ungewiss, ob ein anderes Verhalten dieses „Westens“ zu anderen Entwicklungen in den Ländern Mittel-/Osteuropas geführt hätte, die doch wesentlich von inneren Akteuren und Rahmenbedingungen bestimmt sind.

So besteht eben der jetzige russische Präsident und überzeugte Geheimdienstler Wladimir Putin weiter auf einem quasi-sowjetischen – dabei nicht etwa sozialistischen – Imperium und betreibt seit seinem Machtantritt 1999 – ungerührt von Opfern und Kosten – die Rückkehr zum Status einer Supermacht, der angeblich ein selbstverständliches Recht Russlands sei. Anders als bei Gorbatschow verlangt Putins Bild vom europäischen Haus, dass alle Nachbarn lediglich von Russland abhängige Untermieter sind, die dessen Interessen und Regeln zu folgen haben.

2022 hat Putin mit dieser Anmaßung und diktatorischen Allmacht, die er seit über 20 Jahren durch schrittweise Ausschaltung aller Gegenstimmen erzeugt hat, zu einem großen Krieg gegen die Ukraine geführt – vorbereitet in Georgien, Syrien und der Ukraine selbst, ergänzt durch zig andere Eingriffe zwischen Belarus, Venezuela und Mali.

Gorbatschow, der sich wie Putin eine Wiederherstellung der internationalen Achtung Russlands gewünscht hat – und wiederum undeutlich darin war, wieso die aus einem Großmachtstatus rühren solle – hat bis zuletzt auch „Glasnost“ und „Perestrojka“ verteidigt und als Teileigentümer die kritische Zeitung „Novaya Gazeta“ mit am Leben erhalten, die Putin nach Kriegsbeginn, wie zuvor schon alle übrigen unabhängigen Medien, aus Russland hat vertreiben lassen.

Ergebnis der Putinschen Gewaltpolitik dagegen ist das Wiedererstehen politischer und militärischer Blöcke, von neuen Mauern, undurchdringlichen Grenzen, vermutlich noch einmal für Jahrzehnte. Fast alle Länder Europas vereinen sich gegen das Putinsche Russland, um mit der Unterstützung der Ukraine auch sich selbst und ihr Europa-Modell eines gemeinsamen Raums gleichberechtigter, demokratischer Länder zu verteidigen. Sie nennen das oft einfach „die Freiheit“. Aber es geht um mehr: auch um den physischen Schutz der Menschen, um die Gültigkeit von Recht, einschließlich des Völkerrechts, um die Meinungsfreiheit, um Sicherheit, Vertrauen und ausgleichenden Umgang mit Interessen wie Kontroversen.

Umso symbolischer ist es, dass sich gerade am Tag des Todes von Michail Gorbatschow in Prag die Außenminister der EU trafen, um über die gemeinsame Verteidigung gegen das heutige Regime in Russland sprechen – und über mögliche Visa-Beschränkungen für die russischen Bürgerinnen und Bürger, die Putin und seinen Kurs nicht verhindert haben, oft nicht konnten, zu viele – nicht wollten. Von denen ein Teil gar den Krieg unterstützt. Die EU, die die Integration in Europa zum Leitstern erhoben hat, verstärkt nun die Mauern gegen jene, die alle Gemeinsamkeiten zerstören.

Und symbolisch ist auch, dass sich gerade am Tag nach Gorbatschows Tod die russische Opposition und Zivilgesellschaft zu einem „Kongress des Freien Russland“ in Vilnius trifft, weil sie sich zu vereinigen sucht gegen die Diktatur im Heimatland. Und es geschieht in jener Stadt, die sich mit am stärksten gegen Gorbatschows bewaffnete Versuche zum Erhalt der Sowjetunion gewehrt hat, die ihn sogar als Verbrecher ansieht – und die nun viele der Regimekritiker aus Russland aufgenommen hat.

Jetzt den Widerstand gegen den Krieg und die Diktatur zu stärken und zu organisieren, sind zentrale Aufgaben. Gleichzeitig gilt es stets im Kopf zu behalten, dass in jedem Land Menschen leben, die sich später im gemeinsamen Haus Europa, wie es Gorbatschow und vielen seit 1989–1990 vorschwebte, eine Heimat finden können sollen. Selbst wenn noch Jahrzehnte vergehen, eines Tages werden die Länder in Eur-

opa tatsächlich als Demokratien miteinander friedlich, kooperativ, gutnachbarschaftlich, gleichberechtigt leben, in einem gemeinsamen Raum, in dem die Rechte der Menschen geschützt sind. Dazu gehört weiter, dass die Menschen Kontakt, Austausch erleben, gegenseitig Kenntnis und Achtung entwickeln. Und die Rechte des anderen achten. Heute sind das zuvörderst – die der Ukraine.

Aber es ist und bleibt zudem die Aufgabe, zu einer von den Bürgerinnen und Bürgern getragenen Gesellschaft und internationalen Gemeinschaft zurückzukehren – eben jener europäischen Zivilgesellschaft, in der kein Land nachrangig ist.

Michail Gorbatschow verdient eine dauerhafte und öffentliche Würdigung an einem sichtbaren Ort in Deutschland. Eine zentral gelegene Straße oder ein Platz in Berlin sollten nach ihm benannt werden und ein Denkmal oder eine Stele zudem kenntlich machen, was er geleistet hat und welchen schwierigen, auch problematischen Weg er dabei gegangen ist. Die Bundesrepublik sollte sich zu diesem bedeutenden, vielschichtigen Vermächtnis bekennen – zumal wir selbst in den nächsten Jahrzehnten auch daran gemessen werden.

Anmerkungen

- 1 Anatoli Martschenko (1938–1986) war eine zentrale Figur der dissidentischen Bewegung in der UdSSR. Der Mitbegründer der Moskauer „Helsinki-Gruppe“ stand insgesamt sechs Mal vor Gericht und verbrachte 19 Jahre seines Lebens in Gefangenschaft. Zum letzten Mal kam er 1981 wegen „antisowjetischer Agitation und Propaganda“ ins Gefängnis. Mit der Forderung nach Freilassung aller in der Sowjetunion inhaftierten politischen Gefangenen trat er im August 1986 in den Hungerstreik.
- 2 Andrei Sacharow (1921–1989) war Physiker. Er gilt als „Vater der sowjetischen Wasserstoffbombe“. Nach 1955 distanzierte er sich von seiner tödlichen Erfindung und wurde so zum Dissidenten. 1970 gründete er ein „Komitee zur Durchsetzung der Menschenrechte“ und verlangte in einem offenen Brief die Demokratisierung der Sowjetunion. 1975 wurde ihm der Friedensnobelpreis zuerkannt, den seine Ehefrau Jelena Bonner für ihn entgegennahm. Danach galt er im eigenen Land offiziell als Staatsfeind. Wegen seines Eintretens gegen die sowjetische Intervention in Afghanistan wurde er 1980 verhaftet und nach Gorki verbannt. Nach seiner Freilassung 1986 kehrte er nach Moskau zurück, wo er seine politische Tätigkeit fortsetzte, u. a. als Gründungsvorsitzender der Menschenrechtsorganisation Memorial.



Prof. Ralph Jessen (ganz rechts neben Prof. Bernd Faulenbach und Moderatorin Shelly Kupferberg) auf einer Podiumsdiskussion der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Die Aufarbeitung der SED-Diktatur, die NS-Vergangenheit und die historischen Enquetekommissionen des Bundestages in den neunziger Jahren¹

Ralph Jessen

Die beiden Enquetekommissionen des Deutschen Bundestages, die sich zwischen 1992 und 1998 mit der Geschichte und den Folgen der SED-Diktatur befassten, haben eine besondere und in gewisser Hinsicht einzigartige Rolle im Kontext der „Aufarbeitung“ der deutschen Diktaturvergangenheit gespielt. Zwar gibt es das Instrument der parlamentarischen Enquetekommissionen auf Bundesebene schon seit 1969. Als fraktionsübergreifende Untersuchungskommission, zusammengesetzt aus Abgeordneten aller Parteien sowie externen Sachverständigen, sollen sie dazu dienen, jenseits des politischen Tagesgeschäfts komplexe Themen und Probleme vertiefend zu

erörtern und für die parlamentarische Entscheidungsfindung und Beschlussfassung aufzubereiten. Bisher 30 Enquetekommissionen des Bundestages haben sich mit den unterschiedlichsten Gegenständen befasst – von der Lage der Psychiatrie in der ersten bis zur beruflichen Bildung in der digitalen Arbeitswelt in der vorläufig letzten Kommission. Die Enquetekommissionen zur „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“ (1992–1994) und zur „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (1995–1998) waren als erste und einzige dezidiert historisch ausgerichtet. Weder zu Geschichte und Folgen der NS-Diktatur noch zur schwierigen Geschichte der „Vergangenheitsbewältigung“ nach 1945 hat es ein solches Parlamentsgremium gegeben. Auch ist noch niemand auf die Idee gekommen, die Geschichte der Bundesrepublik in dieser Form parlamentarisch zu behandeln. Zurecht hat man die beiden Enquetekommissionen zur Geschichte der SED-Diktatur und ihren Folgen als spezifische Variante relativ neuer Aufarbeitungs- und Versöhnungspraktiken interpretiert, die vor allem seit den 1990er Jahren in unterschiedlichen postdiktatorischen Gesellschaften Lateinamerikas und Afrikas erprobt wurden, allerdings kaum Resonanz in den postkommunistischen Ländern Europas fanden. Auch im deutschen Fall wird man eher von einer begrenzten funktionalen Ähnlichkeit zwischen den Enquetekommissionen und den „Wahrheits- und Versöhnungskommissionen“ etwa in Chile oder Südafrika als von der Übernahme eines Modells sprechen müssen, denn bei näherem Hinsehen gab es große Unterschiede. Die Konfrontation bzw. der Dialog von Tätern und Opfern spielte in Deutschland keine Rolle und die Parlamentskommissionen sollten auch kein Ersatz für die strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen des SED-Regimes sein – von der Idee eines wie auch immer gearteten „Tribunals“ wollte man sich mit der Enquete ja gerade distanzieren. Die Forderung nach einer öffentlichen Abrechnung mit der Diktaturvergangenheit, die nach der Wiedervereinigung immer lauter wurde, mündete nicht in der Einsetzung eines neuen, „revolutionären“ Gremiums. Stattdessen wurde auf die in der Bundesrepublik etablierten Institutionen des allgemeinen Strafrechts zur Ahndung der Regimeverbrechen und der parlamentarischen Enquete zur politischen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit zurückgegriffen, auch unter Inkaufnahme der Grenzen, die Verfassung und Rechtsstaatsgebot diesen setzten. Die Stasi-Unterlagenbehörde und die Treuhandanstalt blieben die einzigen institutionellen Neuerfindungen zur Abwicklung der ostdeutschen Diktaturvergangenheit – bezeichnenderweise hatten beide

ihre Ursprünge in der postrevolutionären Endphase der DDR noch vor der staatlichen Vereinigung.

Obwohl es sich bei den beiden historischen Enquetekommissionen um politische Instrumente des Parlaments handelte, hatten sie einen in struktureller wie inhaltlicher Hinsicht hybriden Charakter: Strukturell nicht nur deshalb, weil dem Gremium sowohl gewählte Abgeordnete als auch außenstehende Experten angehörten, sondern auch, weil etliche in der Kommission mitwirkende Abgeordnete aus dem Oppositions- und Bürgerrechtskontext der späten DDR stammten, und zwar vor allem diejenigen, die wie Markus Meckel und Rainer Eppelmann maßgeblich an der Initiierung und Leitung der Kommission beteiligt waren. Politisch-parlamentarische, „revolutionäre“ und wissenschaftliche Legitimation trafen hier also in wechselnden Mischungsverhältnissen und Gewichtungen zusammen. Dies spiegelte sich auf inhaltlicher Ebene darin wider, dass sich in der Kommissionsarbeit unterschiedliche Erkenntnisperspektiven und Wahrheitsansprüche vermischten: Aus geschichtspolitischer Perspektive ging es um die normative Bewertung der vergangenen Diktatur, aus erinnerungskultureller Perspektive kam das kommunikative Gedächtnis der Zeitgenossen und Zeitzeugen zur Geltung und aus wissenschaftlicher Perspektive wurde methodisch kontrolliertes, „wissenschaftliches Wissen“ eingespeist – soweit dies in dieser relativ frühen Phase der historischen Erforschung der DDR-Vergangenheit und der sozialwissenschaftlichen Analyse des Vereinigungsprozesses schon verfügbar war.

Dreißig Jahre nach Einsetzung der ersten Kommission kann man mit einiger Distanz auf dieses geschichtspolitische Großunternehmen blicken und es in den Kontext der seinerzeitigen Auseinandersetzung mit der Geschichte der Diktaturen in Deutschland und Europa im 20. Jahrhundert einordnen. Auch wenn inzwischen die Historisierung der Aufarbeitung eingesetzt hat, kann die Frage, wie die vierzigjährige DDR-Geschichte zu deuten und mit welchen Begriffen sie zu charakterisieren ist, noch heute für leidenschaftliche Kontroversen sorgen. Man denke nur an den immer wieder aufflammenden Streit um den Begriff des „Unrechtsstaates“, der mitten in das Thema dieses Essays führt, denn die Brisanz dieser Etikettierung ergibt sich ja nicht aus staatsrechtlicher Haarspalterei, sondern daraus, dass ihre Befürworter die DDR terminologisch auf eine Stufe mit dem Nationalsozialismus stellen, was ihre Gegner vehement ablehnen.

Dass es zu diesen Deutungskontroversen kam, war weder zufällig noch überflüssig, sondern unvermeidlich. Die „Nachfolgestaaten des ‚Großdeutschen Reiches‘“ hatten

sich – wie der Soziologie M. Rainer Lepsius vor mehr als 30 Jahren sehr prägnant analysiert hat – auf gegensätzliche Weise zu ihrer braunen Vorgeschichte positioniert und diese Positionierung war zentraler Teil ihres historisch-politischen Selbstverständnisses.² Während sich Österreich als dritter „Nachfolgestaat“ durch das Narrativ von Hitlers „erstem Opfer“ lange Zeit seiner Mitverantwortung durch „Externalisierung“ der Schuldfrage entzog, löste das offizielle Geschichtsbild der SED das Problem durch „Universalisierung“: Der Nationalsozialismus galt als eine Variante des „Faschismus“ und dieser wiederum entsprang den Klasseninteresse des durch die Arbeiterbewegung bedrohten „Finanzkapitals“. Da dieses durch den Aufbau des Sozialismus ausgeschaltet worden sei, stand die DDR auch nicht in historischer Verantwortung für den NS. In der Bundesrepublik dagegen, so Lepsius, sei es im Verlauf einer längeren und kontroversen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit zu einer „Internalisierung“ des Erbes des Nationalsozialismus in dem Sinne gekommen, dass man sich einerseits der Verantwortung stellte und andererseits Verfassung und politische Kultur des westdeutschen Teilstaats in radikaler Abgrenzung sowohl gegenüber dem NS als auch gegenüber der kommunistischen Diktatur im Osten definierte. Die Staaträson beider deutscher Staaten wurde somit einerseits über die grundsätzliche Abgrenzung vom NS definiert, andererseits über die wechselseitige Zuschreibung an den jeweils anderen Staat, entweder in Kontinuität zum Nationalsozialismus zu stehen (so der Vorwurf der DDR an die Bundesrepublik) oder ein analoges diktatorisches Regime errichtet zu haben (so vor allem in den 1950er und 1960er Jahren die dominierende westliche Sicht auf die DDR).

Das kongruent zur Faschismustheorie konzipierte Leitnarrativ des Antifaschismus spielte eine Schlüsselrolle bei der Integration und Legitimation der Staatsgründung Ost und der SED-Herrschaft. Auch wenn die Relevanz dieser Legitimationserzählung seit den 1960er Jahren abnahm, blieb sie bis zum Schluss gültig – die von der SED-PDS Anfang Januar 1990 in Berlin organisierte Großdemonstration gegen angebliche Neonazi-Schmierereien am sowjetischen Ehrenmal im Treptower Park war eine der letzten Aufwallungen dieses instrumentellen Staatsantifaschismus. Bereits hieraus ergab sich nach 1990 zwangsläufig die Notwendigkeit, das Verhältnis der SED-Herrschaft zum NS-Regime zum Thema der historischen Aufarbeitung zu machen, zumal die Sensibilität für die nationalsozialistische Vergangenheit im Westen Deutschlands in den 1980er Jahren erheblich gewachsen war. Die aufgewühlten öffentlichen

Diskussionen nach Ausstrahlung der US-amerikanischen Fernsehserie „Holocaust“ im Jahr 1978, die Rede des Bundespräsidenten von Weizsäcker zum 40. Jahrestag des Kriegsendes im Jahr 1985, die „Bitburg-Affäre“ im gleichen Jahr, der sog. „Historikerstreit“ von 1986 und die 1988 beginnende Debatte um das „Denkmal zur für die ermordeten Juden Europas“ hatten viel zu dem Prozess beigetragen, den M. Rainer Lepsius als „Internalisierung“ der NS-Erinnerung in die politische Kultur der Bundesrepublik bezeichnet hat.

Die westdeutschen Geschichtsdebatten der 1980er Jahre hatten aber nicht nur die allgemeine Aufmerksamkeit für die Geschichte des Nationalsozialismus und deren Bedeutung für das Selbstverständnis der Bundesrepublik geschärft, sondern sie hatten auch die Art und Weise geändert, wie auf diese Geschichte geschaut wurde. Statt um abstrakte Strukturen und Faschismustheorien wie noch in den 1970er Jahren ging es jetzt um die Geschichte konkreter Opfer und Täter, um den Alltag in der Diktatur und um das Verhalten der „ganz normalen“ Deutschen. Damit verloren auch großformatige totalitarismustheoretische Deutungen weiter an Resonanz, die mehr an strukturellen Ähnlichkeiten zwischen den „rechten“ und „linken“ Diktaturen des 20. Jahrhunderts als an deren Unterschieden interessiert waren. Beides – das neue Interesse an den Opfern und Tätern des NS sowie die Abkehr von totalitarismustheoretischen Interpretationen – trug dazu bei, dass die Geschichte der DDR, der SED-Diktatur und des Kommunismus vor 1989 eher wenig Aufmerksamkeit fanden. Allerdings hatten die zum Teil erbittert geführten Geschichtskontroversen ein Klima begünstigt, in dem die öffentliche Erinnerung, die Relevanz der jüngsten Geschichte für die Gegenwart und die Kategorien und Begriffe, mit denen diese bewertet wurde, selbst zum Gegenstand der kritischen Erörterung wurden. Diese selbstreflexive Wendung des Erinnerungsdiskurses stimulierte auch die nach 1990 einsetzende Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit – nicht zuletzt durch den Vorsatz, die früheren Versäumnisse bei der NS-Aufarbeitung zu vermeiden, über die man eben noch heftig gestritten hatte.

Der Auftrag an die erste Enquetekommission, „die Frage der Kontinuitäten und Analogien des Denkens, des Verhaltens und der Strukturen in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, insbesondere der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur“ in ihre Arbeit einzubeziehen,³ konnte unter diesen Voraussetzungen nicht als eine Art wissenschaftlicher Forschungsauftrag abgearbeitet werden, sondern musste notwendigerweise in geschichtspolitische Debatten führen. Auf konservativer Seite focht man für eine

Renaissance der Totalitarismustheorie, um die strukturellen Ähnlichkeiten der linken und rechten Diktaturen des 20. Jahrhunderts zu betonen und die NS-Diktatur damit zur Vergleichsgröße bei der Einordnung und Beurteilung der SED-Diktatur zu machen. Auf linker und linksliberaler Seite hegte man dagegen die Befürchtung, dass die DDR-Aufarbeitung die während der 1980er Jahre so vehement ins Zentrum der geschichtspolitischen Aufmerksamkeit gerückte NS-Aufarbeitung marginalisieren und eine nationalapologetische Stimmung verstärken könnte, wonach das vereinte Deutschland als „normale“ und „selbstbewusste“ Nation endlich aus dem Schatten des Nationalsozialismus treten solle. Auch bestand die Sorge, dass die Gleichsetzung der Opfer der kommunistischen Diktatur mit denen des NS-Regimes die besondere Dimension und Qualität der Gewaltgeschichte des Nationalsozialismus bis zum Holocaust verschwimmen lassen würde. Und war es nicht eine Anmaßung, wenn sich die zweite Enquetekommission nicht nur mit dem Gedenken an Unrecht und Unterdrückung in der DDR, sondern auch mit den NS-Gedenkstätten befassen sollte? Neben inhaltlichen Fragen standen vor allem in der zweiten Enquetekommission auch strukturelle Aspekte zur Debatte, wenn es um die zukünftige Praxis des Gedenkens ging: Musste oder sollte dies überwiegend eine Angelegenheit der „Neuen Länder“ sein, die ja in besonderer Weise von der „doppelten Diktaturgeschichte“ betroffen waren? Wie sollte man mit den Erinnerungsorten umgehen, an denen sich an die Gewaltgeschichte des NS eine neue Phase illegitimer Gewalt in der Besatzungszeit angeschlossen hatte? Und wie sollte das schon länger schwebende Problem der Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern gelöst werden? Sollte weiter der Primat der Kulturhoheit der Länder gelten, wie es die Union betonte, oder sollte sich der Bund im Bereich der Gedenkstätten und der Aufarbeitung stärker engagieren, wie es die SPD schon länger forderte?

Hier ist weder Raum noch Gelegenheit, die inhaltlichen Diskussionen in den beiden Enquetekommissionen im Einzelnen nachzuzeichnen und diese vertiefend in den geschichtspolitischen Gesamtkontext der 1990er Jahre einzuordnen. Insgesamt wird man sagen können, dass sich die Debatten um das Verhältnis zwischen NS- und DDR-Vergangenheit zwischen den Polen geschichtspolitisch motivierter Parallelisierung und Differenzierung bewegten. Einerseits wird an verschiedenen Stellen deutlich, dass die Geschichte der DDR und der SED-Diktatur vor dem Hintergrund und in Bezug auf die vorangegangene NS-Diktatur thematisiert und bewertet wurde. Der schon erwähnte Auftrag an die erste Enquete, „die Frage der Kontinuitäten und Analogien des Denkens,

des Verhaltens und der Strukturen in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, insbesondere der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur, einzubeziehen“ wies bereits die Richtung. Allerdings wurde diese Frage in den Enquetekommissionen nicht systematisch verfolgt oder gar beantwortet, sondern eher punktuell aufgenommen, besonders, wenn es um die unmittelbar repressiven Strukturen beider Regimes geht. Die publizierten Materialien der beiden Enquetekommissionen erwähnen z.B. auf 102 Seiten die „Gestapo“, wobei auf 28 Seiten zugleich die Rede vom „Staatssicherheitsdienst“ oder dem „Stasi“ ist.⁴ Auf semantischer Ebene ist die komparative Perspektive z.B. in Wendungen wie „andere Diktatur“, „zweite Diktatur“, „zwei Diktaturen“ oder „totalitäre Diktatur“ fassbar, die immer wieder von Kommissionsmitgliedern oder Sachverständigen verwendet wurden, ohne allerdings den Sprachgebrauch in den Kommissionen zu dominieren.⁵ Auch der umstrittene Begriff des „Unrechtsstaat“, dessen potentieller komparativer Erkenntnisgewinn eher gering ist und der in der öffentlichen Debatte oft den Charakter einer normativen geschichtspolitischen Bekenntnisformel hat, tauchte immer wieder in den Verhandlungen der Kommission auf und wurde kontrovers diskutiert.⁶ Viel prominenter als solche Formulierungen, die das NS- und das SED-Regime begrifflich verbanden, waren allerdings spezifizierende Bezeichnungen, allem voran die Etikettierung der SED-Herrschaft als „SED-Diktatur“ (auf 1391 Seiten) oder „SED-Regime“ (auf 643 Seiten). Auch wurde das Adjektiv „kommunistisch“ (auf 2659 Seiten) viel häufiger verwendet als das Adjektiv „totalitär“ (auf 767 Seiten). Am ausführlichsten und systematischsten wurde das Verhältnis von NS-Diktatur und SED-Diktatur im Zusammenhang mit der Analyse des „antifaschistischen“ Legitimationsnarrativs der SED und seiner Inszenierung z.B. in den „Nationalen Mahn- und Gedenkstätten“ zur Erinnerung an das NS-Regime verfolgt.⁷ Hier ging es allerdings nicht um eine vergleichende, sondern um eine beziehungsgeschichtliche Perspektive: Die faschismustheoretische Deutung des Nationalsozialismus in ihrer orthodox kommunistischen Provenienz sollte ja die DDR als radikalen Gegenentwurf zum NS-Regime rechtfertigen, den Machtanspruch der SED begründen und die Bundesrepublik als quasifaschistischen Nachfolgestaat des NS delegitimieren. Auf die kritische Dekonstruktion dieses Mythos haben die Enquetekommissionen zurecht viel Wert gelegt. Gewichtiger als Tendenzen, die Ähnlichkeiten zwischen beiden Diktaturen unter Rückgriff auf eine totalitarismustheoretisch inspirierte Begrifflichkeit hervorzuheben, erscheint mir in der Gesamtschau allerdings, dass die Enquetekommissionen selbst ein

prominentes Forum boten, um Reichweite, Grenzen und Risiken des Vergleichs zu diskutieren und einer simplifizierenden und verzerrenden Gleichsetzung beider Regime entgegenzuwirken. Erstens geschah diese auf einer methodologischen Ebene. Die erste Enquetekommission diskutierte explizit über die Möglichkeiten und Probleme der „Auseinandersetzung mit den beiden Diktaturen in Deutschland in Vergangenheit und Gegenwart“ und reflektierte über Sinn und potentiellen Ertrag der Aufarbeitung. Die Vorträge hochkarätiger Historiker wie Horst Möller, Jürgen Kocka und Karl Dietrich Bracher sowie des Philosophen Jürgen Habermas lieferten dazu anspruchsvolle Vorlagen.⁸ Historisches Vergleichen diktatorischer Herrschaft wurde reflektiert und hinsichtlich seiner methodischen Prämissen und Tücken problematisiert, statt sich in geschichtspolitischer Gleichsetzung zu erschöpfen. Hier zeigte sich nicht nur die politische und fachliche Pluralität der Kommission, sondern auch eine intellektuelle Grundströmung, die ein reflexive Geschichtsbewusstsein forderte und förderte und die politische Relevanz von Geschichtsdeutungen und des kulturellen Gedächtnisses selbst thematisierte. Zweitens wurden explizit die politischen Risiken benannt, die im Vergleich von NS- und SED-Diktatur stecken können. Als salomonische Formel mit fast kanonischem Status etablierte sich früh eine Wendung des Historikers Bernd Faulenbach, der beiden Enquetekommissionen als Sachverständiger angehörte. Er hatte sie schon 1991 – ein Jahr vor Einsetzung der ersten Kommission – geprägt und am Ende wurde sie auch in den Schlussbericht der zweiten Kommission aufgenommen: „Die NS-Verbrechen dürfen weder durch die Verbrechen des Stalinismus relativiert noch die Verbrechen des Stalinismus mit Hinweis auf die NS-Verbrechen bagatellisiert werden.“⁹ Diese seitdem immer wieder zitierte Wendung ermöglichte und forderte einerseits einen vergleichende Blick auf beide Diktaturen, betont aber andererseits, dass Vergleichen eben nicht Gleichsetzen heißt. Vor allem aber liegt ihre Bedeutung darin, dass sie den Vergleich nicht als eine mehr oder weniger leistungsfähige Methode wissenschaftlicher Forschung thematisiert, sondern sich auf einer wertbezogenen, normativen Ebene bewegt und auf die Gefahren hinweist, die sich aus der politischen Instrumentalisierung des Diktaturenvergleichs ergeben können.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Begrifflichkeit, die in den 1990er Jahren in der öffentlichen und z.T. auch in der wissenschaftlichen Erörterung dominierte, einerseits darauf ausgelegt war, die Geschichte des NS und der DDR im

Zusammenhang anzusprechen, andererseits aber meist ziemlich vage blieb. Die Rede von den „zwei Diktaturen“ oder der „zweiten Diktatur“ als Synonym für die DDR, die auch in den Beratungen der Enquetekommissionen auftauchte, wurde erst in diesem Jahrzehnt populär.¹⁰ Der übergreifende Begriff der „Diktatur“ hob einerseits den undemokratischen, rechtsstaatswidrigen und „autokratischen“ Charakter beider politischer Regimes hervor, war aber andererseits relativ offen für historische und/oder systematische Spezifizierungen: Die verschiedenen Neologismen, die seit den 1990er Jahren die Debatte über die DDR-Geschichte befruchtet haben, zeigen dies deutlich – man denke etwa an Begriffsprägungen wie „moderne Diktatur“ (Jürgen Kocka), „Fürsorgediktatur“ (Konrad H. Jarausch), „Konsensdiktatur“ (Martin Sabrow) oder „diktatorische Herrschaft als soziale Praxis“ (Alf Lüdtke, Thomas Lindenberger). Auch hinter der in den 1990er Jahren zu beobachtenden Renaissance des Totalitarismusbegriffs standen nur selten ambitionierte theoretische Ansprüche.¹¹ Zwar wurde auf die Klassiker der entsprechenden Literatur verwiesen – vor allem auf Hannah Arendts „Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft“¹² und auf Carl Joachim Friedrichs und Zbigniew Brzezinskis vielzitierten Band über die „Totalitäre Diktatur“¹³ aus den 1950er Jahren – aber eine umfassende und differenzierte Neuformulierung totalitarismustheoretischer Deutungen nach dem Untergang des Kommunismus in Europa fand nicht statt.

Wahrscheinlich war gerade der Verzicht auf theoretische Vertiefung und konzeptionelle Stringenz die Voraussetzung dafür, dass sich in der ersten Enquetekommission die Vertreter recht unterschiedlicher Wissenschaftstraditionen auf den Begriff des Totalitarismus beziehen konnten. So stellte auf der einen Seite der konservative Politikwissenschaftler Eckhard Jesse fest: „Der Totalitarismusbegriff dürfte nach dem nahezu weltweiten Ende des Kommunismus eine Aufwertung erfahren. Es gilt folgende Paradoxie: Die Tragfähigkeit des Ansatzes ist mit dem fast völligen Verschwinden totalitärer Systeme gestiegen. Nach dem Ende totalitärer Regime fallen erstaunliche Analogien zwischen rechten und linken Diktaturen auch jenen auf, die früher davon nicht sonderlich viel wissen wollten.“¹⁴ Und der eher auf der anderen Seite des politischen und wissenschaftlichen Spektrums zu verortende Jürgen Habermas konstatierte: „Heute kann sich zum ersten Mal ein antitotalitärer Konsens bilden“¹⁵ – ein Satz, der sich ähnlich wie Bernd Faulenbachs Plädoyer gegen „Bagatellisierung“ und „Relativierung“ rasch als vielzitierte Integrationsformel etablierte.¹⁶ Das gerade

Habermas' Formulierung auf so viel Resonanz stieß, verdankte sich zum einen der Prominenz ihres Autors, zum anderen der Betonung des *Anti*totalitarismus. Damit stand nicht das schwierige Geschäft einer vergleichenden Analyse von Ähnlichkeiten und Unterschieden rechter und linker Diktaturen in der Geschichte des 20. Jahrhunderts im Fokus, sondern die politisch-normative Distanzierung von beiden. Der schon oben zitierte M. Rainer Lepsius hat dies in seiner Stellungnahme vor der ersten Enquetekommission treffend auf den Punkt gebracht: „Der Vergleich zwischen der SED- und der NS-Diktatur ist meines Erachtens problematisch, wenn er direkt durchgeführt wird. Der Vergleich ist nur möglich über einen Dritten, der die Vergleichskategorien anbietet, und das ist der demokratische Rechtsstaat.“¹⁷

An dieser Stelle können natürlich nicht die auf fast 30.000 Seiten dokumentierten Erträge von zwei Enquetekommissionen bilanziert werden. Hinsichtlich der hier interessierenden Frage, wie die historischen Enquetekommissionen des Bundestages zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit der doppelten deutschen Diktaturerfahrung im 20. Jahrhundert umgegangen sind und wie man sie in den erinnerungspolitischen Debatten der 1990er Jahre verorten kann, lassen sich aber sechs allgemeine Beobachtungen festhalten.

Erstens musste jede Aufarbeitung der SED-Diktatur den größeren Kontext der Diktaturgeschichte des 20. Jahrhunderts in Deutschland und Europa berücksichtigen – darüber herrschte in allen politischen Lagern Konsens. Jenseits aller historiographischen Methodenprobleme und Detailfragen ging es dabei um grundlegende normative Werturteile, die das historisch politische Selbstverständnis des vereinten Deutschlands und – auf sehr unterschiedliche Weise – der beiden Teilstaaten bestimmten, aus denen es hervorgegangen war.

Zweitens haben die beiden Enquetekommissionen in der Auseinandersetzung mit dieser komplexen, mehrschichtigen Problemkonstellation als Katalysatoren einer selbst-reflexiven Erinnerungspolitik gewirkt. Zum einen dadurch, dass das Verhältnis zwischen NS-Diktatur und SED-Diktatur – sei es in komparativer oder beziehungsgeschichtlicher Perspektive – aus verschiedenen Blickwinkeln thematisiert wurde. Zum anderen aber vor allem dadurch, dass die methodische Operation des Diktaturenvergleichs selbst zum Gegenstand der Erörterungen gemacht wurde, so dass Reichweite und Grenzen, mögliche Erträge und Gefahren dieser Herangehensweise sowohl auf sachlicher als auch auf normativer Ebene reflektiert wurden.

Drittens etablierte sich in den Kommissionen ein relativ breiter Konsens über zentrale Begriffe und Deutungen. Der Oberbegriff der „Diktatur“ markierte den fundamentalen Unterschied zum demokratischen Rechtsstaat, war aber hinreichend offen für historische Spezifizierungen und Differenzierungen – auch und gerade zwischen NS- und SED-Regime. Die unterschiedlichen Begriffsvarianten der letzten Jahre und Jahrzehnte haben dies gezeigt. Faulenbachs griffige Formel half zwar wenig, wenn es um komparative Detailprobleme ging, gab aber eine sehr deutliche normative Orientierung gegenüber allen Versuchen, die Geschichte der einen Diktatur gegen die der anderen auszuspielen.

Viertens reflektieren die Verhandlungen der Enquetekommissionen die Wiederentdeckung und Aufwertung des „Totalitarismus“-Begriffs in den 1990er Jahren. Allerdings gibt es wenige Anzeichen einer theoretischen Vertiefung und Weiterentwicklung dieses Konzepts. Auch kann nicht die Rede davon sein, dass seine Verfechter in die schlichte rot-gleich-braun-Rabulistik der 1950er Jahre zurückgefallen wären. Vermutlich hätten die meisten Kommissionsmitglieder der Feststellung von Habermas zugestimmt, dass „die doppelte Vergangenheit [...] ungewöhnlich hohe Anforderungen an Augenmaß und Differenzierungsvermögen, an Urteilskraft, Toleranz und Selbstkritik (stellt).“¹⁸ Wenn Habermas mit der Wendung vom „antitotalitären Konsens“ zugleich eine weitere Konsensformel in die Debatte der Enquete einspeiste, wurde damit vor allem die Legitimation der bundesrepublikanischen Demokratie durch die fundamentale Abgrenzung von beiden Diktaturen unterstrichen.

Fünftens hat vor allem die zweite Enquete wichtige Impulse für die langfristige Sicherung und Institutionalisierung der historisch-politischen Aufarbeitung der doppelten deutschen Diktaturvergangenheit gegeben. Die Gedenkstättenkonzeption des Bundes von 1999 basierte zum Gutteil auf den Ergebnissen und Empfehlungen der Kommission und mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur wurde 1998 eine Einrichtung geschaffen, die das Anliegen der beiden Enquetekommissionen als Daueraufgabe historisch-politischer Bildung institutionalisiert hat.

Sechstens hat sich die Sorge, die große Aufmerksamkeit für die DDR-Geschichte und die Rede von den „zwei Diktaturen“ könne die kritische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit lähmen und ihre Bedeutung für das historisch-politische Selbstverständnis der Bundesrepublik marginalisieren, als unbegründet erwiesen. Die großen erinnerungspolitischen Debatten der 1990er Jahre, die am meisten Emoti-

onen mobilisierten und die heftigsten Kontroversen provozierten, bezogen sich auf die NS-Vergangenheit: Die jahrelange Auseinandersetzung um das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“, die „Goldhagen-Debatte“ über den Charakter des Antisemitismus in Deutschland, die Ausstellung über die „Verbrechen der Wehrmacht“, die späte Entschädigung der Zwangsarbeiter in der NS-Kriegswirtschaft, in jüngerer Zeit auch die lange Serie wissenschaftlicher Studien zur Geschichte von Unternehmen und Behörden im NS und in der Nachkriegszeit zeigen die anhaltende Aufmerksamkeit von Politik, Öffentlichkeit und Wissenschaft für die Geschichte des Nationalsozialismus auch nach 1989/90.

Trotz aller Erinnerungsdebatten, aller Reflexion und aller Differenzierung bleibt ein Spannungsverhältnis zwischen der Aufarbeitung der SED-Diktatur und der nationalsozialistischen Vergangenheit. Auf absehbare Zeit wird es auch nicht verschwinden. In den 1990er Jahren war es besonders an Orten wie Buchenwald oder Sachsenhausen spürbar – vor 1945 nationalsozialistische Konzentrationslager, in der anschließenden Besatzungszeit sowjetische Speziallager. Hier trafen die jeweiligen Opferkollektive in einer z.T. erbittert geführter Erinnerungskonkurrenz aufeinander. Manches hat sich seitdem entschärft und die neu gestalteten Gedenkstätten thematisieren und erschließen die komplexe Verschränkung dieser doppelten Gewaltgeschichte. Aufgehoben ist die Spannung aber nicht. Dies liegt auch daran, dass die Erinnerung an den Nationalsozialismus und an die DDR nach wie vor in getrennten Diskursräumen stattfinden. Manche bedauern dies und fordern eine stärkere Integration der Erinnerungsdiskurse. Ich bin skeptisch. Trotz aller Wechselwirkungen und trotz vieler Analogien zwischen den Diktaturen sind die Unterschiede von Struktur und Erfahrung viel zu gravierend, als dass man sie in einem integrierenden Narrativ diktatorischer Gewalt im 20. Jahrhundert erfassen könnte. Auch die Selbstwahrnehmung vieler Ostdeutscher unterstreicht dies. Nicht wenige, die von Repression und Verfolgung unter der SED-Diktatur betroffen waren, empfinden sich im Vergleich zu den NS-Verfolgten als „Opfer zweiter Klasse“. Auf der anderen Seite fanden und finden viele ehemalige DDR-Bürger ihre Lebensgeschichte in der Erzählung von den „zwei Diktaturen“ bzw. der „zweiten Diktatur“ nicht wieder, und zwar nicht nur diejenigen, die gläubige Anhänger des antifaschistischen Staatsmythos waren. Und schließlich ist an die fundamentale Asymmetrie in der deutschen Erinnerungskultur zu erinnern, die aus der Teilungsgeschichte resultiert. Aller Bemühungen zum Trotz, die „asymmetrisch verflochtene

Parallelgeschichte“ (Christoph Kleßmann) von Bundesrepublik und DDR als gesamtdeutsche Geschichte zu erzählen, wird die Geschichte des SED-Regimes und der DDR als ostdeutsche Regionalgeschichte wahrgenommen und erinnert – zumindest so lange, wie das „kommunikative Gedächtnis“ (Aleida Assmann) der Erlebnisgeneration eine maßgebliche Rolle spielt. Umgekehrt gilt dies auch für die bundesrepublikanische Separatgeschichte. Die Geschichte des „III. Reiches“, der NS-Diktatur und des Holocaust ist dagegen unzweifelhaft Teil der gemeinsamen Nationalgeschichte.

Anmerkungen

- 1 Für den Druck überarbeiteter Vortrag zur „Aufarbeitung der NS-Diktatur und der kommunistischen Diktatur in Deutschland vor dem Hintergrund des Wirkens der Enquete-Kommissionen“, gehalten am 29. Juni 2022 bei der Veranstaltung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur „20 Jahre Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung von Ursachen, Geschichte und Folgen der Diktatur in SBZ und DDR am 29. Juni 2022. Die Quellen- und Literaturnachweise beschränken sich im Wesentlichen auf die in 32 Bänden veröffentlichten Materialien der beiden Enquetekommissionen. Sie stehen in digitalisierter Form zur Verfügung unter <https://enquete-online.de/>. Alle Zitate aus diesen Materialien beziehen sich auf diese online Version. Die Angaben Wahlperiode 12 bzw. 13 verweisen auf die erste bzw. zweite Enquetekommission.
- 2 Lepsius, Rainer M.: Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des „Großdeutschen Reiches“, in: Haller, Max (Hrsg.): Kultur und Gesellschaft. Verhandlungen des 24. Deutschen Soziologentages, Frankfurt 1989, S. 247–264.
- 3 Wahlperiode 12, Band I, Seite 190.
- 4 Diese und die folgenden Zahlenangaben beruhen auf Auszählungen nach der digitalisierten Ausgabe der Materialien.
- 5 In der Materialdokumentation der beiden Enquetekommissionen taucht die Formulierung „andere Diktatur“ auf 9 Seiten, „zweite Diktatur“ auf 50 Seiten, „zwei Diktaturen“ auf 43 Seiten und „totalitäre Diktatur“ auf 87 Seiten auf.
- 6 Nennung auf 88 Seiten der Materialdokumentation.
- 7 Vgl. Band IX der Materialien: Formen und Ziele der Auseinandersetzung mit den beiden Diktaturen in Deutschland.

- 8 Vgl. die Vorträge und Diskussionen in Wahlperiode 12, Bd. IX.
- 9 Wahlperiode 13, Band I, S. 614 f; Band VI, S. 38 f.
- 10 Ein Vergleich der Häufigkeitskurven beider Wendungen im „Ngram-Viewer“ von Google Books zeigt dies sehr anschaulich. <https://books.google.com/ngrams#>
- 11 Etwa bei der Politikwissenschaftlerin Sigrid Meuschel. Vgl. etwa Meuschel, Sigrid: Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989, Frankfurt 1992; dies., Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR, GG 19, 1993, S. 5–14; dies., Nationalsozialismus und SED-Diktatur in vergleichender Perspektive, DA 27, 1994, S. 1001–1003.
- 12 Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft, Frankfurt 1955.
- 13 Friedrich, Carl Joachim / Brzezinski, Zbigniew: Totalitarian Dictatorship and Autocracy, New York 1957².
- 14 Jesse, Eckhard: Wahlperiode 12, Band IX, S. 704.
- 15 Habermas, Jürgen: Wahlperiode 12, Band IX, S. 690.
- 16 „Hier ist einmal ziemlich konsensual von einem antitotalitären Konsens gesprochen worden, der neu hergestellt worden sei.“ Faulenbach, Bernd: Wahlperiode 12, Band IX, S. 712; „Optimistisch könnte mich auch stimmen, daß offenbar ein Konsens über einen antitotalitären Konsens besteht.“ Jesse, Eckhard: Wahlperiode 12, Band IX, S. 744.
- 17 Lepsius, Rainer M.: Wahlperiode 12, Band IX, S. 707.
- 18 Habermas, Jürgen: Wahlperiode 12, Band IX, S. 689.



Prof. Wolffsohn bei seiner Rede am 13. November 2022.

Trauert Deutschland zu Deutsch? Rede anlässlich des Volkstrauertages am 13. November 2022 im Landtag von Sachsen-Anhalt

Michael Wolffsohn

Volkstrauertag. Seit 1922, genauer: seit 1925 trauert das amtliche Deutschland. In der Weimarer Republik gedachte das Deutsche Volk, jeweils am fünften Sonntag vor Ostern, der im Ersten Weltkrieg gefallenen deutschen Soldaten. Es war jedoch kein gesetzlicher Feier-, eigentlich: Gedenktag.

In „Heldengedenktag“ wurde er 1934 von den Nationalsozialisten umbenannt und, religiös Christliches missbrauchend, in den zweiten Fastensonntag und ab 1939 offen militaristisch auf den 16. März verlegt. An diesem Tag war die Allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt worden.

Die DDR machte ab 1952 daraus den „Internationalen Gedenktag für die Opfer des

faschistischen Terrors und Kampftag gegen Faschismus und imperialistischen Krieg“. Jeder denke sich seinen Teil.

In der Bundesrepublik Deutschland wird der Volkstrauertag seit 1952 am vorletzten Sonntag vor dem Ersten Advent ganz allgemein als „Gedenk- und Trauertag“ begangen. Anders Hessen. Dort gedachte man seit 1952 ganz konkret der „Opfer des Nationalsozialismus und der Toten beider Weltkriege“.

Die seit 1987 alt- und seit 1990 neubundesdeutsche Formel lautet anders: Man gedenkt aller, wohlgemerkt aller, Opfer „von Kriegen, Gewaltherrschaft und Terrorismus“ sowie, den außenpolitischen Veränderungen seit der Wiedervereinigung folgend, der bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr gefallenen deutschen Soldaten. In den entsprechenden Gesetzen der neuen Bundesländer wurde auf Inhaltsbestimmungen des Volkstrauertages verzichtet. Das erlaubt Flexibilität – und die ist bitter nötig, wie ich zu zeigen beabsichtige.

1922–2022, tektonische Veränderungen.

Die Entwicklungslinie ist eindeutig: Vom gemäßigten Trauer-Partikularismus der Weimarer Republik über den extremaggressiven National-Militarismus der Nazis, zum Schein-Internationalismus der kaltkrieglerischen DDR und schließlich zum Universalismus der Bundesrepublik, ergänzt um sanftesten deutschen Partikularismus.

Dieses bundesdeutsche Ethos ist sehr sympathisch. Es ist jedoch viel zu abstrakt. Abstraktes weckt keine Gefühle. Abstraktes nehmen wir wie Vokabeln auf. Sie sind leblos. Abstraktes ist deshalb wirkungsschwach. Das bedeutet bezüglich individueller und kollektiver Trauer: Je ferner und fremder und abstrakter die zu Betrauernden, desto geringer die echte, innere Anteilnahme.

Abstrakt und fern scheint den meisten heutigen Deutschen der Krieg an sich. Dabei ist er so nah. Stichwort: Ukraine. Aber auch schon zuvor die Balkankriege von 1991 bis 1999. Die Menschen flohen und fliehen zu uns – und trotzdem blieben uns diese Kriege fern. Das ist sowohl realitätsfern als auch unethisch.

Den Toten soll ein in der Gegenwart wirkendes Nachleben verschafft werden. Wie Wolf Biermann es bezogen auf „seine“ Toten sagt, sollte es sein: „Wir leben ewig bis in den Tod! / Nicht alle, aber meine Toten leben. / Nur: sie sind nicht mehr da.“

Wer mit Vokabeln nur Kopf und Verstand anspricht, erreicht nicht die Seele und das Herz der Menschen. Man mache sich nichts vor. Wer alle betrauert, betrauert nie-

manden. Und wer Krieg, wie jetzt, vornehmlich als Preistreiber betrachtet, trauert nicht um Menschen, sondern um materiellen Wohlstand.

Trauer ist höchst privat und im Kollektiven nur erlebbar und erreichbar, wenn die zu Betrauernden erkannt und benannt werden und nicht im Allerweltswort „alle“ unerkannt und unkenntlich bleiben.

Daraus folgt meine ketzerische Empfehlung: Die Inhalte des deutschen Volkstrauertages sollten konkretisiert werden, um Herz und (!) Verstand zu erreichen. Den jeweiligen Toten soll Nachleben eingehaucht werden, damit die Lebenden um sie trauern, sie würdigen und Lehren aus dem Leben und Sterben der Toten ziehen können. Individuell ebenso wie kollektiv, zum Nutzen unserer Demokratie.

Von der Demokratie zur Demografie.

Der Begriff „Volkstrauertag“ in Deutschland und für Deutsche unterstellt unausgesprochen, dass es sich um ein und das gleiche, gar dasselbe deutsche Volk handelt. Dem ist schon aus chronologischen und biologischen Gründen nicht so. 1922 bzw. 1925 war das Deutsche Volk mehr oder weniger homogen, die NS-Verbrecher versuchten es „endgültig“ zu homogenisieren bzw. zu „arisieren“. Das gelang ihnen nicht - dank den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges, allen voran der US-Demokratie und, unbestreitbar, der Roten Armee des Millionenmörders Stalin, und der Verweis auf Stalin wiederum zeigt uns: Auch Befreiung ist mehr als ethisch eindimensional.

Seit den 1950er Wirtschaftswunderjahren fand in der alten Bundesrepublik eine erst allmähliche, dann reißend rapide demografische Revolution statt. Sie hält, mal langsamer, mal schneller, bis heute im vereinten Deutschland an. Zuerst aus Süd-, Südost- und Südwesteuropa. Dann der große Einschnitt am 13. August 1961. Mauer und Stacheldraht verhinderten, dass tagtäglich tausende Arbeiter aus der DDR die Produktion im Westen Deutschlands am Laufen hielten. Not am Mann, an Arbeitskräften. Sie wurden gesucht, gefunden und gerufen: aus der Türkei. Seit 1961 kamen und kommen sie. Sie bleiben, was die politisch Verantwortlichen seinerzeit weder erwartet noch gewollt hatten. Wer hatte jenseits der wirtschaftlichen Aspekte die menschliche, die ethische Verantwortung und die Folgen für Gesellschaft, Kultur und Politik der Bunderepublik bedacht?

1961 war nur der Anfang, es folgten weitere Wellen. Sie hingen mit den Folgen und Spätfolgen der Entkolonialisierung der nichtdeutschen Kolonialmächte zusammen,

mit Kriegen und Bürgerkriegen wie den Balkankriegen von 1991 bis 1995 und natürlich dem eiskalten Arabischen Frühling ab 2011 sowie dem 20jährigen Krieg in und um Afghanistan. Höhepunkt 2015/16. Der neue Höhepunkt 2022: Die Fluchtwelle aus der Ukraine. Das alles ist allen bekannt. Ein weites Feld. Heute nicht unser Feld. Sehr wohl unser Feld ist folgende Feststellung: Viele flohen zu uns, viele blieben, bleiben und werden Neudeutsche. Ein tumber Tor, wer meint, dass jene demografische Revolution nur auf die Bevölkerungsstruktur Deutschlands begrenzt bleiben konnte. Unvermeidlich wurde „das Deutsche Volk“, verstanden als die Gesamtheit seiner Staatsbürger und erst recht seiner zeitweiligen und dauerhaften Einwohner, immer vielfältiger: ethnisch, sprachlich, kulturell, religiös.

Wer oder was also ist heute das Deutsche Volk? Und, bezogen auf den Volkstrauertag im Besonderen sowie die sogenannte deutsche Erinnerungskultur im Allgemeinen: Wie erreicht man auch die Neuen Deutschen, von denen etwa ein Viertel Migrationshintergrund aufweist. Erreicht man sie? Ja, gut, sagen die einen, schlecht, die anderen.

Entscheidend: Wie und wodurch erreicht man die Neuen UND alten Deutschen sowohl emotional als auch rational? In Trauer und Leid und Freude? Jedenfalls nicht mit den inzwischen längst versteinten, ritualisierten Jedermann-Formen, - Formeln und -Vokabeln.

Keiner kann alle betrauern, weil keiner alle kennt. Wer alle betrauert, betrauert niemanden. Womit erkennbar wird: Der Inhalt unseres Volkstrauertages ist eine Leerformel. Hier noch einmal ihr Inhalt: Man gedenkt aller, wohlgemerkt aller, Opfer „von Kriegen, Gewaltherrschaft und Terrorismus“ sowie der bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr gefallenen deutschen Soldaten.

Sympathisch, moralisch, aber – mit Ausnahme der eigenen gefallenen Soldaten - als Abstraktum seelenlos, obwohl gerade seelische Erregung erreicht werden soll.

Wer könnte, selbst wenn er wollte, wie und warum aller, wohlgemerkt: aller Opfer von Kriegen, Gewaltherrschaft und Terrorismus gedenken? Das ist unmöglich, undurchdacht, unecht gefühlt und daher eine Leerformel.

Zu fragen ist außerdem: Waren alle Opfer wirklich nur Opfer oder zuvor auch Täter? Man denke an die getöteten Männer der Einsatzgruppen. Opfer? Sind die getöteten Söldner der russischen „Gruppe Wagner“ Opfer, obwohl sie vorher brutale Morde begangen hatten? Das sind nur zwei von zahllosen Fragen.

Anders als beim Kochen und Backen gibt es für individuelle und erst recht kollektive Trauer keine Rezepte, wohl aber Leitgedanken und Leitgefühle. Ich nenne nur das Beispiel von Deutschen, deren Vorfahren oder sie selbst aus muslimischen Staaten stammen. Sie sind einerseits Deutsche. Andererseits sind viele emotional, kulturell und religiös mit ihren muslimischen Herkunftsländern verbunden. Und doch gibt es auch für sie einen Bezug zum deutschen Volkstrauertag.

Beide Weltkriege sowie der Holocaust haben deutsch-arabisch-muslimische Bezüge, denn: Führende arabische und islamische Akteure haben mit Hitler-Deutschland freiwillig kooperiert. Das ist Fachleuten bekannt, der breiten Öffentlichkeit unbekannt. Unbekannt, weil unbenannt. Die natürliche Folge: Viele Muslime in Deutschland und Europa halten die Auseinandersetzung mit Weltkriegen und Holocaust für ein Problem der Altdeutschen und ihrer Nachfahren, bar jeder Gegenwartsbezogenheit für Millionen muslimischer Neudeutscher. Dieses Defizit an Wissen und Gefühlen haben nicht allein sie als Neudeutsche zu verantworten, sondern die zuständigen Altdeutschen in Politik, Gesellschaft, Medien und, ja, Wissenschaft.

Wenn, wie gewollt, tatsächlich „aller Opfer von Kriegen, Gewaltherrschaft und Terrorismus“ gedacht werden sollte, warum dann nicht auch der syrischen Opfer des syrischen Präsidenten Assad samt seiner Helfer Putin und Mullah-Iran? Oder der Afghanen, die vor den Taliban zu uns flohen? Viele afghanische Flüchtlinge sind, wie die syrischen oder irakischen und libyschen, teilweise deutsche Neubürger, weil sie vor Krieg, Gewaltherrschaft und Terrorismus nach Deutschland kamen.

Wenn alle Deutschen am deutschen Volkstrauertag in Trauer vereint sein sollen - und sie sollen - dann wird es höchste Zeit, die jeweiligen Wissens- und Gefühlslücken der Neu- und Altdeutschen zu schließen. Wer nämlich nicht gemeinsam trauern kann, kann auch nicht gemeinsam feiern.

Im Freiheitskrieg der Menschheit gibt

Es keine toten Toten

Das ist so wahr wie trocken Brot:

Es gibt ein Leben nach dem Tod

So Wolf Biermann, der Heines Begriff vom „Freiheitskrieg der Menschheit“ aufgreift und gedanklich erweitert.

Oder, wie Du, Bruder Lejb Rosenthal 1942 im Ghetto Wilna gedichtet hast:

Wir leben ewig bis in den Tod

So ist es. Jedoch:

„Nicht alle, aber meine Toten leben.

Nur: sie sind nicht mehr da.“



Auftakttreffen zum Heimatstipendium am 2. Oktober 2020 in den Räumlichkeiten der Kunststiftung Sachsen-Anhalt in Halle (Saale)

Durch die Augen von zwei Künstlerinnen. Neue Perspektiven auf das Schloss Lichtenburg in Prettin und die Gedenkstätte Bernburg: Das Heimatstipendium #2 der Kunststiftung Sachsen-Anhalt

Melanie Engler | Judith Gebauer

Im Dezember 2019 und im Januar 2020 organisierte die Kunststiftung des Landes Sachsen-Anhalt für Kunschtchaffende aus Sachsen-Anhalt vier verschiedene Bustouren quer durch das gesamte Bundesland, um die insgesamt zehn Projektorte zu besuchen, die eine Jury jüngst für die zweite Auflage des Heimatstipendiums ausgewählt hatte, darunter auch das Schloss Lichtenburg in Prettin und die Gedenkstätte für die Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg.¹

„Das Programm soll Künstlerinnen und Künstler anregen und unterstützen, sich mit dem seit Jahrhunderten Aufbewahrten zu befassen, um dann, davon inspiriert, neue Arbeiten zu entwickeln“, so Manon Bursian, Direktorin der Kunststiftung des Landes

Sachsen-Anhalt. „Es ging und geht uns dabei vor allem um die Stärkung der Museen als Institutionen unseres kulturellen und künstlerischen Gedächtnisses.“²

Zahlreiche interessierte Künstlerinnen und Künstler nutzten die organisierten Bustouren, um sich erste Eindrücke von den ausgewählten Projektorten zu verschaffen, die Museen und Gedenkstätten in ihrer Komplexität auf sich wirken zu lassen und zugleich mit den Mitarbeitenden vor Ort ins Gespräch zu kommen. Davon inspiriert entwickelten sie erste Ideen, wie sie das kulturelle Erbe dieser Projektorte in eigenen künstlerischen Arbeiten reflektieren und neu interpretieren würden.

Dass dieser Ansatz bereits in der ersten Förderrunde großen Erfolg erzielen konnte, bestätigt Staatsminister Rainer Robra in seiner Funktion als Vorsitzender des Stiftungsrates der sachsen-anhaltischen Kunststiftung: „Das Heimatstipendium der Kunststiftung ist sowohl bei Künstlern und Künstlerinnen als auch bei Museumsschaffenden sowie in der Bevölkerung auf breite Resonanz gestoßen und hat viel Anerkennung bekommen. Deshalb halte ich es für ein überaus zukunftsorientiertes und erfolgreiches Förderinstrument für die Kunst- und Kulturlandschaft in Sachsen-Anhalt.“³

Bis Anfang Februar 2020 hatten die Kunstschaffenden Zeit, ihre Ideen in Konzepte zu übersetzen, um sich damit für eines von zehn Heimatstipendien mit einem Finanzvolumen in Höhe von jeweils 12.000 Euro zu bewerben. Gefördert von der Kloster Bergesche Stiftung zielte das Heimatstipendium, das von der Kunststiftung des Landes Sachsen-Anhalt erneut in Kooperation mit dem Museumsverband Sachsen-Anhalt e.V. verantwortet wurde, darauf ab, dass sich die Künstlerinnen und Künstler als Stipendiatinnen und Stipendiaten ein Jahr lang intensiv mit den Sammlungen auseinandersetzen, die Bestände erkunden, in den Archiven verborgene Kostbarkeiten entdecken, um dann schließlich eigene zeitgenössische Kunstwerke zu entwickeln, die die bestehenden Sammlungen nicht nur kommentieren, sondern auch um wertvolle künstlerische Gegenwartsperspektiven ergänzen.

Dies bedeutet zugleich eine kritische und vielschichtige Auseinandersetzung mit dem Begriff „Heimat“. „Der Begriff Heimat hat in den vergangenen Jahren Zündstoff für Diskussionen geliefert und mitunter heftige politische Kontroversen ausgelöst“, erläutert Manon Bursian. „Viele Menschen mussten sich in den vergangenen Jahren eine neue Heimat suchen. Andere sehen ihre Heimat herausgefordert. Es geht um neue Formen des Gemeinns und des Miteinanders, aber auch um einen Blick in eine verbindende Geschichte. Heimat ist für viele eine Chiffre für sehr unterschiedliche Phäno-

mene, Gefühlslagen und Identitäten.“⁴ Gerade die beiden Projektorte in Prettin und Bernburg laden dabei aufgrund ihrer historischen Verknüpfungen und thematischen Zuschreibungen zu einer besonders kritischen Betrachtung des Begriffs Heimat ein. So sind beide Orte wie Spiegel zu verstehen, die Ausschlussmechanismen in einer Gesellschaft auf drastische Weise sichtbar machen und somit auch die inhaltliche Spannbreite des Heimatbegriffes aufzeigen.

Nachdem eine Jury die zahlreichen eingegangenen Konzepte von Künstlerinnen und Künstlern aus Sachsen-Anhalt begutachtet hatte, konnte die zweite Runde des Heimatstipendiums am 2. Oktober 2020 mit einem Auftakttreffen aller Beteiligten in den Räumlichkeiten der Kunststiftung in Halle (Saale) starten. Ein intensives und zugleich spannendes Jahr mit vielen Begegnungen und Austauschformaten begann.

„Starke Frauen in der Lichtenburg“ von Petra Reichenbach

Die Idee, den Projektort Schloss Lichtenburg in der zweiten Auflage des Heimatstipendiums einzubringen, entstand in Kooperation zwischen der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin und der Stadt Annaburg als Trägerin des Museums Schloss Lichtenburg. Sowohl das Museum als auch die Gedenkstätte sind als Institutionen im Schlosskomplex Lichtenburg verortet, der nicht nur in seiner baulichen Verfasstheit und architektonischen Gestaltung, sondern auch in seiner Historie von außerordentlicher Bedeutung ist. Die erlebbaren, übereinanderliegenden historischen Zeitschichten sind in ihrer Dichte und Komplexität einzigartig. Dabei ist bereits jede Zeitschicht für sich allein betrachtet sehr bedeutsam: Antoniterkloster – Nebenresidenz und kurfürstlicher Witwensitz – Strafanstalt – Konzentrationslager – Standort der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) Geschwister Scholl – Lern- und Begegnungs-, Erinnerungs- und

Gedenkort. Damit wird das Schloss Lichtenburg zu einem Brennglas einer über 700-jährigen, wechselvollen Geschichte, einem Ort großer Spannungsbögen und Gegensätze: Symbolisch stehen an diesem Ort Licht und Schatten einander sehr dicht gegenüber, ebenso wie Leben und Sterben.

Im Grunde fordert die Lichtenburg geradezu selbst aus ihrer Geschichte heraus eine künstlerische Auseinandersetzung bzw. Interpretation. Der Schlosskomplex wirft in seiner Komplexität sehr viele Fragen und Themen auf, die durchaus auch künstlerisch verhandelt oder kommentiert werden können. Im Sinne einer Kooperation war



Multimediainstallation „Starke Frauen in der Lichtenburg“, präsentiert im mittleren Frauengemach

das Heimatstipendium zugleich auch als eine Art Brücke zwischen dem Museum und der Gedenkstätte gedacht bzw. als symbolisches Band, das die verschiedenen Zeitschichten durch einen künstlerischen Auseinandersetzungsprozess miteinander verbinden und die dichten Überlagerungen vor Ort sichtbar machen sollte. Darüber hinaus hatten die Projektbeteiligten von Anfang an auch die Intention, durch das Heimatstipendium neue Akzente im Schlosskomplex zu setzen, die den Besucherinnen und Besuchern vielleicht sogar als Interpretationshilfen bzw. Denkanstöße dienen und zugleich eine kritische Auseinandersetzung mit dem Schlosskomplex in seiner Gesamtgeschichte anregen sollten. Letztlich erschien das Heimatstipendium als eine großartige Möglichkeit, (Gegenwarts-) Geschichte weiterzuschreiben und an genau diesem Ort auch etwas Neues entstehen zu lassen.

Auch die in Halle (Saale) lebende Grafikdesignerin und Buchgestalterin Petra Reichenbach⁵ war sofort von der Schlossanlage inspiriert, als sie den Ort im Rahmen der organisierten Bustour im Januar 2020 auf sich wirken ließ. „Erst Schloss, dann Konzentrationslager – die wechselhafte Nutzung der weitläufigen Anlage in Prettin könnte

verstörender nicht sein. Die vorgefundene Diskrepanz zwischen Renaissance-Schloss und KZ-Gedenkstätte hat Petra Reichenbach sofort in ihren Bann gezogen⁶, heißt es dazu im Heimatblog der Kunststiftung Sachsen-Anhalt. „So entstand der Wunsch, eine Brücke zwischen beiden Bereichen zu schlagen.“⁷

Mit ihrer Konzeption konnte sich Petra Reichenbach erfolgreich vor einer Jury durchsetzen und wurde als Heimatstipendiatin für den Projektort Schloss Lichtenburg ausgewählt. Die Projektumsetzung konnte starten.

Ausgangspunkt der künstlerischen Konzeption, die Petra Reichenbach den Frauen widmet, die zu verschiedenen Zeiten in der Lichtenburg gelebt haben, bilden die sogenannten Frauengemächer, drei von Süden nach Norden angeordnete Räume, die die gesamte erste Etage des östlichen Schlossflügels einnehmen. In diesen Räumen sind sehr beeindruckende Wand- und Deckenmalereien erhalten geblieben, die geschichtet aus unterschiedlichen Gestaltungsphasen stammen und bis ins 16. Jahrhundert datiert werden können. In ihrem erhaltenen Umfang und der Überlagerung sind diese Malereien einzigartig und von höchstem Denkmalwert.

Im mittleren Frauengemach installierte Petra Reichenbach transparente Gewebepanoramen, auf denen großformatige Frauenportraits zu sehen sind, die sie eigens für das Projekt gestaltet hat: fünf Frauen, die im Schloss Lichtenburg Ende des 16. bis Anfang des 18. Jahrhunderts residierten, und fünf Gefangene des Frauen-Konzentrationslagers Lichtenburg. Unter den fünf Kurfürstinnen findet sich die 1528 ins einstige Antoniterkloster ‚Lichtenbergk‘ geflüchtete Kurfürstin Elisabeth von Brandenburg (1485–1555), deren Mann gedroht hatte, sie lebendig einzumauern, sollte sie nicht dem protestantischen Glauben abschwören. Kurfürstin Anna von Sachsen (1532–1585), die gemeinsam mit ihrem Mann, Kurfürst August I. von Sachsen, das Schloss Lichtenburg im Stil der Sächsischen Renaissance erbauen ließ, beschäftigte sich in großem Umfang mit Pharmazie und Landwirtschaft. Auch die nachfolgende hochgebildete Kurfürstin Hedwig von Sachsen (1581–1641) prägte die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Region maßgeblich in den 30 Jahren, die sie auf ihrem Witwensitz Lichtenburg verbrachte, und kümmerte sich um Kranke und Arme. Mit Kurfürstin Anna Sophie (1647–1717), Mutter Augusts des Starken, und ihrer Schwester Wilhelmine Ernestine von der Pfalz (1650–1706), die fast 20 Jahre gemeinsam auf der Lichtenburg lebten, spannt Petra Reichenbach den zeitlichen Bogen hier bis ins frühe 18. Jahrhundert.

Diesen fünf Kurfürstinnen stellt sie fünf Frauen aus dem 20. Jahrhundert gegenüber, die aus unterschiedlichen Gründen von den Nationalsozialisten verfolgt und im Frauen-KZ Lichtenburg inhaftiert waren. Dabei galt es, mit der Auswahl der Personen auch einen Teil der Vielfalt der Häftlingsgesellschaft abzubilden. So entstanden Portraits von Lotti Huber (1912–1998), jüdischer Herkunft und inhaftiert wegen ihrer kriminalisierten Beziehung mit einem nicht-jüdischen Mann, heute bekannt als SchauspielerIn, SängerIn und TänzerIn, und Lina Haag (1907–2012), die sich gemeinsam mit ihrem späteren Mann Alfred schon früh im Kommunistischen Jugendverband engagierte und 2007 mit dem Dachau-Preis für Zivilcourage ausgezeichnet wurde. Die Zeugin Jehovas Amalie Pellin (1892–1942) hatte ihrer Tochter Ruth aus der Haft Briefe geschrieben und versuchte, mit ihren Worten Trost zu spenden. Auch die kommunistische Widerstandskämpferin Olga Benario (1908–1942) und die damals 17-jährige Sinteza Wald-Frieda Weiss (1921–2013) haben Eingang in die Kunstinstallation gefunden.

Die einander überlappenden Gewebepanzen im mittleren Frauengemach fungierten dabei als zeitgeschichtliche Überlagerung – ebenso wie auch in den Wandmalereien, die als wichtige Inspirationsquelle für Petra Reichenbach dienten.

Ein besonderes Augenmerk im Rahmen des künstlerischen Entstehungsprozesses lag auf dem Wunsch, Partizipation und Austausch zu ermöglichen und Jugendliche im Projekt zu beteiligen. In Zusammenarbeit mit Schülerinnen und Schülern des Gymnasiums Jessen entstanden so Videosequenzen, die über QR-Codes abrufbar und damit Teil der Kunstinstallation sind. Die kurzen Erzählungen, die im Rahmen eines Projekt-tages in der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin als Schattenrisse aufgezeichnet wurden, sind destilliert aus historischen Quellen, mit denen sich die Jugendlichen unterrichtsbegleitend auseinandergesetzt hatten. Dem Engagement der Schülerinnen und Schüler sowie der begleitenden Lehrerinnen und Lehrer gebührt besonderer Dank, unter anderem auch deshalb, weil der Prozess von den Auswirkungen der Corona-Pandemie geprägt war und in großem Umfang ins Digitale verlagert werden musste. Werden die Erzählungen von Besucherinnen und Besuchern der Installation parallel gehört, entsteht eine sehr besondere Gesprächskulisse im mittleren Frauengemach der Lichtenburg, die ein akustisches Band über die Zeitschichten hinweg bildet und erneut das Thema der Überlagerung aufgreift: Personen aus den verschiedenen Zeitschichten treffen sich im Gespräch.



„Starke Frauen im Gespräch“ – Ein darstellender Beitrag von Schülerinnen und Schülern des Gymnasiums Jessen im Rahmen der feierlichen Übergabe der Kunstinstallation am 11. September 2021.

Im Rahmen einer Feierstunde in der Lichtenburger Schlosskirche wurde die Multimediainstallation am Samstag, dem 11. September 2021, dem Tag des offenen Denkmals, der Öffentlichkeit übergeben. Stefan Schmidt, Bürgermeister der Stadt An-naburg, Gedenkstättenleiterin Melanie Engler, Manon Bursian, Direktorin der Kunststiftung Sachsen-Anhalt, Ulf Dräger, Vorsitzender des Museumsverbandes Sachsen-Anhalt e.V., und Heimatstipendiatin Petra Reichenbach sprachen zu den zahlreichen anwesenden Gästen. Höhepunkt der Veranstaltung war ein darstellender Beitrag des Gymnasiums Jessen, der eigens für die Veranstaltung entwickelt worden war: „Starke Frauen im Gespräch“. Eindrücklich gelang es den Schülerinnen und Schülern Verbindungslinien zwischen den Frauen der Renaissance und der NS-Zeit zu ziehen und deutlich zu machen, wie vielfältig stark sich die Frauen in unterschiedlichen Situationen behauptet haben. Einen würdevollen musikalischen Rahmen gestaltete die Musikerin Natasha Jaffe (Cello).

„In Memoriam‘ – Gedenkschmuck“ von Mareen Alburg Duncker

Anfang 1940 begann das nationalsozialistische Regime damit, unter der euphemistischen Bezeichnung „Euthanasie“ (altgriech. guter, schöner Tod) Menschen mit psychischen Erkrankungen und Behinderungen in sechs zentralen Gasmordanstalten zu töten. In Bernburg erfolgte für diesen Zweck die Teilung der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Bernburg in einen therapeutischen Bereich (Anhaltische Nervenlinik) und in eine Tötungsanstalt (Heil- und Pflegeanstalt Bernburg). Rund 14.000 Patientinnen und Patienten aus 40 Heil- und Pflegeanstalten sowie Häftlinge aus sechs Konzentrationslagern verloren zwischen 1940 und 1942 in Bernburg ihr Leben. Sie starben in einer als Dushraum getarnten Gaskammer noch am Ankunftstag. Erst im Spätsommer 1943 wurde die Tötungsanstalt aufgelöst. Das psychiatrische Krankenhaus nutzte die Gebäude wieder für therapeutische Zwecke. Ein Teil der baulichen Reste der Vernichtungsanstalt blieb dennoch erhalten. Doch obwohl die baulichen Zeugnisse die Nachkriegszeit überdauerten war die Geschichte des Ortes und damit auch die Biografien der Ermordeten für die Öffentlichkeit unsichtbar. Erst mit der Eröffnung der Gedenkstätte 1989 ergab sich die Möglichkeit, diesem Zustand entgegenzuwirken. Weder in Bernburg selbst noch in der näheren Umgebung führte dies aber zu einer breiten Wahrnehmung des einstigen Tatortes und zu einer Anerkennung seiner Opfer.

Um die Auseinandersetzung mit den Lebenswelten der Betroffenen anzuregen und damit letztlich auch einen neuen Impuls für die Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Verbrechen in der Region zu geben, bewarb sich die Gedenkstätte im November 2019 für das Heimatstipendium der Kunststiftung Sachsen-Anhalt. Einige der in Bernburg ermordeten Menschen waren selbst Kunstschaffende, deren Werke heute zur Prinzhorn-Sammlung in Heidelberg gehören.⁸ In diesem Zusammenhang lag der Gedanke nah, das Wirken dieser Menschen über ein Kunstprojekt in das Licht der Öffentlichkeit zu rücken. Schon zuvor hatte es von Seiten der Gedenkstätte mehrfach Versuche gegeben, sich über künstlerische Wege dem Thema „Euthanasie“ zu nähern. Bislang war es allerdings nicht möglich, das Interesse von Künstlerinnen und Künstler aus der Region zu wecken oder einen längeren Prozess der Entwicklung von Angeboten zu finanzieren. Mit der Auswahl der Gedenkstätte für die Teilnahme an dem Projekt der Kunststiftung Sachsen-Anhalts konnte dies endlich umgesetzt werden.



„In Memoriam‘ – Gedenkschmuck“ – Gemeinsame Sichtung des Materials zu Opfern der Tötungsanstalt Bernburg durch Mareen Alburg Duncker (links) und der Gedenkstättenpädagogin Judith Gebauer.

Als die Gedenkstättenleiterin Dr. Ute Hoffmann im Januar 2020 im Rahmen der Bustour des Heimatstipendiums durch die historischen Räume führte und die Hintergründe der „Euthanasie“-Anstalt erklärte, zeigten sich die Kunstschaaffenden tief beeindruckt, unter ihnen auch Schmuckgestalterin Mareen Alburg Duncker⁹ aus Halle. Neben den baulichen Spuren ließen sie vor allem die Biografien der Opfer nicht mehr los. Sie entwickelte die Idee, für ihre Bewerbung Gedenkschmuck zu fertigen. Am Ende setzte sie sich mit ihrer Idee vor einer Jury durch und präsentierte ihre Entwürfe im Mai 2020 erstmals bei einem persönlichen Kennenlernen dem Team der Gedenkstätte. Mareen Alburg Dunckers Wunsch war es, möglichst tief in die Lebensgeschichten der Betroffenen eintauchen zu können. Fotos, Aktenmaterial, aber auch Kontakte zu Angehörigen sollten ihr dabei helfen. Schnell stand auch fest, dass die gefertigten Stücke nicht nur temporär ausgestellt, sondern nach Beendigung des Heimatstipendiums dauerhaft in der Gedenkstätte gezeigt werden sollen. Nach der ersten groben Planung wollte die Künstlerin das Kellergeschoss noch einmal auf sich wirken lassen und stellte dabei fest: „Besonders bewegend war für mich, wie schon beim ersten Besuch der Gedenkstätte, die Betrachtung der Fotowand mit Bildern der Opfer. Die Wirkung

ist stark, der Blick in die Gesichter schafft Nähe und Sprachlosigkeit zugleich“.¹⁰ Dieser Eindruck sollte Mareen Alburg Duncker während des gesamten Projektverlaufs begleiten.

Das Team der Gedenkstätte stellte für die Künstlerin Recherchematerial zusammen und schlug dabei eine möglichst vielfältige Bandbreite an Biografien vor. So stehen die letztlich fünf ausgewählten stellvertretend auch für jene Opfer der Tötungsanstalt Bernburg, die nicht Teil des Projektes sein konnten. Monate regen Austausches folgten, Kontakte zu Angehörigen wurden hergestellt und Antworten auf Fragen zu den Biografien gesucht. Mareen Alburg Duncker erlernte zeitgleich neue Techniken der Gestaltung und ließ diese in ihre Arbeit einfließen. Sensibel ging sie dabei mit den Lebensgeschichten um und gestaltete dabei sehr persönliche Erinnerungszeichen. Durch den Kontakt zu den Angehörigen reifte in der Künstlerin auch der Gedanke, kleine, individuelle Schmuckstücke für sie zu schaffen.

Für den ersten Gedenkschmuck, den sie gestaltete, ließ sie sich von der Lebensgeschichte von Ruth Rosa Mühlmann inspirieren. Die junge Frau war im Alter von zwei Jahren an Scharlach erkrankt. Das hohe Fieber, das mit der Krankheit einherging, führte bei ihr zu Einschränkungen ihrer körperlichen und geistigen Fähigkeiten. Ihre Familie konnte sie Zuhause nicht betreuen und musste sie zur Pflege in die Neinstedter Anstalten geben. Ruth Rosas Biografie wurde von ihrer Angehörigen Ilka Knüppel recherchiert, die über den Zeitraum des Stipendiums immer eng mit Mareen Alburg Duncker zusammenarbeitete. Für Ruth Rosa Mühlmann entwarf die Künstlerin einen herzförmigen Anhänger als Symbol der Liebe, die heute noch durch ihre Angehörigen getragen wird. Für die Gestaltung des Stückes hatte Mareen Alburg Duncker eigens die Filigrantechnik¹¹ erlernt.

Das zweite Schmuckstück, das die Künstlerin schuf, war ein Armreif. Den Armschmuck arbeitete Mareen Alburg Duncker aus dem Stamm eines Kirschbaumes heraus, welcher im Garten ihrer Schwester in Berlin wuchs. Ein Stück Heimat also auch für die Künstlerin selbst. Dieses sehr persönliche Stück widmete sie Susette Freund, einer jüdischen Frau, die von Geburt an bis zur Deportation in Berlin lebte. Über mehrere Monate hinweg wurde das Holz bearbeitet, die Form für den Armschmuck gefeilt, geschliffen und die einzelnen Segmente gebogen. Vorhandene Risse blieben im Material sichtbar. Darüber hinaus verwendete sie fünf Citrine in Anlehnung an den letzten Schmuck, der von Susette Freund erhalten ist: ein goldener Ring mit gelbem Stein.

Mareen Alburg Duncker hatte hier besonders engen Kontakt zu Rodney Martell, einem der Angehörigen, und konnte viele spannende und auch wertvolle Details über das Leben von Susette Freund und deren Familie erfahren.

Ein weiteres Kunstobjekt ist Alfred Mühlhausen gewidmet. Der gebürtige Bernburger war im April 1915 an die Front in Russland geschickt worden. Im Mai kehrte er zurück: apathisch und völlig in sich zurückgezogen. Alfred Mühlhausen verbrachte 26 Jahre in Pflege- und Siechenanstalten, nur verwahrt ohne therapeutische Behandlung. Für ihn schuf die Künstlerin einen Ring, der auf ganz besondere Weise einen Bezug zu seiner Heimat Bernburg herstellt. Das aus geschwärztem Silber gefertigte Stück ist innen hohl und gefüllt mit feinem Kalksteinstaub, gesammelt in einem Steinbruch im Norden von Bernburg. Alfred Mühlhausen lebte nicht nur in Bernburg, sondern unterstützte seit dem 14. Lebensjahr seine Familie mit der Arbeit in einem der Kalksteinbrüche Bernburgs finanziell. Als Sinnbild für seine verlorene Sprache sind auf dem Ring Buchstaben gepunzt worden, die über die Oberfläche des Materials ohne Ordnung umherwirbeln.

Das vierte Stück ist für Moshe Bukspan, 1902 in Galizien geboren. Er lebte lange Jahre mit seiner Frau und seiner Tochter in Frankfurt am Main und ging dort auch seinem Beruf als Schumacher nach. Diese Tätigkeit ließ Mareen Alburg Duncker in ihre Arbeit einfließen. Nach mehreren Entwürfen kristallisierte sich die Umsetzung einer Brosche aus Leder in Erinnerung an Moshe Bukspan heraus. Mittels einer Heißprägung mit Goldfolie wurde sein Vorname sowie der Vorname seiner Ehefrau und seiner Tochter eingeprägt. Gemeinsam mit anderen Buchstaben wirkt das Schriftbild zunächst wie ein Kreuzworträtsel.

Der fünfte und letzte Gedenkschmuck ist dem 14-jährigen Wolfgang Brühl aus Halle gewidmet. In diesem Fall war die Quellenlage sehr spärlich. Auch der Kontakt zu seinen Angehörigen brachte keine weiteren Erkenntnisse. Auszüge aus seiner Patientenakte verrieten aber, dass Wolfgang nicht richtig lesen und schreiben konnte sowie bei der Zuordnung von Geldstücken Schwierigkeiten mit den Zahlen hatte. Inspiriert davon schuf die Künstlerin Spielobjekte in Gestalt von zwei Schatullen mit geschliffenen Glasdeckeln, eine aus Silber, die andere aus Messing. Die silberne Dose enthält ein Spiel mit Farben und Formen, bei dem Blättchen mit geometrischen Formen herausgenommen werden können. Die Messingdose beherbergt zehn kleine Glasmurmeln, die in Vertiefungen hineingeschüttelt werden können.



„In Memoriam‘ – Gedenkschmuck“ von Mareen Alburg Duncker – Den Armreif „Für Susette“ gestaltete die Künstlerin in Gedenken an Susette Freund. Die kleine, hölzerne Brosche neben dem Armschmuck ist ein Erinnerungsstück für die Angehörigen.

In Abstimmung mit der Künstlerin kaufte die Gedenkstätte für die Präsentation der Schmuckstücke zwei Glasvitrinen an, die von mehreren Seiten einsehbar sind. Gestaltet und finanziert von der Kunststiftung Sachsen-Anhalt geben gehängte Stoffbanner die Lebensgeschichten der Betroffenen wieder.

Unter dem Titel „In Memoriam‘ – Gedenkschmuck“ fand am 20. November 2021 im Erdgeschoss der Gedenkstätte die feierliche Ausstellungseröffnung gemeinsam mit der Kunststiftung Sachsen-Anhalt statt. Dabei besuchten nicht nur Kunstinteressierte aus der Region die Veranstaltung, sondern auch die Angehörigen von Moshe Bukspan und Alfred Mühlhausen. Nach Grußworten von Manon Bursian, Direktorin der Kunststiftung Sachsen-Anhalt, und Paul Koller, Mitglied des Stiftungsbeirates der Kunststiftung Sachsen-Anhalt und Kulturdezernent der Stadt Bernburg, führte Mareen Alburg Duncker in ihr Werk ein. Per Videobotschaft richteten zudem die Familienmitglieder von Ruth Rosa Mühlmann und Susette Freund ihre Worte an die Anwesenden und betonten die Bedeutung der künstlerischen Arbeit für ihre Familien. Dies war ein spannender und bewegender Moment für alle Beteiligten, die sich nun zum ersten Mal persönlich begegneten.¹²

Neben den fünf Schmuckstücken, die im Rahmen des Heimatstipendiums entstanden waren, wurden zeitgleich auch die Stücke für die Angehörigen in den Vitrinen gezeigt. Mit dem Ende des Ausstellungszeitraumes Ende Februar 2022 versendete die Künstlerin die kleinen Erinnerungsstücke an die Familien. Die Hauptexponate sind weiterhin in der Gedenkstätte zu besichtigen und halten auf ihre Weise die fünf Lebensgeschichten wach.

Künstlerische Praxis und neue Horizonte – ein Fazit

Über den Zeitraum des Projektes hinweg entspann sich ein intensiver Austausch zwischen den Künstlerinnen und ihren Wirkungsorten. Bisherige Blickwinkel auf historische Räume und Dokumente wurden hinterfragt, neu durchdacht und schließlich in eine künstlerische Interpretation übertragen.

So ist es erstmalig in einer Ausstellung gelungen die vielfältigen Zeitschienen der Schlossanlage in Prettin zusammenzuführen und über die spannenden Lebensgeschichten von Frauen Besucherinnen und Besuchern nahbar zu machen. In Bernburg schuf die Künstlerin einzigartige Erinnerungsobjekte, die eine Symbiose aus biographischen Elementen und künstlerischer Gestaltung bildeten. Diese außergewöhnlichen Projekte bereichern die Arbeit der Gedenkstätten sehr. Die Erwartungen an die Teilnahme am Heimatstipendium der Kunststiftung Sachsen-Anhalt hat sich daher für die beteiligten Orte mehr als erfüllt. Neue Perspektiven und Horizonte eröffneten sich und werden auch in Zukunft den Weg für Kunst in Gedenkstätten bereiten.

Anmerkungen

- 1 Neben dem Schloss Lichtenburg in Prettin und der Gedenkstätte für die Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg wurden die folgenden Museen für das Heimatstipendium #2 ausgewählt: Johann-Friedrich-Danneil-Museum Salzwedel, KULTURQUADRAT Schloss Zörbig, Museum für Naturkunde und Vorgeschichte Dessau, ErlebnisZentrum Bergbau Röhrigschacht Wettelrode, Museum Schloss Moritzburg Zeit, Börde-Museum Burg Ummendorf, Salzlandmuseum Schönebeck und Regionalgeschichtliche Sammlung der Lutherstadt Eisleben. Mehr dazu online unter <https://heimatstipendium.kunststiftung-sachsen-anhalt.de/> [Stand vom 25.09.2022].

- 2 Aufbruch ins Museum: Das HEIMATSTIPENDIUM startet in eine neue Runde, online unter <https://www.kunststiftung-sachsen-anhalt.de/das-heimatstipendium-startet-in-eine-neue-runde/> [Stand vom 25.09.2022].
- 3 Ebenda.
- 4 Die Idee, online unter <https://heimatstipendium.kunststiftung-sachsen-anhalt.de/idee/> [Stand vom 25.09.2022].
- 5 Die in Aachen geborene Künstlerin studierte in München Modegrafik, war als Artdirectorin bei der Berliner Werbeagentur Scholz & Friends und als Editorial Artist beim New York Times Sunday Magazine tätig. 2013 erhielt Petra Reichenbach den Preis der Klassik Stiftung Weimar. 2014 gründete sie das Book Art Center Halle.
- 6 Starke Frauen in der Lichtenburg, online unter <https://heimatstipendium.kunststiftung-sachsen-anhalt.de/petra-reichenbach/> [Stand vom 25.09.2022].
- 7 Ebenda.
- 8 Diese in den 1920er Jahren zusammen getragene Sammlung des Psychiaters Hans Prinzhorn umfasst Zeichnungen, Gemälde, Collagen, Skulpturen und Texte, die zwischen 1880 und 1920 von Künstlerinnen und Künstlern mit psychischen Erkrankungen geschaffen wurden.
- 9 Gebürtig aus Henningsdorf bei Berlin, absolvierte sie ihr Studium an der Burg Giebichenstein Hochschule für Kunst und Design und arbeitet seit 2008 freischaffend in einer Atelieregemeinschaft sowie seit 2011 als freie Dozentin in verschiedenen Einrichtungen.
- 10 <https://heimatstipendium.kunststiftung-sachsen-anhalt.de/ein-erstes-treffen-in-der-gedenkstaette-fuer-opfer-der-ns-euthanasie-in-bernborg-mareen-alburg-duncker/> [Stand 25.09.2022]
- 11 Dünner Silberdraht wird bei dieser Technik gekordelt, gewalzt und als Kreis- oder Ovalform gewickelt. Die so entstandene Form wird dann in einen Rahmen gelegt, von hinten mit einer speziellen Lötpaste bestrichen und so fixiert.
- 12 Die musikalische Umrahmung der Veranstaltung lag in den Händen des Duos Parwaneh – Ina Friebe und Wahid Shahidifar (Halle/Saale) und wurde vom Förderverein der Gedenkstätte für die Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg finanziert.

Vergangenes Grenzland?

Interview von Felix Ludwig mit Astrid M. Eckert zu ihrem Buch „Zonenrandgebiet. Westdeutschland und der Eiserner Vorhang.“

Astrid M. Eckert lehrt an der Emory University in Atlanta neuere deutsche und europäische Geschichte. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen die deutsche Zeitgeschichte und die Umweltgeschichte. Letztgenannte bildet auch einen Fokus in ihrer jüngsten Publikation „West Germany and the Iron Curtain. Environment, Economy, and Culture in the Borderlands“ (2019). Die deutsche Übersetzung erschien 2022 unter dem Titel „Zonenrandgebiet. Westdeutschland und der Eiserner Vorhang.“

Felix Ludwig (F.L.): Aus welchem Grund haben sie das Zonenrandgebiet als Untersuchungsgegenstand gewählt?

Astrid M. Eckert (A.E.): Ich wollte mich unbedingt näher mit der Geschichte der innerdeutschen Grenze befassen, ohne mich dabei auf einen bestimmten Ort oder eine Region festzulegen, wie das einige amerikanische Kolleginnen und Kollegen schon erfolgreich getan hatten.¹ Mein Einstieg in das Thema war eine Untersuchung des Grenztourismus, bei dem die innerdeutsche Grenze gezielt als Sehenswürdigkeit angesteuert wurde.² Zu der Zeit lag mein Fokus aber nicht auf dem sogenannten Zonenrandgebiet, sondern noch stark auf der Grenze selbst. Ein Buch von Ulrike Jureit über das Ordnen von Räumen hat mich dann inspiriert, „Raum“ als analytische Kategorie ernster zu nehmen, und eine Studie von Charles Maier hat noch einmal unterstrichen, dass ein Konzept wie Territorialität selbst eine Geschichte hat.³ Diese Bücher haben meinen Blick für das geschärft, was ich im Archiv angetroffen habe, nämlich gezielte Interessenpolitik mit dem Anliegen, dem Grenzland Wirtschaftshilfe zu verschaffen (die sog. Zonenrandförderung). Im Zuge dieser Interessenpolitik wurde überhaupt erst das räumliche Ausmaß des „Zonenrandgebiets“ ausgehandelt. Dieser 40 Kilometer tiefe Streifen entlang der Demarkationslinie machte schliesslich knapp 20 Prozent des westdeutschen Staatsterritoriums aus und war in dieser Form das direkte Ergebnis der Bemühungen einer Koalition von Leuten, die ich Grenzlandforscher nenne. Dazu zählten Bürgermeister, Landräte, Vertreter der Industrie- und Handelskammern,

einzelne Bundestagsabgeordnete und auch Unternehmer aus den Regionen entlang der Grenze.⁴ Mein Argument: Das Zonenrandgebiet, es war nicht einfach irgendwann da, es wurde gezielt gemacht.

FL.: Was hat Sie bei den Recherchen zum Buch am meisten überrascht?

A.E.: Das Buch besteht aus sechs Kapiteln: Zwei befassen sich mit den wirtschaftlichen Folgen der Grenze, eines untersucht den Grenztourismus, und drei greifen umwelthistorische Themen auf. Eigentlich gab es für jedes Kapitel Überraschungsmomente während der Recherche.

Um beispielsweise den Teil über grenzüberschreitende Umweltverschmutzung anzusprechen: Ungeachtet des eskalierenden Grenzregimes blieb die innerdeutsche Grenze eine ökologische Kontaktzone zwischen Ost und West. Die Umweltverschmutzung in der DDR nahm bekanntlich von den späten 1970er Jahren an massiv zu. Die Bundesrepublik musste sich gezwungenermaßen damit auseinandersetzen, weil Schadstoffe durch Flüsse oder in der Luft auch westdeutsches Territorium erreichten. Bundesdeutsche Stellen haben dann die Schadstoffe gemessen, dokumentiert und beanstandet. Mich hatte überrascht, dass westdeutsche Beobachter zu keinem Zeitpunkt in Betracht zogen, dass sie den Niedergang der DDR dokumentierten. Es gibt keine Belege, dass bundesdeutsche Stellen diese eskalierende Umweltsituation als wachsenden Kontrollverlust und letztlich als Anzeichen der Auflösung der DDR begriffen hätten. Die Bundesrepublik, durch zahlreiche Gewässer mit dem Nachbarn verbunden, wurde auf diese Weise unfreiwillig mit den Auswirkungen des Zerfallsprozesses der DDR konfrontiert.

Ein anderes Beispiel: Ich wusste nicht, dass es schon in den 1980er Jahren von bundesdeutscher Seite Versuche gegeben hatte, grenzüberschreitende Naturschutzgebiete einzurichten. Auf der Vorschlagsliste standen der Schaalsee, der Drömling und die Lange Röhn, die nach Bonner Vorstellung als deutsch-deutsche Naturschutzgebiete ausgewiesen werden sollten. Die DDR war allerdings an dem Vorschlag nicht interessiert. Die Vorstellung, dass hier Naturschützer durch den Schutzstreifen laufen und Brutvögel kartieren würden, war ein absolutes No-Go.

Und bei Brutvögeln fällt mir noch ein: Ich war ebenfalls überrascht, als ich unter den

ostdeutschen Grenzsoldaten Ornithologen ausgemacht habe, die ihren Grenzdienst mit Brutvogelkartierung angereichert haben. Das waren oft junge Wehrpflichtige, die sich keineswegs ausgesucht hatten, an die Grenze geschickt zu werden. Wenn alles gut lief, war der Dienst dort ausgesprochen langweilig. Aber dafür standen sie mitten in wirtschaftlich nicht genutzter Landschaft, also in einem Vogelparadies. Diese Grenzsoldaten haben auch nicht nur Vögel beobachtet, sondern professionell gezählt, kartiert und ihre Ergebnisse dann auch in avi-faunistischen Zeitschriften, also in ornithologischen Journalen, veröffentlicht.

FL.: Was ist neu an Ihrem Buch? Welche bestehenden Narrative zum Zonenrandgebiet konnten Sie korrigieren?

A.E.: Das Zonenrandgebiet war zur Zeit seines Bestehens vornehmlich für Wirtschaftsgeographen und Verwaltungswissenschaftler von Interesse und hat in der Geschichtswissenschaft bislang wenig Beachtung gefunden. Von daher ist mein Buch die erste umfassende geschichtswissenschaftliche Studie zu diesem Grenzland. Bestehende Narrative zum Zonenrandgebiet in der historischen Forschung musste ich deshalb nicht unbedingt korrigieren. Es ist eher die zeitgenössische Wahrnehmung, die noch nachwirkt. In der alten Bundesrepublik galt das Zonenrandgebiet gemeinhin als abseitiger Ort, der zudem wirtschaftlich unterentwickelt war. Das Problem hier ist freilich, dass die Städte und Kreise entlang der Demarkationslinie wirtschaftlich sehr heterogen waren und aufgrund der Grenzlage ortsspezifische Defizite entwickelten. Ich habe in meinem Buch erklärt, dass es eine sehr agile Interessenpolitik aus dem Zonenrandgebiet heraus gab, die besonders in späteren Jahren die wirtschaftlichen Beeinträchtigungen durch die Grenze gerne dramatischer dargestellt hat, als sie tatsächlich waren. Zudem verlief die Demarkationslinie auch durch traditionell strukturschwache Regionen. Die Mittelgebirge wie der Harz, die Rhön und der Bayerische Wald galten schon lange als wirtschaftlich randständig, und ländliche Räume allgemein waren in den 1950er und 1960er Jahren vom Strukturwandel der Landwirtschaft betroffen. Die Lage solcher ohnehin strukturschwachen Landstriche wurde durch die Grenze nicht einfacher, diese war aber zu keinem Zeitpunkt die Ursache der kränkelnden lokalen Wirtschaft. Um bleibende Subventionen für das Grenzland zu rechtfertigen, mussten

die Grenzlandforscher aber sicherstellen, dass ihre Regionen kontinuierlich als bedürftig wahrgenommen wurden. Und das klappte nur, indem die Kausalbeziehung zwischen Grenze und Strukturschwäche immer wieder behauptet wurde, ob sich das nun empirisch belegen ließ oder nicht. Das negative Image des Zonenrandgebiets als „abgehängt“ und „unterentwickelt“ war zum Teil der Kollateralschaden dieser Interessenpolitik.

FL.: Gab es Spezifika des Zonengrenzlandes an der heutigen Grenze von Niedersachsen zu Sachsen-Anhalt? Welche waren das?

A.E.: Niedersachsen war das Bundesland mit der längsten Grenze zur DDR (544 Kilometer) und wurde zum Vorreiter in der Entwicklung einer Infrastruktur für Grenzbesuche. 1964 legte das niedersächsische Ministerium für Vertriebene und Flüchtlinge eine Reisebroschüre für Grenzbesichtigungen vor, die Besucher an markante Orte führen sollte. Die Presse stellte den Band als einen „Baedeker“ für die Zonengrenze“ vor.⁵ Das Land richtete auch einen „Zonengrenzberatungsdienst Niedersachsen“ ein, der dann auch Hessen als Vorbild diente, sich der Grenztouristen in ähnlicher Weise anzunehmen und den Informationsfluss und die Präsentation der Grenze von westlicher Seite staatlich zu steuern. Aus den Sonntagsausflügen sollte politische Bildung werden.

FL.: Man bekommt den Eindruck, dass die deutsche Zeitgeschichte das Zonengrenzland bis heute weitgehend ignoriert hat – wie kommt es Ihrer Ansicht nach zu diesem erstaunlichen Befund?

A.E.: Eine Intention, das Thema zu ignorieren, sehe ich sicherlich nicht, aber ländliche Räume bleiben grundsätzlich etwas unterbelichtet in der Forschung zum 20. Jahrhundert. Die Antwort auf Ihre Frage liegt ansonsten sicherlich in den unterschiedlichen Auswirkungen begründet, die die Teilung für die Menschen in Ost und West hatte. Mauer und Grenze hatten nun einmal weit einschneidendere Konsequenzen für die Deutschen in der DDR. Diese Bauwerke haben Lebensentwürfe geprägt oder verhindert und

Menschen das Leben gekostet. Dagegen nehmen sich die Entwicklungen im Zonenrandgebiet einfach weniger dramatisch aus. Ein Unternehmer im östlichen Sperrgebiet verlor seinen Betrieb, ein Bauer seinen Hof, und viele Bewohner durch Zwangsaussiedlungen ihr Zuhause – dazu gibt es auf westlicher Seite kein Pendant. Es war deshalb sicherlich weniger dringend, in die westliche Richtung zu arbeiten. Das wird besonders deutlich angesichts der Gewaltgeschichte des Grenzregimes, die nach 1990 dringend auch strafrechtlich aufgearbeitet werden musste. Dazu war penible empirischer Arbeit nötig – gerichtsfeste Fakten waren hier gefragt, und möglichst zeitnah.

Grundsätzlich hat es mich aber schon länger interessiert, dass viele Westdeutsche offenbar der Meinung waren, dass 1990 nur die DDR verschwunden ist. Aber die „alte“ Bundesrepublik ist natürlich auch zu einem Ende gekommen. Das Bewusstsein dafür war aber unter Bundesbürgern so gut wie gar nicht vorhanden. Eine solche Haltung war im Zonenrandgebiet allerdings aus räumlichen Gründen kaum möglich, hier war man einfach nahe dran am Geschehen: Der Kollaps der DDR und die Grenzöffnung hatten vielfältige Konsequenzen auch auf der westlichen Seite der Demarkationslinie, vom Vereinigungsboom in Einzelhandel und Baugewerbe über den Verlust der Zonenrandförderung bis zur asymmetrischen Verzahnung mit dem Grenzland auf der östlichen Seite. Im ehemaligen Zonenrandgebiet kann man das, was der Historiker Philipp Ther als einen Prozess der „Ko-Transformation“ bezeichnet hat, in einem regionalen Rahmen betrachten, also die Rückwirkungen des Transformationsprozesses in den neuen Ländern auf die alten.

F.L.: Achtundzwanzig Jahre sind vergangen, seitdem es das Zonenrandgebiet nicht mehr gibt – welche Rolle spielt es noch im Leben der Menschen?

A.E.: Sie rechnen von 1994 an, als die Zonenrandförderung als eine von etlichen „teilungsbedingten Lasten“ eingestellt wurde. Das war tatsächlich auch das Ende des Zonenrandgebiets als räumliche Einheit und zeigt einmal mehr, wie eng dieses Gebilde mit der alten Bundesrepublik verbunden war: Es entstand mit der Teilung und verschwand mit der Wiedervereinigung. Es war in vielerlei Hinsicht eine künstliche Region, konstituiert durch die Grenznähe und die tatsächlichen und vermeintlichen wirtschaftlichen Nachteile, die diese geographische Lage mit sich brachte.

Inwiefern dieser Raum auch identitätsstiftend war und sich kulturell eingeschrieben hat, sei dahingestellt. Vielleicht fehlt uns hier einfach noch sozial- und kulturgeschichtliche Forschung, aber mein Eindruck ist, dass Lübeck jetzt wieder an der Ostsee und Hof in Oberfranken liegt. Das Zonenrandgebiet wurde zwar in grossartigen Filmdokumenten wie Wim Wenders Spielfilm „Im Lauf der Zeit“ von 1976 verewigt und geniesst in einigen Romanen ein schwaches „Nachglühen“, hat aber ansonsten die kulturelle Produktion nicht tiefgreifend angeregt.⁶ Ich lasse mich gern vom Gegenteil überzeugen, aber selbst der Begriff „Zonenrandgebiet“ ist nicht mehr ohne weiteres abrufbar. Wer in Westdeutschland in den späten 1980er Jahren geboren wurde, hat keine aktiven Erinnerungen mehr daran und ehemalige DDR-Bürger hatten keinen Grund beziehungsweise selten Gelegenheit, von diesem Landstrich zu erfahren. Wer den Begriff überhaupt noch kennt, benutzt ihn oft im zeitgenössischen Sinne, um einen abgelegenen Ort, eine Peripherie zu beschreiben. Ich hoffe, mein Buch zeigt auf, welche Rolle diese Peripherie über 40 Jahre gespielt hat.

FL.: Wie unterscheiden sich die Reaktionen auf Ihr Buch in der Bundesrepublik – Sie haben ja einige Lesungen in Grenzlandmuseen gehalten – von jenen in den Vereinigten Staaten?

A.E.: Das Buch ist in den USA 2019 unter dem Titel „West Germany and the Iron Curtain“ mit Oxford University Press erschienen. Es war ganz klar als akademisches Buch konzipiert, und so ist es auch rezipiert worden. Es hat etliche Rezensionen in wissenschaftlichen Zeitschriften und Foren gegeben, wobei mich besonders gefreut hat, dass es auch in einer umwelthistorischen und einer geographischen Fachzeitschrift rezensiert wurde. Das Buch kam ausgerechnet am 3. Oktober 2019 heraus – dem Verlag war die Bedeutung des Datums sicherlich nicht bewusst, aber ich fand diesen Zufall ganz wunderbar. Freilich geriet es dann sehr bald in den pandemischen Strudel: ich hatte nach nur zwei Vorträgen keine Möglichkeit mehr, das Buch persönlich vorzustellen, weil wir alle in den Lockdown gingen und auch die Aufmerksamkeit (einschliesslich meiner eigenen) sich anderen Themen zuwendete. Hier in Deutschland ist das Buch im Frühjahr 2022 im Christoph Links Verlag erschienen. Es liegt auf der Hand, dass es „am Ort des Geschehens“ eine ganz andere

Wirkung entfalten kann: Hier trifft es auf die Erinnerungen der Zeitgenossen und lebt von lokalen Bezügen. Die Buchvorstellungen haben mich im Sommer des Jahres dann buchstäblich von Lübeck bis nach Hof geführt. Jedes Mal habe ich aus den Fragen und Gesprächen etwas dazulernen können. Das Buch wurde sowohl in der überregionalen Presse und im Rundfunk als auch in lokalen Zeitungen besprochen. Es ist einfach schön, wenn lange Jahre Arbeit dann auch eine solche positive Resonanz bekommen.

Anmerkungen

- 1 Sheffer, Edith: *Burned Bridge: How East and West Germans Made the Iron Curtain*, New York 2011; Schaefer, Sagj: *States of Division: Border & Boundary Formation in Cold War Rural Germany*, Oxford 2014; Johnson, Jason B.: *Divided Village: The Cold War in the German Borderlands*, Abingdon 2017.
- 2 Eckert, Astrid M.: „Greetings From the Zonal Border. Tourism to the Iron Curtain in West Germany“, *Zeithistorische Forschungen* 8:1 (2011), online unter www.zeithistorische-forschungen.de/1-2011/id=4455 [letzter Stand: 8.8.2022]; Eckert, Astrid M.: „Zaun-Gäste. Die innerdeutsche Grenze als Touristenattraktion“ in: Schwark, Thomas/ Schmiechen-Ackermann, Detlef/ Hauptmeyer, Carl Hans (Hrsg.), *Grenzziehungen, Grenzerfahrungen, Grenzüberschreitungen. Die innerdeutsche Grenze 1945-1990*, Darmstadt 2011, S. 243-251.
- 3 Jureit, Ulrike: *Das Ordnen von Räumen. Territorium und Lebensraum im 19. und 20. Jahrhundert*, Hamburg 2012; Maier, Charles S.: *Once Within Borders. Territories of Power, Wealth and Belonging since 1500*, Cambridge 2016.
- 4 Das Staatsterritorium der alten Bundesrepublik belief sich auf 245.379 Quadratkilometer, wovon 46.755 km² (18,8 Prozent) zum Zonenrandgebiet gehörten. Daten in Ritter, Gert/ Hajdu, Joseph G.: *Die innerdeutsche Grenze. Analyse ihrer räumlichen Auswirkungen und der raumwirksamen Staatstätigkeit in den Grenzgebieten*, Köln 1982, S. 83.
- 5 *Zonengrenze Niedersachsen*, hg. vom Nds. Ministerium für Vertriebene und Flüchtlinge, erste Auflage 1964 (Neuaufgaben 1966, 1968); Rolf Seufert, „Baedeker“ für die Zonengrenze. Auch Dokumentations-Zentren“, *Die Welt*, 4. Januar 1965. Auf diese Grenzbrochueren hat Maren Ullrich, *Geteilte Ansichten. Erinnerungslandschaft deutsch-deutsche Grenze*, Berlin 2006, als erste hingewiesen.
- 6 *Im Lauf der Zeit*, Regie: Wim Wenders, 1976; Pleschinski, Hans: *Ostsucht. Eine Jugend im deutsch-deutschen Grenzland*, München 2003; Böttcher, Jens: *Nachglühen*, Reinbek 2008; Rausch, Jochen: *Restlicht*, Köln 2008; Buddenbohm, Maximilian: *Marmelade im Zonenrandgebiet*, Reinbek 2012.

Zwischen Anziehungskraft und Aufklärung: Antisemitika in Deutschland und Frankreich

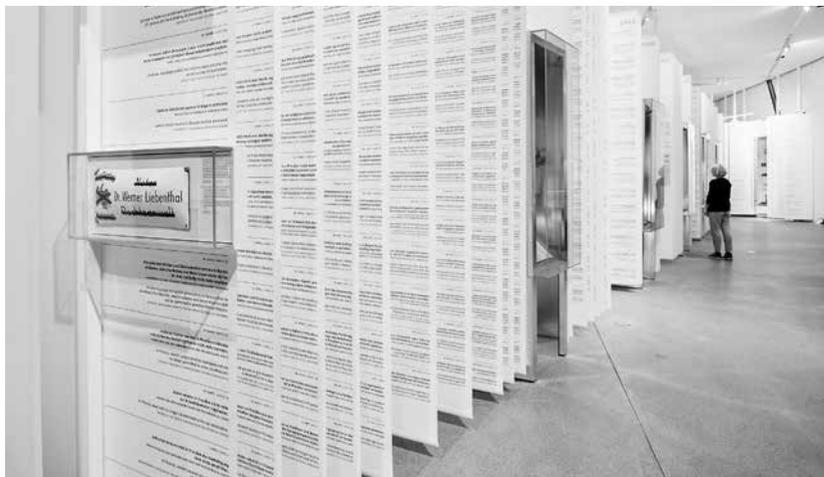
Edith Schriefl

Antisemitismus ausstellen?

Etwa seit den 2000er Jahren nehmen antisemitische Straftaten in Deutschland und Frankreich wieder deutlich zu. Bei jedem neuen Vorfall wird in beiden Ländern beinahe ritualhaft dieselbe Frage gestellt: Wieviel mehr müssen wir tun? Stets rücken bei der Suche nach Antworten auch jüdische Museen und Gedenkstätten in den Fokus der Aufmerksamkeit. Neue pädagogische Programme, Ausstellungsthemen und verpflichtende Besuche von Schülerinnen und Schülern werden diskutiert, basierend auf einer deutlichen Erwartungshaltung: Die Aufgabe der Museen und Gedenkstätten bestehe darin, durch eine Konfrontation mit den Verfehlungen in der Geschichte Antisemitismusprävention in der Gegenwart zu leisten. Wie aber können Einrichtungen, deren Vermittlungsarbeit meist objektzentriert, in jedem Fall aber stark visuell ist, auf diesen Erwartungsdruck reagieren? Dürfen Sie über Antisemitismus aufklären, indem sie Objekte aus (vergangenen) antisemitischen Kontexten ausstellen? Unter welchen Umständen und Voraussetzungen taugen solche Vehikel des Hasses als pädagogische Instrumente?

Die Antwort auf diese Frage ist grundsätzlich heikel. Denn antisemitische Objekte und Darstellungen bezeugen nicht einfach nur die Judenfeindlichkeit und ihre Destruktivität, sondern sie waren und sind aktiver Bestandteil deren Produktion: „Das Bild war nicht einfach nur eine Begleiterscheinung antisemitischer Rhetorik. Das Bild hat den Diskurs selbst produziert, vereinfacht, fokussiert, standardisiert und zur Verinnerlichung von Stereotypen beigetragen, die durch ihre Darstellung erst zu Menschentypen wurden.“¹ Museen und Gedenkstätten zur Geschichte des Judentums und der Shoah stehen daher oft vor einem Dilemma. Einerseits sind Bilder bekanntermaßen wirkmächtiger als Ausstellungstexte, selbst wenn diese gelesen werden (was erstaunlich selten der Fall ist). Studien aus dem schulischen Kontext belegen, dass sich Schülerinnen und Schüler oft besser an Bildpropaganda erinnern als an deren kritische Reflexion im Unterricht.² Das Zeigen von antisemitischen Darstellungen birgt

daher trotz gegenteiliger Absicht das Risiko, Stereotype zu reaktivieren. Gleichzeitig scheint es dringend geboten, das Wissen über diffamierende Bildpraktiken weiterzugeben und zu befähigen, entsprechende Muster zu erkennen. Spätestens seit der Erfindung des Internets stellt für viele Bildungsakteure das Nicht-Zeigen von antisemitischer Propaganda ohnehin keine ernsthafte Option mehr dar: Unmengen von historischen und aktuellen antisemitischen Darstellungen finden dort ihre Verbreitung. Wie gelingt es Museen und Gedenkstätten, diesen Bilderfluten entgegenzuwirken? Um sich dieser Frage mit Blick auf die Praxis zu widmen, diskutiert der folgende Essay die Frage nach der Präsenz und Inszenierung von judenfeindlichen Objekten in Dauerausstellungen und Wechselausstellungen und nimmt dabei Museen und Gedenkstätten in Deutschland und Frankreich in den Blick.³ Unter judenfeindlichen Objekten werden dabei Abbilder einer verzerrten und diffamierenden Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden oder dingliche Überreste antisemitischer Handlungen verstanden. Ein deutsch-französischer Vergleich der Ausstellungspraxis ist insofern interessant, als dass diese beiden Länder eine lange Parallel- und Wechselgeschichte des Antisemitismus verbindet, gleichzeitig jedoch frappante Unterschiede bestehen. In beiden Ländern entstand der moderne politische Antisemitismus ungefähr Ende des 19. Jahrhunderts. Der fast ein Jahrtausend alte Antijudaismus vermischte sich in dieser Zeit mit rassistischen, antikommunistischen, antiliberalen und xenophoben Ideen und nahm neue ideologische und mediale Formen an. In den Folgejahrzehnten verlief die Geschichte des Antisemitismus in Deutschland und Frankreich teils parallel, teils unterschieden sich Inhalte und Ausdrucksformen.⁴ Mit dem staatlichen Antisemitismus, der in Deutschland spätestens mit der Machtübergabe an die Nationalsozialisten Einkehr erhielt, brach endgültig eine Trennkluft zwischen Deutschland und dem Rest der Welt auf: Die Shoah verantwortete das „Dritte Reich“, Deutschland. Andere Länder waren zwar informiert, sahen zu oder kollaborierten – so beispielsweise Frankreich. Sie hatten jedoch den endgültigen Vernichtungswillen nicht selbst formuliert und umgesetzt. Heute müssen sowohl Deutschland als auch Frankreich mit einem schweren Erbe umgehen. Beide Staaten bekennen sich seit mittlerweile geraumer Zeit zu ihrer Verantwortung. Wie spiegeln sich die Parallelen und Unterschiede im Umgang mit dem materiellen Erbe des Antisemitismus in den Museen und Gedenkstätten wider?



Blick in den Epochenraum „Katastrophe“ des Jüdischen Museums Berlin.

Antisemitika in Museumssammlungen und Dauerausstellungen

Blicken wir zunächst auf die Jüdischen Museen in Paris und Berlin. Das Jüdische Museum Berlin (JMB) wurde 2001 eröffnet. Die neue Dauerausstellung mit dem Titel „Jüdische Geschichte und Gegenwart in Deutschland“ wurde 2020 inauguriert und erstreckt sich über mehr als 3.500 Quadratmeter. Das Museum für Kunst und Geschichte des Judentums – Musée d’art et d’histoire du Judaïsme (mahJ) – in Paris wurde 1998 eröffnet und stellt in der Dauerausstellung auf 1.000 Quadratmeter die Geschichte der jüdischen Kunst und Kultur in Europa und im Mittelmeerraum dar. Da das JMB, nicht aber das mahJ, die Shoah thematisiert, sondern diese Aufgabe in Paris dem Mémorial de la Shoah obliegt, wird letzteres zur besseren Vergleichbarkeit in die Analyse einbezogen. Das Mémorial de la Shoah wurde 2005 eröffnet und erzählt in seiner Dauerausstellung die Geschichte der Jüdinnen und Juden während des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust.⁵

Sowohl im jüdischen Museum in Paris als auch im Jüdischen Museum in Berlin ruht der Fokus dezidiert auf jüdischem Leben und nicht auf seinen Feinden oder gar seiner Auslöschung. Dieses Grundprinzip zieht an den beiden Häusern unterschiedliche

Konsequenzen nach sich: Im Jüdischen Museum Berlin werden grundsätzlich keine Antisemitika gesammelt und schon gar nicht werden diese in der Dauerausstellung präsentiert.⁶ Der Shoah hingegen ist ein eigener Ausstellungsbereich gewidmet, der diese konsequent aus jüdischer Perspektive erzählt. In der Pariser Dauerausstellung hingegen wird die Shoah nicht thematisiert⁷, das Museum sammelt jedoch Antisemitika und präsentiert diese sogar in geringer Zahl in der Ausstellung.

Die Tatsache, dass die Dauerausstellung im jüdischen Museum in Paris Antisemitika zeigt, jene in Berlin jedoch nicht, hängt vermutlich in erster Linie mit der unterschiedlichen Sammlungsgeschichte und Sammlungsqualität der beiden Häuser zusammen. Das jüdische Museum in Paris weist in seinen Sammlungen Kontinuitäten bis weit ins 19. Jahrhundert auf und ist im Besitz von Judaika von enormem kunsthistorischem Wert.⁸ Im jüdischen Museum in Berlin hingegen gibt es nur wenige vergleichbare Objekte, der größte Sammlungsbestand hingegen ist der zur Alltagskultur.⁹ Diese unterschiedlichen, historisch bedingten Sammlungsschwerpunkte setzen sich in einer unterschiedlichen Ausstellungssprache fort. Während das Museum in Berlin „Geschichten erzählt mit Objekten“¹⁰, erzählen in Paris die Objekte Geschichte(n). Im Sammlungskatalog des mahJ heißt es, dass „das Museum zeigt und nicht spricht“ und dass „die Aufgabe eines Geschichtsmuseums schwieriger ist als die eines Historikers, da es die Werke, die es enthält, nur ordnen kann, ohne einen kontinuierlichen Faden aufbauen zu können.“¹¹ Mit anderen Worten stehen in Paris die Objekte im Vordergrund, in Berlin die Narration. Dieses Prinzip lässt sich auch im jeweiligen Umgang mit Antisemitika erkennen: Während das Museum in Paris antisemitische Darstellungen an ihrem authentischen, originalen Charakter bemisst, verbietet in Berlin das Narrativ der konsequent jüdischen Perspektive ihre Präsenz.

Trotz ihrer Zurückhaltung mit Antisemitika blendet keines der beiden Museen die Realität der Judenfeindlichkeit aus. Sowohl die Dauerausstellung in Paris als auch jene in Berlin thematisieren Ressentiments und Gewalt gegenüber Jüdinnen und Juden vom Mittelalter bis in die Moderne. In Berlin tauchen die beiden allegorischen Figuren Synagoga und Ecclesia sogar fast zu Beginn des Rundgangs auf, wobei die Synagoga das aus christlicher Sicht „blinde“, entmachtete und gedemütigte Judentum darstellt. Gleich daneben verdeutlicht die Ausstellung anhand von originalen mittelalterlichen Illustrationen, wie Jüdinnen und Juden diese negative Zuschreibung positiv umdeuteten.



Blick in den Epochenraum „Aschkenas“ mit den beiden allegorischen Figuren Synagoga und Ecclesia, wobei Synagoga im mittelalterlichen Christentum für das entmachtete Judentum steht.

In Paris zeigt eine originale Illustration von 1830 das Judenprogramm in Strasbourg im 14. Jahrhundert; zugleich verweisen in die Ausstellung integrierte, zurückgelassene Schätze auf die plötzliche Flucht oder den Tod ihrer vormaligen jüdischen Besitzer. Durch diese Ergänzungen der judenfeindlichen Darstellungen durch die Perspektive der Jüdinnen und Juden, schaffen es beide Ausstellungen, diese als Akteure ihrer eigenen Geschichte darzustellen, statt auf die Sicht der Demütigten zu fokussieren. Auch der moderne Antisemitismus kommt in beiden Museen vor. In Paris ist der Dreyfus-Affäre, die in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts Frankreich erschütterte, sogar eine eigene Ausstellungssequenz gewidmet. Darin wird unter anderem ein Wahlplakat des antisemitischen Karikaturisten und Malers Adolphe-Leon Willette von 1889 gezeigt sowie antisemitische Karikaturen aus der Serie „Musée des horreurs“. Direkt daneben sind jedoch auch Plakate und Zeichnungen ausgestellt, die den Kreis der Pro-Dreyfusards repräsentieren, beispielsweise Darstellungen aus der

Zeitschrift „Le sifflet“. Letztlich überwiegen dadurch sowohl in der Anzahl als auch in der Strahlkraft jene Objekte, die den Judenhass in seiner Widersprüchlichkeit und diffamierenden Absicht demaskieren. Berlin thematisiert den Antisemitismus des Komponisten Richard Wagner und antisemitische Judenzählungen im Ersten Weltkrieg, beides aus der Perspektive von Jüdinnen und Juden und ohne abwertende Darstellungen. Im Bereich zur Shoah finden sich Originalfotos von antisemitischen Straßenschildern aus den 1930er Jahren, die der jüdische Fotograf Werner Fritz Fürstenberg anfertigte. Ansonsten zeigt die Ausstellung keine visuellen Elemente der Täter.

Gänzlich anders als in den beiden jüdischen Museen wird der Antisemitismus im Mémorial de la Shoah in Paris thematisiert. Bereits beim Betreten des ersten Raumes fällt der Blick direkt auf eine Leinwand, die den Film „Antijudaismus und Antisemitismus“ von Elisabeth Kapnist zeigt, der in knapp 15 Minuten die Geschichte des Judenhasses von der Antike bis zu den Nationalsozialisten anhand etlicher antisemitischen Darstellungen illustriert. Zahlreiche Objekte belegen im Ausstellungsfortgang die Formen und Ausmaße des Antisemitismus nach 1933. Gezeigt wird unter anderem ein Nazi-Propagandafilm, der „Juden“¹² in Ghettos unter anderem als Krankheitsträger stigmatisiert, ein pseudowissenschaftliches, propagandistisches Poster, das die „typische“ Physiognomie von „Juden“ illustriert, ein Schulbuch zur Rassenideologie, Ausgaben des Wochenblattes „Der Stürmer“, Übersetzungen von „Mein Kampf“ in verschiedene europäische Sprachen und vieles mehr. An der gegenüberliegenden Ausstellungswand und in Vitrinen im Mittelgang befinden sich ähnliche Objekte aus Frankreich. Im Mittelgang steht eine Flachvitrine, in der der Widerstand gegen den Antisemitismus thematisiert wird. In der Aufmerksamkeitshierarchie fallen jedoch deutlich die Antisemitika an den Wänden deutlicher ins Gewicht als die Pamphlete des Widerstands. Diese fast ungebremste Konfrontation mit Transporteuren antisemitischen Hasses folgt hier deutlich einem aufklärerischen Habitus: Die Bilder sollen irritieren und schockieren, um das Verständnis zu fördern, dass aus den Diffamierungen und Herabsetzungen der Wille zur Auslöschung resultierte.

Um diese Herangehensweise des Mémorial de la Shoah zu verstehen, muss man berücksichtigen, dass dieses Museum aus dem Centre de Documentation Juive Contemporaine (CDJC) hervorgegangen ist, das während des Zweiten Weltkriegs 1943 von Juden aus Grenoble heimlich gegründet wurde, um die Judenverfolgung zu dokumentieren.¹³ Dieser ursprüngliche Anspruch aufzudecken, nachzuweisen und anzupran-

gern setzte sich auch in der Nachkriegszeit fort und hatte letztlich einen starken Einfluss auf die Gestaltung der Dauerausstellung vor 15 Jahren. Objekte und Szenografie führen die tiefe Verankerung des Antisemitismus in Europa und die transregionalen Verflechtungen der antisemitischen Strömungen zueinander vor Augen. Sie demonstrieren auch die starke Präsenz des Alltagsantisemitismus und sie zeigen nicht zuletzt die persuasive Kraft der Bilder. Die Ausstellung präsentiert sich zudem in Anlehnung an das Denken des Historikers Léon Poliakov, der lange Zeit eine der großen intellektuellen Figuren des CDJC war. Poliakov vertrat die These einer starken Kontinuität zwischen dem mittelalterlichen Antijudaismus und dem modernen Antisemitismus. Sein Einfluss zeigt sich in der Ausstellung auch in der Strukturierung der historischen Erzählung, in der der Antisemitismus deutschen Ursprungs und der Antisemitismus französischen Ursprungs einander gegenübergestellt werden, wobei Poliakov sogar so weit ging, den modernen Antisemitismus als „eine Art deutsch-französischen Dialog“ zu beschreiben.¹⁴

Antisemitische Objekte ausstellen und neutralisieren

Kommen wir nun zu zwei temporären Sonderausstellungen, die relativ kürzlich in Deutschland und Frankreich gezeigt wurden. Die erste Ausstellung trug den Titel „Angezettelt. Antisemitische und rassistische Aufkleber von 1880 bis heute“, kuratiert hat sie Isabel Enzenbach. Die Wechselausstellung wurde mehrfach präsentiert, unter anderem 2014 im Museum für Kommunikation in Frankfurt, 2016 im Deutschen Historischen Museum in Berlin und 2017 im NS-Dokumentationszentrum in München. Die zweite Ausstellung, „1886–1945, dessins assassins ou la corrosion antisémite en Europe“ [„1886–1945, mörderische Zeichnungen oder die antisemitische Korrosion in Europa“], wurde von Stéphane Grimaldi und Guillaume Doizy für das Mémorial de Caen konzipiert, wo sie 2017 gezeigt wurde. Beide Sonderausstellungen stützten sich auf bedeutende private Antisemitika-Sammlungen. Die Ausstellung in Caen zeigte Objekte aus der Kollektion von Arthur Langerman, die Ausstellung in Frankfurt, Berlin und München basiert weitgehend auf Objekten der Sammlung Wolfgang Haney. Beide Sammler sind Juden und Überlebende des Holocaust. Laut ihren eigenen Aussagen war ihre Praxis des Sammelns stark von dem Anliegen geleitet, in kritischer und reflektierter Form über die Geschichte des Antisemitismus aufzuklären und für visuelle Propagandamethoden zu sensibilisieren.¹⁵



Raumansicht der Ausstellung „Angezettelt. Antisemitische und rassistische Aufkleber von 1880 bis heute“.

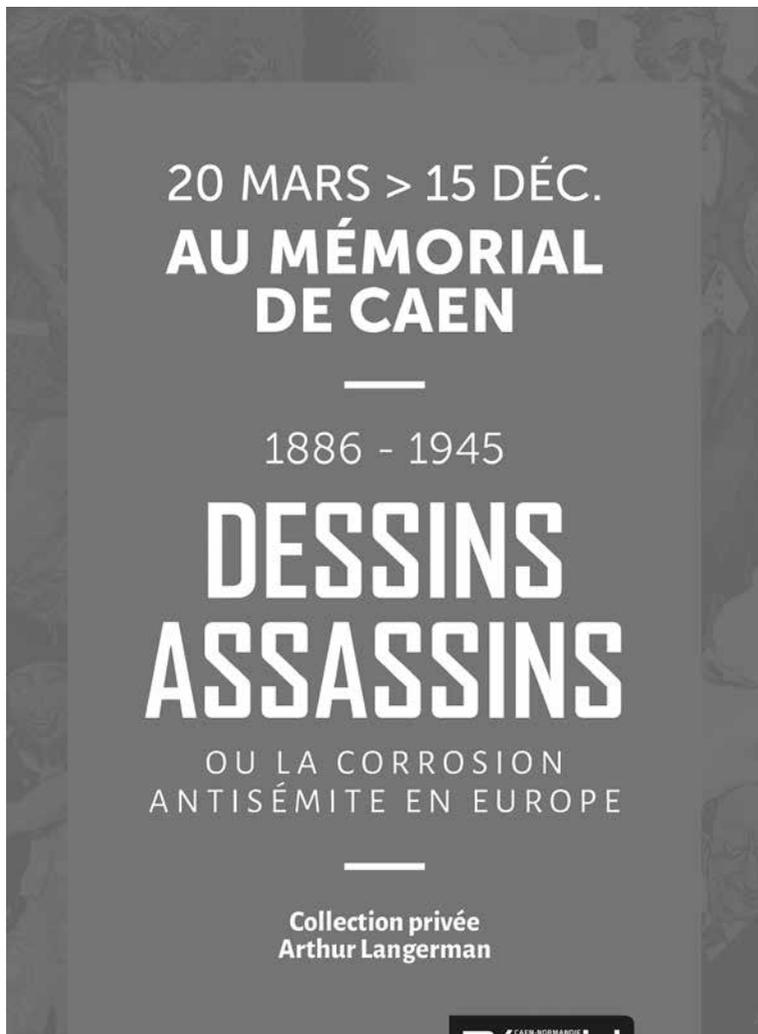
Die deutsche Ausstellung „Angezettelt“ zeigte eine Zusammenstellung von Aufklebern und Vignetten mit antisemitischen und rassistischen Inhalten im Zeitraum von 1880 bis 2015 in Deutschland. Die zentrale Strategie der Ausstellung bestand in dem Versuch, die vielfältigen Kontexte wiederzugeben, in denen antisemitische Darstellungen auftauchten. Dazu waren die Klebebilder auf grob gerasterte Wandbilder historischer Straßenzüge aufgeklebt. Auf diesen Großfotografien waren die relativ kleinen Aufkleber in Originalgröße hinter einfachen Plexiglasplatten montiert. Ein weiterer szenografischer Schachzug der Ausstellung bestand darin, den antisemitischen Bildern Aufkleber gegenüberzustellen, die Antisemitismus und Rassismus verurteilten.

Die französische Ausstellung „Dessins assassins“ präsentierte einen Korpus von 150 antisemitischen Originaldokumenten aus den Jahren 1880 bis 1945. Die Sammlung von Arthur Langerman, auf der die Ausstellung basierte, enthält den wahrscheinlich weltweit größten Korpus antisemitischer Bilder.¹⁶ In der Ausstellung waren die meisten Darstellungen auf einfachen Kiefernholztischen installiert, die durch Glasscheiben geschützt waren. Einige große Dokumente wurden jedoch auch vertikal

präsentiert, aufgehängt oder an Tafeln befestigt, wobei jedes Exponat mit einem ausführlichen Text versehen war. Um die Objekte möglichst zu neutralisieren, hatten die Kuratoren sogar zunächst erwogen, die großen Dokumente auf dem Boden zu platzieren, aber diese Idee wurde schließlich verworfen.¹⁷ Die Ausstellung rahmten zwei große Wände mit Schwarz-Weiß-Fotografien von der Unterdrückung und Ermordung der Jüdinnen und Juden, insbesondere in Konzentrationslagern.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen den beiden Ausstellungen bestand in den Kontexten, die auf den Wandbildern dargestellt wurden. Während die Ausstellung „Angezettelt“ versuchte, die Aufkleber fiktiv in Alltagsszenen einzuordnen, stellte die Ausstellung in Caen den Antisemitika Bildern von Gewalt an Jüdinnen und Juden gegenüber. Dieser Unterschied ist vermutlich auf die unterschiedlichen pädagogischen Motive der Kuratierenden zurückzuführen. Das pädagogische Ziel der Ausstellung von Isabel Enzenbach wollte die Aufmerksamkeit der Besucherinnen und Besucher vor allem auf vertraute öffentliche Orte lenken. Es ging dabei darum, das Auge zu schulen, solche Aufkleber zu identifizieren, die immer noch im städtischen Umfeld zu finden sind, aber häufig übersehen werden.¹⁸ In Caen hingegen war es ein Hauptanliegen der Kuratoren zu zeigen, welche Art von visueller Propaganda der Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden vorausgegangen war und welche perverse Logik den Weg von der Ablehnung bis zur Vernichtung bestimmte.¹⁹

Die beiden Sonderausstellungen in Deutschland und Frankreich weisen jedoch vor allem viele Gemeinsamkeiten auf: Beide widmen sich dem Thema der antisemitischen Propaganda im Alltag, auf der Straße und in den Medien. Beide Ausstellungen zeigen zudem die Entwicklung dieser öffentlichen Form des Antisemitismus über einen längeren Zeitraum hinweg. Die Szenografien beider Ausstellungen zeugen von dem beidseitigen Anliegen, den Exponaten keine große Bühne zu bereiten, sie unter keinen Umständen hervorzuheben oder zu akzentuieren. Im Gegenteil, beide Ausstellungen sind gestalterisch so konzipiert, dass die Besucher eine körperlich unbequeme Position einnehmen, um die Objekte betrachten zu können. Teils muss man sich strecken, teils bücken, teils über Vitрины beugen.



Plakat der Ausstellung „1886–1945, mörderische Zeichnungen oder die antisemitische Korrosion in Europa“ mit kaum sichtbaren antisemitischen Zeichnungen vor dunklem Hintergrund.

Anziehungskraft und Aufklärung

Ausstellungen sagen mindestens ebenso viel über die gesellschaftlichen Kontexte aus, in denen sie stattfinden wie über die Gegenstände, die sie zeigen. Die Frage, ob Antisemitika ausgestellt werden und wie dies geschieht, spiegelt daher auch ein diskursives Klima in Deutschland und Frankreich wider, das von unterschiedlichen museologischen Trends, Erinnerungsdiskursen, Sehgewohnheiten und pädagogischen Grundannahmen beeinflusst wird. In Deutschland gilt das Ausstellen von Antisemitika und Objekten aus der NS-Zeit vergleichsweise als besonders brisant. Diskussionen um das Spannungsfeld „zwischen Anziehungskraft und Aufklärung“ werden in den letzten Jahren vehementer geführt als in Frankreich.²⁰ Sicherlich liegt dies auch darin begründet, dass manche Museen antisemitische Darstellungen immer noch als vermeintlich selbsterklärende „Illustrationen“ historischer Judenfeindschaft nutzen.²¹ Gegner dieser Ausstellungspraxis mahnen an, dass sich die Vitrinen vom Ausstellungswesen in der NS-Zeit teilweise kaum noch unterscheiden.²² Nicht zuletzt wird zur Vorsicht gemahnt, da Betroffene das Zeigen der Bilder als Reproduktion von Gewalterfahrung und Verletzung erleben können. Andererseits wird dem deutschen Ausstellungswesen auch eine gewisse Standardisierung oder Verengung zulässiger Ausstellungsstrategien vorgeworfen.²³

Die genannten Sonderausstellungen in Frankreich und Deutschland können als gute Beispiele dienen, wie in Zukunft doch noch ein Umgang mit diesem heiklen Thema gefunden werden kann. Das Vorgehen, die Objekte als zu hinterfragende Dokumente zu brechen, ihnen Beispiele des Widerspruchs oder gar Widerstands entgegenzusetzen und immer wieder zurück auf die jüdische Perspektive zu fokussieren, scheint gelingende Darbietungen zu ermöglichen.

Die Eingangsfrage lässt sich zusammenfassend wie folgt beantworten: Sowohl in Deutschland als auch in Frankreich widmen sich Museen und Gedenkstätten als gesellschaftspolitische Diskursräume dem Thema des Antisemitismus. Die Präsentationsformen sind gerade in den Dauerausstellungen der jüdischen Museen unterschiedlich, was einerseits an der Sammlungsgeschichte, andererseits an der museologischen Praxis liegt, die in Paris eher vom Objekt und in Berlin eher vom Narrativ geleitet ist. Neuere Wechselausstellungen zu Antisemitika zeigen jedoch, dass es auch viele Gemeinsamkeiten in der deutsch-französischen Ausstellungskultur gibt. Insgesamt ist festzustellen, dass es zu wenig Forschung über eine gesamteuropäische Kul-

tur des Umgangs mit dem materiellen antisemitischen Erbe gibt. Die Polysemie der materiellen Objekte, ihrer Performativität, Vielfalt und Offenheit in unterschiedlichen Zeiten und Kontexten zu betrachten, wäre sicherlich auch für weiterführende Studien ein ertragreiches Thema.

Anmerkungen

- 1 Matard-Bonucci, Marie-Anne: *L'image, figure majeure du discours antisémite?*, in: *Vingtième Siècle. Revue d'histoire* 72 (2001), S. 27–39.
- 2 Vgl. Jung-Diestelmeier, Maren / Necker, Sylvia / Wernsing, Susanne: *Antisemitische und rassistische Objekte und Bilder in Ausstellungen? Ein Gespräch über erprobte Strategien und offene Fragen*, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 29/2020, S. 26–53, hier S. 30.
- 3 Ich danke Mathias Dreyfuss von der DILCRAH (Interministerielle Delegation für die Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Anti-LGBT-Hass Frankreich), Claire Decomps und Raffaella Russo-Ricci vom Musée d'art et d'histoire du Judaïsme, Eleonore Maier und Sarah Hiron vom Jüdischen Museum Berlin, Jacques-Olivier David vom Mémorial de la Shoah und Isabel Enzenbach von der TU Berlin für die interessanten Diskussionen. Auch Philipp Pierret, Guillaume Doizy, Jérôme Aubignat und Karen Taieb danke ich für wichtige Informationen.
- 4 Schleicher, Regina: *Antisemitismus in der deutschen und französischen Karikatur 1871–1914*, in: Beier-de Haan, Rosmarie / Werquet, Jan (Hrsg.): *Fremde? Bilder von den »Anderen« in Deutschland und Frankreich seit 1871*, Dresden 2009, S. 56–65.
- 5 Alle drei genannten Museen bieten auf mehreren Flächen jährlich wechselnde temporäre Ausstellungen an, auf die im Rahmen dieses Essays jedoch nicht näher eingegangen werden kann.
- 6 Für Wechselausstellungen hingegen wird ein Zeigen von Objekten mit antisemitischen Inhalten nicht ausgeschlossen.
- 7 In Wechselausstellungen wird die Shoah hingegen thematisiert, allerdings – wie in Berlin – ausschließlich aus jüdischer Perspektive.
- 8 Vgl. Musée d'art et d'histoire du judaïsme. *Guide des collections*, Paris 1999.
- 9 Telefonat mit Eleonore Maier (JMB), Mai 2021.
- 10 Vgl. <https://jmberlin.de/sammlung> [Stand vom März 2022].
- 11 Vgl. Sigal, Laurence: *Introduction*, in: Musée d'art et d'histoire du judaïsme. *Guide des collections* (wie

Anm. 8), S. 6.

- 12 „Juden“ wird in diesem Zusammenhang in Anführungszeichen gesetzt, weil es bei antisemitischen Darstellungen nicht um Jüdinnen oder Juden geht. Sie verweisen ausschließlich auf das Selbst- und Fremdbild derer, die sie prägen, verinnerlichen und in der Welt verbreiten.
- 13 Vgl. Histoire du Mémorial de la Shoah, in: <https://www.memorialdelashoah.org/le-memorial/qui-sommes-nous/histoire-du-memorial-de-la-shoah.html> [Stand vom März 2022].
- 14 Poliakov, Léon: Histoire de l'antisémitisme. 1 : L'âge de la foi, Paris 1981, S. 284.
- 15 Vgl. Jung-Diestelmeier, Maren / Necker, Sylvia / Wernsing, Susanne: Antisemitische und rassistische Objekte (wie Anm. 2), S. 37.
- 16 Vgl. Linsler, Carl-Eric / Königseder, Angelika: In eigener Sache: Arthur Langermans Sammlung visueller Antisemitika am Zentrum für Antisemitismusforschung, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 29/2020, S. 17–26, hier S. 18.
- 17 Email von dem stellvertretenden Kurator der Ausstellung, Guillaume Doizy, an die Autorin, Juli 2021.
- 18 Vgl. Enzenbach, Isabel: Angezettelt. Antisemitische und rassistische Aufkleber von 1880 bis heute, Berlin 2016, S. 37.
- 19 Vgl. Grimaldi, Stéphane / Doizy, Guillaume: Dessins assassins ou la Corrosion antisémite en Europe, 1886-1945. Collection d'Arthur Langerman, Caen 2018, S. 176.
- 20 Vgl. Jung-Diestelmeier, Maren / Necker, Sylvia / Wernsing, Susanne: Antisemitische und rassistische Objekte (wie Anm. 2), S. 34, 50.
- 21 Ebenda, S. 28.
- 22 Vgl. Pschichholz, Christin: Die Konstruktion eines jüdisch-bolschewistischen Feindbildes. Ausstellung und Film als Medien der NS-Propaganda in Deutschland und Frankreich, in: Beier-de Haan, Rosmarie / Werquet, Jan (Hrsg.): Fremde? (wie Anm. 4), S. 82-89.
- 23 Vgl. Jung-Diestelmeier, Maren / Necker, Sylvia / Wernsing, Susanne: Antisemitische und rassistische Objekte (wie Anm. 2), S. 50.



Oberirdisches Gebäude des Schachtes Neumannsberg (Aufnahme aus den 1950er Jahren)

Der Marsch des Todes in die Freiheit: Die Räumung des KZ-Außenlagers Wansleben

Rolf-Dieter Werner

Das Lager in Wansleben am See war eines der vielen Außenlager des Konzentrationslagers Buchenwald. Seit März 1944 wurden hier Zwangsarbeiter und Häftlinge für die Arbeiten unter Tage in den ehemaligen Kaliförderstätten Neumannsberg und Georgi eingesetzt. Der Führungsstab wurde in den Unterlagen unter der Tarnbezeichnung A6 geführt. Dazu kamen die Tarnbezeichnungen „Wilhelm“ (Schacht Neumannsberg mit 400–450 Häftlingen) und „Biber 2“ (Schacht Georgi mit 1.100–2.000 Häftlingen). Neben den Arbeiten als Bergmann wurden gezielt auch Häftlinge aus

den Stammlagern ausgesucht, die Kenntnisse in der Metallverarbeitung hatten oder andere handwerkliche Fähigkeiten besaßen. Diese wurden benötigt, um den Firmen mit kriegswichtigen Produktionen als Arbeitskräfte zu dienen. Um den 7. April 1945 erging der Befehl aus dem SS-Führungsstab, dass alle Häftlinge des Lagers zu liquidieren seien. Dem Lagerkommandanten Hauptscharführer Herrmann Helbig fiel dazu nur ein, alle Häftlinge in die Schächte Neumansfeld und Georgi einfahren zu lassen und die Schächte anschließend zu sprengen. Diese absurde Idee konnte von dem leitenden Angestellten der Firma Gebhard & König Herr Ing. Jakob Meiß und dem Lagerältesten¹ Johann Schulenburg verhindert werden. Das Ende des Krieges rückte näher, wie der Häftling Georges Liotard berichtet: „Wir hörten den Lärm der russischen und auch der amerikanischen Kanonen. Die alliierten Luftstreitkräfte hatten die totale Lufthoheit. Unsere Befreiung war nahe, unausweichlich, aber wir wussten auch, dass der Befehl ergangen war, alle Zeugen aus dem Weg zu schaffen.“² Es gab dann nur die Möglichkeit, den zweiten Weg zu beschreiten, die Häftlinge auf einen Marsch Richtung Wettin zu schicken. Offiziell wurde als Ziel Schönebeck an der Elbe ausgegeben. Südlich von Wettin befand sich eine ehemalige Tongrube, in der die Häftlinge erschossen werden sollten. So der Plan und der Befehl des Lagerkommandanten.

Unterscharführer Hans Kessel, verantwortlich im Führungsstab des Außenlagers Wansleben für die Beschaffung, hatte in seinem Büro zwei tschechische Häftlinge beschäftigt und brachte in den letzten Monaten, besonders an Sonntagen, einen Rundfunkapparat mit. Einige Male drehte er den Sender mit deutschen Nachrichten aus London an und tat so als würde er intensiv arbeiten. Erst als die Nachrichten beendet waren, sagte er: „Herrgott das dürfen sie ja gar nicht anhören“. Er schaltete wieder auf deutsche Sender um.³ Am 12. April 1945 kam Kessel besonders früh in das Büro, in dem die beiden Häftlinge schlafen durften und sagte: „Meine Herren, wir müssen fort. Wir sind umzingelt, es geht nach Schönebeck an die Elbe.“⁴ Bereits einige Tage zuvor hatten sich abgesehen von den Lagerkommandanten die Mitglieder des Führungstabes des Lagers abgesetzt. Auch die deutschen Facharbeiter der vor Ort tätigen Firmen wurden per Bus nach Rochlitz gebracht.⁵ Dem Lagerältesten Johann Schulenburg gelang es den Lagerkommandanten Helbig zu überreden, er möge die Kranken im Lager lassen. Es waren 300 bis 350 Häftlinge, die nicht einmal einen kurzen Marsch überlebt hätten. Helbig gab nach.⁶ Von 6 Uhr bis ca. 18 Uhr mussten sich die Häftlinge in Reih

und Glied aufstellen, je fünf in einer Reihe und zehn Reihen je Block. Die Häftlinge mussten also noch einen ganzen Tag vor Beginn des Marsches stehen. Es wurden Lebensmittel verteilt, jeder Häftling bekam 1,5 Laib Brot und zu zweit je einen Würfel Margarine und eine Fleischkonserve. Es herrschte ein großes Durcheinander und man merkte die Anspannung unter der Wachmannschaft. Lagerkommandant Helbig kam zum Häftling Franz Kalas, einem tschechischen Häftling, und fragte ihn: „Jemand muß mit den Kranken dableiben. Kalas, wollen Sie bleiben?“⁷ Dies kam dem Häftling sehr gelegen. Er durfte sich aber seine Freude nicht anmerken lassen und antwortete trocken: „Wie Sie wünschen Herr Kommandant. Wenn Sie wünschen, bleibe ich.“⁸ Es blieben mit den Kranken ein polnischer Koch und der Häftling Franz Kalas im Lager.⁹ Als Bewachung verblieben acht „Volksdeutsche“¹⁰, wahrscheinlich aus Rumänien.¹¹ Auch der Lagerälteste verblieb im Lager. Etwa eine Stunde vor Abmarsch kam der Häftling Josef Suster und bat Kalas, ihm zu helfen. Er wollte nicht mitmarschieren. Kalas hatte die Schlüssel von einigen Kellerräumen, wo Nahrungsmittel untergebracht waren. Er öffnete den Gemüsekeller, ließ Suster hinein und sperrte wieder zu. „Kurze Zeit später kam (Lagerkommandant) Helbig nochmal zurück und klopfte mit einem Stock an alle Türen. ‚Ist noch jemand da?‘ brüllte er. Es war brenzlich, aber Kalas zeigte nur sein Schlüsselbund mit der Bemerkung, er habe gestern zugeschlossen und die Schlüssel nicht aus der Hand gegeben. Es ging nochmal gut.“¹² Mit Einbruch der Dunkelheit nutzte der polnische Häftling Felix Skomial die Gunst der Stunde und schlug sich in das Gebüsch. Er versteckte sich in einem tiefen Straßengraben, wo man ihn nicht entdeckte. Nachdem die Kolonne gegen 18 Uhr aufgebrochen war, versuchte er sich in Richtung Osten durchzuschlagen. Aber bereits bei Angersdorf, kurz vor Halle, wurde er von Angehörigen des Volkssturms¹³ aufgegriffen und nach Wansleben zurückgebracht. Der damalige Bürgermeister Schröder wollte den Häftling erschießen. Seine Frau belehrte ihn, sie sagte: „Du bringst ihn heute um und morgen wirst du schon umgebracht“. Daraufhin hatte er sein Ansinnen geändert und den Häftling zurück in das Lager bringen lassen.¹⁴

Am Abend des 12. April wurde auch die Gruppe aus dem Kleinen Lager am Schacht Neumansfeld zusammengerufen. Sie mussten sich zu 5er-Reihen aufstellen. Ihr ganzes Gepäck bestand in einem Brotbeutel und schlechtem Schuhwerk, wie immer. Die aus dem Großen Lager vom Schacht Georgi, die zahlenmäßig größer waren, standen ebenfalls in Marschordnung bereit. Sie hatten ein „vergiftetes“ Privileg erhalten, denn



Skizze des Marsches, nachgestellt nach Schilderungen ehemaliger Häftlinge des KZ-Außenlagers Wansleben a. See

man hatte an sie die Lebensmittelreserven verteilt. Die stopften sie, ohne jedes Maß zu beachten, in sich hinein, was bei ihnen zu einem gefährlichen, unkontrollierbaren Durchfall führte. Diese beiden Gruppen sollten sich nun zu einer einzigen Kolonne von 2.000 Mann vereinigen.

Zusammen mit seinen Freunden Antoine d'Aymery, Henry Blitz, Jean Martin Chauffier und Gilbert Thibault hatte sich Georges Liotard in einen der ersten Blöcke einzuordnen. Alle waren sie in einem schlimmen Zustand. Die meisten trugen Holzpantoffeln. Sie wurden von bewaffneten SS-Leuten mit ihren Hunden bewacht. Die Truppe wurde ergänzt durch Leute vom Volkssturm. Deren Vorgesetzter, die „44“, inspizierte auf

seinem Fahrrad ständig hin- und her fahrend, seine Mannschaft.¹⁵ Mit „44“ meinten die Häftlinge den Lagerkommandanten Helbig aufgrund der Runen an seinem Kragen, die wie zwei Vieren aussahen. Helbig hat dann aber das Kommando an SS-Oberscharführer Arno Schmidt und SS-Unterscharführer Josef Wolf, genannt der „Schläger“, abgegeben und sich mit dem Fahrrad in Richtung Wansleben abgesetzt. Dort hat er beim Gärtner Michaelis dessen Auto, Marke DKW, beschlagnahmt¹⁶, seine SS-Uniform gegen eine Wehrmachtsuniform eingetauscht und ist in Richtung Eisleben getürrt.

„Derweil brachen die Häftlinge zu einem 40-stündigen, ununterbrochenen Marsch auf, wobei sie glaubten im Kreis zu laufen, begleitet vom Donner der Geschütze und unter einem Himmel, der glücklicherweise gnädig war und an dem die Flieger der Freunde ihre Bahnen zogen.“¹⁷ Unter den Häftlingen im Block derer aus dem Kommando in Neumansfeld war auch Geoffroy de Clercq. Er erkannte schon bald, dass er die Tortur eines langen Marsches nicht durchstehen würde. Im Dunkeln sprang er über den Straßengraben, ließ die Wachmannschaften schießen und stellte sich tot. Am frühen Morgen lief er in Richtung Westen und wurde von einer Streife der SS geschnappt. Auf die Frage, wohin er wollte, antwortete de Clercq: „Ich bin krank und will zurück in das Lager in Wansleben.“¹⁸ Der Offizier der Streife befahl seinen Leuten, ihn zu erschießen. Glücklicherweise wurde er nur am Ohr und Kinn getroffen und als er wieder zu sich kam und merkte, dass er nicht tot war, dankte er seinem Herrgott. Er wurde von einem Bauer gefunden, notdürftig verbunden und wieder zurück in das Lager nach Wansleben gebracht.¹⁹ Die Befehle waren klar: Verbot des Stehenbleibens oder Bummelns. Die SS erschoss alle, die nicht folgen konnten. Der Volkssturm half ihnen dabei. Der Volkssturm, das waren jene Zivilisten, die entweder zu jung oder zu alt für die Armee, aber bereit waren, den Geschwächten den Gnadenschuss zu geben. Die jüngeren vom Volkssturm prahlten mitunter ein „Zebra“, das heißt ein KZ-Häftling, abgeknallt zu haben. Die älteren aus dem Volkssturm sowie die ehemaligen Wehrmachtssoldaten der Luftwaffe, die auf Befehl von Feldmarschall Göhrring zum Wachdienst abkommandiert waren und Ende 1944 in die SS übernommen wurden, setzten dagegen ihre Waffen eher nicht ein.²⁰

„Und die Sklaven marschierten ununterbrochen 40 Stunden und legten dabei 108 km zurück, wobei sie sowohl dem Gebrüll ihrer Bewacher als auch deren Schüssen ausgesetzt waren, die mehrere hundert von ihnen töten sollten. Die ersten dieser

Toten sollte es unter den Kameraden aus dem Großen Lager geben, die diesen ungewohnten übermäßigen Verzehr von Nahrungsmitteln nicht vertrugen. Zweifellos war der Durchfall bei einem ununterbrochenen Marsch hinderlich, auch wenn die Gefangenen sich überall entleerten und die unvermeidbare Beschmutzung in Kauf nahmen, der damit verbundene enorme Wasserverlust führte jedoch bei dieser fürchterlichen körperlichen Anstrengung unweigerlich zum Tod. Wie viele von ihnen sind noch nach der Befreiung an Durchfall gestorben, weil sie sich unangemessen ernährt haben?“²¹ Nils Age Skov, ein dänischer Häftling, hat sich auf diesem Marsch auch ein Herz genommen und einen Fluchtversuch gewagt. Aufgrund der Länge des Zuges von fast 40 Metern zwischen den einzelnen Kolonnen war die Überwachung schwieriger geworden. Gleich in der ersten Nacht nutzten er und zwei dänische Mithäftlinge einen Moment der Unaufmerksamkeit der Wachmannschaft aus und sprangen über den Straßengraben. Mit etwas Glück gelang der Versuch und sie konnten nach einem kräftezehrenden Marsch in der Dunkelheit unter großer Vorsicht gegen Westen die amerikanischen Truppen erreichen. Aufgrund ihrer guten Englischkenntnisse wurden sie später von den Amerikanern gleich zum Aufspüren von SS-Tätern und deren Helfershelfern eingesetzt.²²

Dem Häftling Gonin, im wahren Leben Georges Liotard, war es unmöglich zu sagen, was ihm bei diesem Marsch die größte Qual verursacht hat.²³ Er kann nur von ein paar Episoden Zeugnis ablegen, die sich in seinem Gedächtnis eingebrannt haben, trotz des Zustands des Deliriums, in dem er sich ab der 20. Stunde des Gewaltmarsches befand. Ein Delirium, das dazu führte, dass er den Eindruck bekam, das Polnisch, das um ihm herum gesprochen wurde, verstehen zu können. Ein Delirium, das ihn gegenüber der Gewissheit, der Unausweichlichkeit seiner nahenden Vernichtung unempfindlich machte. Wie anders wäre es sonst zu verstehen, dass er in dieser Kaolingrube, wo ihnen die SS ein oder zwei Stunden der Ruhe unter ihrer Aufsicht gönnten, tief und fest schlief? „Wir also schliefen, während die SS-Leute mit Handgranaten bewaffnet, am Rand der Grube, wie auf einer Perlenschnur aufgereiht, standen.“²⁴ Gleichfalls eingeschlafen in der Grube war auch Czeslaw Arkuszynsky, der aber von Schüssen aufgeschreckt wurde. Einige aus der Wachmannschaft hatten dem Befehl folgend, begonnen, die Häftlinge in der Grube zu erschießen. Das Schießen hörte aber bald auf. In dieser Grube fanden ca. 50 Häftlinge den Tod. Dass es nicht mehr wurden, ist einem Umstand zu verdanken, den man Gewissen nennt. Nach Aussage von SS-Sturmmann

Josef Ruczynski, er stammte aus der Gegend um Blomberg, wollten die Wachmannschaften nicht weiter schießen, da die Front schon sehr nahe war und man nicht noch als Kriegsverbrecher bestraft werden wollte. Das hatte er den polnischen Häftlingen in polnischer Sprache mitgeteilt.²⁵ „Das wäre eine ideale Ausgangssituation für unsere endgültige Vernichtung gewesen. Aber der Befehl dazu kam nicht und wir schliefen.“²⁶ Bevor der Zug mit Häftlingen die Stadt Köthen erreichte, hatte sich Jan Laboda zusammen mit einem Mithäftling entfernt. Sein Mithäftling wurde zwischen Edlau und Gröbzig erschossen. Jan Laboda verkroch sich nahe dem Fluss Fuhne im Gebüsch und wurde von den Frauen Dorothea Bork und Margaretha Emmer entdeckt. Sie bedeuteten ihm, dass er mit auf ihr Grundstück kommen sollte. Das war seine Rettung.²⁷ Der ehemalige Häftling Waclaw Hernik behielt verschiedene Reaktionen der lokalen Bevölkerung in Erinnerung: „Die Zivilbevölkerung hat sich uns während des Marsches verschiedentlich betragen. Menschen älteren Jahrgangs brachten uns Wasser zum Trinken, die Jugend jedoch bewarf uns mit Steinen, beschimpfte uns und spie in unsere Richtung.“²⁸

Im ersten Block marschierte immer noch Liotard mit seinen französischen Freunden. „Ich habe keine Erinnerung mehr an schmerzende Füße, hatten doch viele von uns die Füße blutig, da sie nur Holzpantoffeln oder zerlumpte Schuhe an den Füßen hatten. Einige gingen sogar barfuß. Es war nämlich nicht möglich einfach mal stehen zu bleiben, nur um einen verloren gegangenen Schuh wieder anzuziehen. Wir hörten den Kanonendonner, sahen die Flugzeuge, der Krieg war zu Ende. Aber die SS war noch da, erteilte ihre Befehle, terrorisierte uns weiterhin. Ich weiß nicht mehr, ob ich Hunger oder Durst verspürte, ob ich etwas gegessen oder getrunken hatte, aber in meinem Delirium war mir klar, dass ich nicht in der Lage sein würde, einen Ausbruch zu überleben. Zu Antoine, der die Absicht hatte, auszubrechen, sagte ich, er müsse unbedingt durchhalten und marschieren. Er hat auf mich gehört. Unter Maschinengewehrbeschuss kamen wir durch eine Stadt. Wir empfanden keine Angst, wir waren im Delirium und wir wurden nicht von den Schüssen getroffen. In der Kolonne hinter uns fielen ständig Schüsse. Delirium, einfach gehen, gehen, gehen. Ich dachte an nichts, ich ging mechanisch. Ich war weniger als ein Tier, ich verspürte nicht einmal Angst und nichts tat mir mehr weh. Zwei Nächte waren vergangen, zweimal konnten wir uns hinlegen und schlafen und uns lebend wieder erheben. Der Befehl kam zu Mittag. Wir sollten uns hinlegen. Der Straßengraben war einladend, ich streckte mich



Im Hintergrund der Ort Prosigk.

aus und schlief ein. Ein entsetzliches Getöse wie von rollendem Schrott weckte uns: ein Tiefflieger war in geringer Höhe über uns hinweggeflogen, hatte uns gesichtet und wies Panzern den Weg zu uns. Es war deren Gerassel, das uns weckte, das Gerassel der Panzer des Generals Patton. Die SS hatte sich inzwischen aus dem Staub gemacht. Wir berührten die Panzer und wir konnten unsere Tränen nicht mehr zurückhalten. Wir wurden gefilmt, wir waren am Leben. Es war richtig gewesen, dass ich weiterlief. Die Amerikaner setzten den Krieg fort. Sie sagten uns, dass wir in der Nähe von Hinsdorf seien und dass man sich wiedersehen würde.“²⁹

„Die schwer ermüdeten Häftlinge wollten erfolglos Lynchjustiz üben, aber die amerikanischen Soldaten haben sie sofort von den SS-Männern getrennt.“³⁰

In der letzten Kolonne befand sich zu diesem Zeitpunkt der Häftling Karol Zeglicki. Seine Kolonne hatte gerade die Stadt Köthen passiert und befand sich vor dem Dorf Prosigk. „Die große Mehrheit der Häftlinge war am Ende ihrer Kräfte. Untergehakt in Fünferreihen marschierten und schliefen sie abwechselnd. Diejenigen, die unfähig waren, weiter zu marschieren, blieben liegen und diejenigen, die nicht mehr aufstehen

konnten wurden von den SS-Henkern durch Schüsse ermordet und mit Fußtritten in den Fluß gestoßen. Der Tag war warm und sonnig, am weiten Horizont sahen wir die hohen Gebäude der Stadt. Vor der Stadt auf einer Anhöhe zur linken Hand sahen wir Hochwald, der uns als Grabstätte bestimmt war. Zur rechten Seite führte im rechten Winkel ein Nebenweg in das nahe Dorf Prosigk. Die Häftlinge konnten nicht weitergehen, sie baten um eine Ruhepause, die ihnen gewährt wurde. Es war kurz vor 12 Uhr, wir schauten nach der Dorfstraße und bemerkten, wie aus dem Dorf Prosigk ein Auto herausflog, ein zweites, drittes und danach eine ganze Kolonne. Das waren schnelle Panzerwagen, wie wir später feststellten, der 3. amerikanischen Armee. Der erste hielt in der Mitte der Häftlingskolonne an, aus dem Panzerwagen stieg ein Soldat mit Maschinenpistole aus und fragte in englischer Sprache und später wiederholte er die Frage in gebrochenem polnisch: ‚Wer seid ihr?‘. Stimmlos bewegten sich die Lippen der Häftlinge. Anstatt einer Antwort stürzten sie sich auf den Soldaten, küssten ihn und auch den Panzerwagen. Der Schock, den die Häftlinge erlitten hatten, verging, das Bewusstsein und die Sprache kehrten zurück. In verschiedenen Sprachen wurden Nationalhymnen und patriotische Lieder gesungen. Während wir miteinander beschäftigt waren, hatte die Wehrmachtbegleitmannschaft die Gürtel abgeschnallt und die Waffen mit offenem Verschluss zu Boden gerichtet. Die Waffen wurden von den Amerikanern mit Benzin übergossen und angezündet. Die Deutschen wurden in Reihe aufgestellt, es waren über 20. Ein Teil von ihnen wurde von den ehemaligen Häftlingen angeklagt, ein anderer Teil wurde in Schutz genommen. Die in Gefangenschaft genommen Deutschen sagten aus, dass die Nazis uns in den Wäldern bei Dessau endgültig beseitigen wollten. Der Weg in den Tod, gemessen an unseren physischen Kräften hätte noch 2 Stunden dauern sollen.“³¹

„14. April 1945, 12.30 Uhr – Frei! Frei! Endlich frei!!!“³²

Am Tag zuvor, ordnungshalber in Begleitung eines Wachmannes, gingen Suster und Kalas nach Wansleben zu Frau Kessel und baten sie, einen ihrer beiden Rundfunkapparate ausborgen zu dürfen, was sie auch bereitwillig tat. „Zurück im Lager wurde eine provisorische Antenne angeschlossen und aufgedreht. Um etwa 20 Uhr hörten wir, dass sich die Häftlinge im Konzentrationslager Buchenwald selbst befreit hatten. Niemand kann sich unsere Rührung und Freude vorstellen, mit der wir die Nachricht entgegennahmen.“³³



Innenraum der Gedenkstätte KZ-Außenlager Wansleben.

Am 14. April hatten sie die acht Mann Besatzung aufgefordert, ihre Waffen abzugeben und ihnen versichert, dass ihnen nichts zuleide getan wird. Etwa um 14 Uhr erreichten die ersten Amerikaner den Ort. „Wir führten sie in das Lager und es spielten sich ergreifende Szenen ab. Die zurückgebliebenen kranken Häftlinge krochen mühsam von ihren Betten, Skeletten gleich. Binnen einer Stunde rollten mehrere Sanitätsfahrzeuge heran. Der Bürgermeister erhielt die Weisung von den Amerikanern, die Gesunden bei der Zivilbevölkerung unterzubringen und dafür zu sorgen, dass sie anständig ernährt werden.“³⁴ Neben den oben erwähnten Zeitzeugen haben noch weitere Häftlinge den Todesmarsch durch Flucht überlebt. Namentlich bekannt sind Eduard Lieser, Tibor Georg Kaufmann, Herman Mieczyslaw, Marcel Lemble, Wasyl Pawliuk und mehrere Unge- nannte.

Der Lagerkommandant Hauptscharführer Herrmann Helbig wurde in einem Kriegsgefangenenlager entdeckt. Er wurde von einem amerikanischen Militärtribunal zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde 1947 durch Erhängen vollstreckt.

Unterscharführer Hans Kessel wurde nach seiner Verhaftung durch Befragung der Häftlinge entlastet und wieder frei gelassen.

Von den zurückgebliebenen Häftlingen aus der Krankenstation haben viele die Befreiung nicht erlebt bzw. überlebt. Sie wurden auf dem Friedhof in Wansleben in einem Massengrab beigesetzt.

Anmerkungen

- 1 Der Lagerälteste war in einem Konzentrationslager ein Häftling, der für die interne Häftlingsverwaltung zuständig war.
- 2 Liotard, Georges: Erinnerungen eines KZ-Häftlings, Sammlung des Vereins zur Aufarbeitung der NS Gewaltherrschaft Mansfelder Land, S. 72.
- 3 Kalas, Franz: Erinnerungen des Häftlings Nr. 31512, BArch, MfS, BV Halle Nr. 000448, S. 3
- 4 Ebenda.
- 5 Bericht über die Befragung von Karl Kühn, Berlin 24.11.1970, BArch, MfS, BV Halle Nr. 000272, S. 7.
- 6 Kalas, Franz: Erinnerungen (wie Anm. 3).
- 7 Ebenda.
- 8 Ebenda.
- 9 Ebenda.
- 10 „Als ‚Volksdeutsche‘ wurden (überwiegend in der Zeit des Nationalsozialismus) Personen bezeichnet, die außerhalb Deutschlands, Österreichs und der Schweiz – insbesondere in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa – lebten, eine fremde Staatsangehörigkeit besaßen und sich aufgrund von Abstammung, ‚Rasse‘, Sprache und/oder Kultur bzw. Brauchtum als Angehörige des ‚deutschen Volkes‘ betrachteten oder als solche betrachtet wurden“, vgl. Retterath, Jörn: Volksdeutsche, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2021, online unter ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32754.html [Stand vom 25.09.2022].
- 11 Lieser, Eduard: Bericht über das KZ-Lager Wansleben a. See, 01.11.1947, Sammlung des Vereins zur Aufarbeitung der NS Gewaltherrschaft Mansfelder Land.
- 12 Kalas, Franz: Erinnerungen (wie Anm. 3), S. 4.
- 13 Volksmiliz bestehend aus Männern im Alter von 16 bis 60 Jahren. Sie wurde 1944 gegründet, und sollte dienen, den „Heimatboden“ zu verteidigen.
- 14 Skomial, Felix: Brief vom 23.05.1970 an Gustav Maury, Sammlung des Vereins zur Aufarbeitung der NS Gewaltherrschaft Mansfelder Land.

- 15 Liotard, Georges: Erinnerungen (wie Anm. 2).
- 16 Harding, Luke: Last secrets of Nazi terror – an underground labour camp, in: The Guardian, 25.10.2005.
- 17 Liotard, Georges (wie Anm. 2), S. 73.
- 18 de Clercq, Geoffroy: KZ-Häftling Nummer 31 279, Video „Zeitzeuge“, Sammlung des Vereins zur Aufarbeitung der NS Gewaltherrschaft Mansfelder Land.
- 19 Ebenda.
- 20 Motylewski, Stanislaw, Brief vom 09.03.1970 an Gustav Maury, Sammlung des Vereins zur Aufarbeitung der NS Gewaltherrschaft Mansfelder Land.
- 21 Liotard, Georges: Erinnerungen (wie Anm. 2), S. 73.
- 22 Skov, Nils Aage: Letter to my Descendants, Odense 1997, S. 302.
- 23 Liotard, Georges: Erinnerungen (wie Anm. 2), S. 73
- 24 Ebenda.
- 25 Arkuszynski, Czeslaw: Brief an den Gemeinderat Wansleben, Warschau 01.12.1997, Sammlung des Vereins zur Aufarbeitung der NS Gewaltherrschaft Mansfelder Land.
- 26 Liotard, Georges: Erinnerungen (wie Anm. 2), S. 73.
- 27 Hoyer, Doreen: Eintrag in Ehrenbuch: Gröbziger Familie versteckte 1945 einen geflohenen KZ-Häftling, in: Mitteldeutsche Zeitung, 24.10.2019, S. 8.
- 28 Hernik, Waclaw, Brief vom 09.06.1970 an die Arbeitsgemeinschaft „Junger Historiker“ der Polytechnischen Oberschule Wansleben/a. See, Sammlung des Vereins zur Aufarbeitung der NS Gewaltherrschaft Mansfelder Land.
- 29 Liotard, Georges: Erinnerungen (wie Anm. 2), S. 7.
- 30 Arkuszynski, Czeslaw: Brief an den Gemeinderat Wansleben, Warschau 01.12.1997, Sammlung des Vereins zur Aufarbeitung der NS Gewaltherrschaft Mansfelder Land.
- 31 Zeglicki, Karol: Erlebnisbericht, Warszawa Juni 1970, Sammlung des Vereins zur Aufarbeitung der NS Gewaltherrschaft Mansfelder Land.
- 32 Liotard, Georges: Erinnerungen (wie Anm. 2), S. 73.
- 33 Kalas, Franz: Erinnerungen (wie Anm. 3), S. 4.
- 34 Ebenda.



Familie Kanner 1937: Salomon, Eva, Ruth, Lea, Amalie.

Holocaust-Überlebende Eve Kugler besuchte ihre Geburtsstadt Halle (Saale)

Anne Kupke-Neidhardt

„Wenn ihr heute nach Hause geht, dann erzählt eurer Familie und euren Freunden davon, dass ihr eine Überlebende getroffen habt und sagt ihnen, dass wir nie vergessen dürfen, was passiert ist.“ Diesen Appell richtete die 91-jährige Eve Kugler an die Schülerinnen und Schüler der Berufsbildenden Schule Friedrich List in Halle, die sie zu einem Zeitzeugengespräch in ihrer Aula empfangen hatten. Anlass ihres Besuchs waren die Verlegungen von Stolpersteinen für ihren Großvater Moses Azderbal und dessen Tochter Edith am 14. September 2022 in Leipzig – beide starben in Auschwitz – sowie in Halle für die gesamte Familie Kanner am Tag darauf.

1931 wurde Eve Kugler als Eva Kanner in Halle geboren. Ihre Eltern Amalie und Salomon Kanner betrieben in der Reilstraße 18 ein Textilgeschäft. In der 3. Etage wohnte die Familie mit den drei Mädchen Ruth, Eva und Lea. Mit ihnen lebte auch Salomons

Vater Markus Kanner. Markus stammte ursprünglich aus Mielec in Galizien, heute Polen, und war um 1890 nach Halle gekommen. Hier hatte er erfolgreich mehrere Geschäfte aufgebaut, die er mit dem Eintritt in den Ruhestand seinen Kindern vererbte. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten erlebte die Familie Bedrohung und Ausgrenzung im Alltag. Der Laden überstand jedoch den Boykott jüdischer Geschäfte, auch wenn die Familie sich nun einschränken musste. Die Frage nach einer möglichen Auswanderung wurde zum beherrschenden Thema im Freundes- und Familienkreis. Auch Amalie und Salomon bemühten sich früh um Visa für Palästina. 1935 unternahm Salomon zunächst sogar eine Besuchsreise dorthin, um die Lebensbedingungen für seine Familie zu erkunden. Er kehrte zurück nach Halle mit dem Ziel, auf offizielle Visa zu warten.

Am 28. Oktober 1938 kam der 80-jährige Markus Kanner gerade von seinem täglichen Spaziergang zurück, als er vor der Reilstraße 18 von zwei Polizisten erwartet wurde. Er sollte mit zur Polizei am Hallmarkt kommen, es würde nur eine Stunde dauern. Die Familie sah Markus nie wieder. Er hatte noch die polnische Staatsbürgerschaft und wurde gemeinsam mit etwa 120 anderen halleschen Juden in der deutschlandweit durchgeführten sogenannten „Polenaktion“ mit dem Zug an die Grenze gebracht. Die deutsche Regierung wollte 1938 die zugewanderten Juden loswerden, aber Polen wollte sie nicht aufnehmen. So irrten die Menschen durchs Niemandsland. Manche schlugen sich über die grüne Grenze in ihre polnischen Geburtsorte durch, andere wurden nach tagelangem Warten dann doch offiziell ins Land gelassen. Markus kehrte zurück in seinen Geburtsort Mielec und lebte dort bei seiner Stiefschwester, die er das letzte Mal gesehen hatte, als er den Ort über 40 Jahre zuvor verlassen hatte. Markus Kanner verstarb im Frühjahr 1940 unter ungeklärten Umständen.

Am 10. November 1938 um 2:30 Uhr in der Frühe wurde die Familie Kanner in der Reilstraße von lautem Klopfen geweckt. Polizisten stürmten in die Wohnung und verhafteten Salomon Kanner. Die Wohnung wurde durchwühlt, Bargeld gestohlen. Die Scheiben des Geschäfts waren zerschlagen, der Inhalt zerwühlt und geplündert. Amalie Kanner musste die Scherben unter Aufsicht zusammenfegen. Es wurde angeordnet, dass die Scheiben bis zum nächsten Tag zu ersetzen seien. Salomon wurde, wie zahlreiche andere in der Pogromnacht verhaftete jüdische Männer, in das Konzentrationslager Buchenwald gebracht.



links: Markus Kanner 1940. | Mitte: Vor Abreise der Kinder in die USA 1941. Ganz links mit Barret Salomon. Vorn rechts Ruth, Eva und die kleine Lea, dahinter Amalie. | rechts: Familie Kanner 1946 in New York.

Amalie war nun allein mit den Mädchen. Den Laden musste sie ohne Gegenwert an einen neuen, nichtjüdischen Besitzer abgeben. Die intensiven Bemühungen in Berlin, Visa für Palästina zu erhalten, scheiterten trotz wöchentlicher Vorsprache endgültig. Amalie gelang es allerdings nun, für Salomon eine Aufenthaltserlaubnis für Frankreich zu erhalten, die seine vorzeitige Entlassung aus dem KZ Buchenwald bewirkte. Am 10.12.1938 kam Salomon nach Hause, Mitte Januar 1939 verließ er Halle in Richtung Paris. Die Wohnung in der Reilstraße 18 musste Amalie verlassen. Grundlage war das „Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden“, nach dem Juden nicht mehr mit „Ariern“ unter einem Dach wohnen durften. Die Kinder brachte Amalie in Leipzig bei ihrem Großvater unter. Sie selbst zog in ein Zimmer einer jüdischen Vermieterin und pendelte fast täglich nach Leipzig.

Im Juli 1939 erhielten Amalie und die Kinder Visa für Frankreich und flogen nach Paris. Als Ausfuhr waren pro Person 10 Reichsmark erlaubt. Hier trafen sie Salomon wieder und lebten in einem Zimmer eines kleinen Hotels. Mit Kriegsausbruch wurde Salomon als deutscher Staatsbürger interniert. Ruth und Eva konnten in einem Kinderheim des Jüdischen Kinderhilfswerks (Œuvre de secours aux enfants – OSE) in Montmorency, später in Montintin unterkommen. Ein Teil der dort untergebrachten Kinder konnte im Juli 1941 mit einem Kindertransport von Portugal per Schiff in die USA entkommen.

Darunter waren auch Ruth und Eva. Sie nahmen die Plätze zweier kurzfristig erkrankter Kinder ein. In den USA kamen die Mädchen getrennt voneinander in Pflegefamilien unter. Es war keine leichte Zeit für sie. Sie waren fremd in einem anderen Land und hatten keine Nachricht von den Eltern. Dazu kamen Jahrzehnte andauernde Schuldgefühle, wie sie zahlreiche Überlebende plagten: Warum hat man selbst überlebt und andere nicht? Dass die Eltern und die Schwester den Krieg überlebt hatten, erfuhren Eva und Ruth erst nach dem Krieg, vier Jahre später.

Das Überleben von Amalie, Salomon und der jüngsten Tochter Lea kann hier nur sehr verkürzt wiedergegeben werden. Es ist vielen kleinen Wundern, Zufällen und mutigen Helfern zu verdanken. Amalies Tätigkeit als Köchin in jüdischen Kinderheimen war zuletzt zu gefährlich geworden. Als Jüdin mit deutschem Pass war sie besonders gefährdet. Beide Eltern waren mehrfach interniert, in Nexon, in Gurs und in anderen Lagern. Salomon musste Zwangsarbeit in Toulouse und in Calais beim Bau des Atlantikwalls leisten. Von dort konnte er fliehen. Amalie und Solomon tauchten mehrfach unter, versteckten sich oder übernachteten wochenlang im Wald. Die französische Widerstandsbewegung Résistance verbarg die 5-jährige Lea in einem Kloster, wo sie zwei Jahre getrennt von ihren Eltern lebte. Die Résistance besorgte zuletzt auch einen gefälschten Pass für Salomon, der ihm die Arbeit bei der französischen Bahn ermöglichte. Amalie wurde als Haushälterin auf einen Bauernhof vermittelt.

Nach dem sehnsüchtig erwarteten Ende des Krieges entschieden Salomon, Amalie und Lea, dass sie in die USA zu ihren Töchtern Ruth und Eva reisen wollten. Bis zur Beschaffung der Visa verging viel Zeit. Im Frühling 1946 wurden die drei Familienmitglieder am Hafen von New York City von zwei jungen Frauen erwartet: Ruth und Eva. Eltern und Kinder hatten sich fast fünf Jahre nicht gesehen. Die Familie baute sich in New York eine neue Existenz auf und fand nach und nach wieder zusammen. Die Zeit der Trennung hatte Spuren hinterlassen.

In den 1980er Jahren begann Eva – nun Eve – ihre Mutter Amalie über die Familiengeschichte zu befragen. Wie in vielen anderen Familien von Holocaustüberlebenden hatte man das Thema verdrängt und beschwiegen. Nun war Eve Journalistin geworden und wollte die Familiengeschichte aufschreiben. Ihre Mutter erzählte nun einmal wöchentlich in der Küche sitzend von der Zeit in Halle und was in Frankreich passiert

war, als die Familie getrennt voneinander gelebt hatte. Eve zeichnete diese Gespräche mit einem Rekorder auf. Nach und nach gesellten sich die anderen Töchter und auch der Vater hinzu und jeder ergänzte, was man noch wusste. Eves Buch erschien 1997 in einem kleinen Verlag unter dem Titel „Shattered Crystals“¹ (zerbrochene Kristalle). Bis zum Erscheinen des Buches hatte Eve nicht öffentlich über ihre Geschichte gesprochen. Nach ihrem beruflichen Ruhestand begann sie eine zweite Karriere als Zeitzeugin in der Bildungsarbeit. Sie nahm mehrfach in Auschwitz am Marsch der Lebenden teil und traf unzählige Schüler- und Studentengruppen vor allem aus den USA und Großbritannien, wohin sie vor rund zwanzig Jahren nach erneuter Heirat übergesiedelt war. Nach Deutschland war sie bisher nie zu solch einem Gespräch eingeladen worden, obwohl sie gern gekommen wäre. Im Herbst 2021 berichtete dpa (Deutsche Presseagentur), dass eine Holocaust-Überlebende ihre Geburtsstadt Halle besucht hatte, während sie zusammen mit einem israelischen Fernseheteam auf der Durchfahrt gewesen war. Diese Meldung erreichte den Zeit-Geschichte(n) e.V., der seit 2003 die Verlegung von Stolpersteinen in Halle koordiniert. Schnell waren im Internet Informationen zu Eve Kugler zu finden. Auf ihrer Seite <http://www.shattered-crystals.net/> ist ihre Geschichte detailliert nachzulesen. Wir nahmen Kontakt auf und gewannen in mehrmonatiger Korrespondenz das Vertrauen Eve Kuglers. Sie war davon ausgegangen, dass sich in Halle niemand für ihre Geschichte interessieren würde. Dieses mangelnde Interesse aus Deutschland und die Nachricht über den Anschlag auf die Synagoge 2019 erweckten den Eindruck, dass man sich hier nicht allzu sehr für die Aufarbeitung der NS-Zeit einsetzen würde. Das Attentat war durch die Medien um die ganze Welt gegangen. Bemühungen der Kommunen und ihrer zivilgesellschaftlichen Organisationen um die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus gelangen dagegen selten über die Landesgrenzen hinaus.

So ließ sich Eve Kugler schließlich von einer Stolpersteinverlegung für ihre Familie überzeugen, als sie erfuhr, dass es in Halle Menschen gibt, die bereit sind, die Patenschaft, und damit die Kosten für die Steine zu übernehmen und als sie hörte, dass darunter auch Familien und Schüler sind.

Mitte September 2022 empfingen wir am Leipziger Hauptbahnhof Eve Kugler aus London in Begleitung ihrer Nichte Janet Rosen aus New York, der Tochter von Kuglers älterer Schwester Ruth. Wir besuchten mit ihnen Orte der Familiengeschichte, Wohn-



Stolpersteine für Ruth, Lea, Eva, Amalie, Salomon und Markus Kanner vor ihrem ehemaligen Wohnhaus in der Reilstraße 18.

häuser, Arbeitsstätten und Friedhöfe, deren Lokalisierung teilweise umfangreiche Recherchen vorausgingen. In Halle suchten wir die Synagoge auf und das Mahnmal für die 1938 zerstörte Synagoge am Jerusalemer Platz. An der Stolpersteinverlegung nahmen zahlreiche Hallenser teil. Die heutigen Bewohner der Reilstraße 18 bereiteten der Zeitzeugin einen herzlichen Empfang im Hinterhof mit Kaffee und Kuchen. Die Initiative hierfür ergriff Familie Hartmann, ein Geschichtslehrer in Wolfen und seine Frau, die mit ihren Kindern im fünften Stock wohnen. Zu einem besonderen und für Eve Kugler freudigen Zusammentreffen kam es mit dem etwa gleichaltrigen Herrn Bühler, der bis heute ganz in der Nähe lebt. Er ist im Wohngebiet dafür bekannt, zu erzählen, dass in der Reilstraße ein Laden war, der 1938 in der Pogromnacht zerstört worden ist.

Als Kind ist er am 10. November 1938 an den zerbrochenen Scheiben vorbeigelaufen und hat erst viel später den Grund für die Zerstörung verstanden. Die langjährige persönliche Aufklärungsarbeit Herrn Bühler übernehmen nun dauerhaft die sechs neuen Stolpersteine, die an das Schicksal der Familie Kanner erinnern.

Mit den Verlegungen im Herbst 2022 liegen in Halle über 270 Stolpersteine. Sie erinnern an Verfolgte des NS-Regimes, vor allem an ermordete Juden, aber auch an

politisch und religiös verfolgte Menschen und „Euthanasie“-Opfer. Ihre Geschichten sind abrufbar unter www.zeit-geschichten.de und nachlesbar in der 2022 erschienenen Broschüre: „Hier wohnte... Stolpersteine in Halle an der Saale.“ Die Broschüre ist bestellbar über die Internetseite des Zeit-Geschichte(n) Vereins.

Anmerkung

- 1 Kanner, Mia Amalia / Rosenzweig Kugler, Eve: Shattered Chrystals, New York 1997.

Aus der Arbeit der Stiftung



Bilinguale Projektwoche der 9/2 in der Gedenkstätte ROTER OCHSE

Bericht von Alina Khazhueva, Teresa Weber (9/2),
Sebastian Hackel (Geschichtslehrer)

Hört man als Hallenser vom „Roten Ochsen“, denkt man an Häftlinge, Verbrechen, an eine Justizvollzugsanstalt. Der „Rote Ochse“ dient jedoch heute auch als Gedenkstätte. Wie er während der Zeit des Nationalsozialismus genutzt wurde, konnten wir, die Klasse 9/2 der Latina August Hermann Francke, in der bilingualen Projektwoche vom 2. bis 6. Mai 2022 eindrucksvoll erfahren.

Der „Rote Ochse“ in Halle (Saale) wurde 1842 als Straf-, Lern- und Besserungsanstalt eröffnet. Während der NS-Zeit diente er kurzzeitig als „Schutzhaft“-Lager und ab 1935 auch als Zuchthaus. Wir erfuhren, dass das Gefängnis auch eine Hinrichtungsstätte der Nationalsozialisten war, dass dort also Menschen unter anderem aufgrund ihrer politischen Haltung getötet wurden. Um diese Vorgänge besser zu verstehen, beschäftigten wir uns während der Projektwoche vor allem mit den Schicksalen einer jüdischen Familie aus Tunesien: Joseph Gilbert und Jean Scemla wurden nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Tunesien durch Denunziation an der Flucht gehindert, verhaftet, deportiert und schließlich in Halle hingerichtet. Außerdem nahmen wir den französischen Widerstandskämpfer Théodore Gerhards näher unter die Lupe. Gerhards wurde ebenfalls im „Roten Ochsen“ hingerichtet.

Wir haben uns jeden Tag, außer Dienstag, früh in der Gedenkstätte getroffen und in Gruppen verschiedene Themen bearbeitet. Eine Gruppe hat sich mit der jüdischen Familie Scemla/Gasquet aus Tunesien beschäftigt, die zweite informierte sich über die Geschichte des „Roten Ochsen“ und die dritte Gruppe behandelte Théo Gerhards näher.

Am Dienstag haben wir uns früh auf dem Marktplatz getroffen und sind dann gemeinsam mit unserem Geschichtslehrer Herrn Hackel und zwei Mitarbeiterinnen aus der Gedenkstätte zum Gertraudenfriedhof gefahren. Dort angekommen, haben wir uns zwei Grabfelder angesehen, auf denen deutsche und internationale Opfer des Nationalsozialismus bestattet sind. Aufgrund von falschen Schreibweisen der Namen war eine richtige Zuordnung nach den Herkunftsländern der Menschen nicht immer



links: Théo Gerhards | rechts: Joseph Scemla

möglich. Einige Leichen sind nach Kriegsende in die Heimatländer überführt worden. Danach sind wir weiter zum Grabfeld des Anatomischen Instituts der Universität Halle gegangen. Leichen der im „Roten Ochsen“ hingerichteten Menschen wurden in manchen Fällen für Forschungszwecke an die Universität übergeben. Im Anschluss besichtigten wir den Hof des ehemaligen Gerichtsgefängnisses am Hansering, auf dem sich noch Freigangzellen aus der DDR-Zeit befinden. Dann sind wir weiter zum Landgericht von Halle gegangen, wo uns erklärt wurde, wie Verhandlungen während der NS-Herrschaft abliefen. Hier hatte auch das Sondergericht Halle getagt, das von 1933 bis 1945 gegen insgesamt mehr als 6.000 Personen verhandelte und heutige rechtsstaatliche Prinzipien, wie zum Beispiel das Recht auf eine effektive Verteidigung, völlig ausblendete. Unser letzter Halt war dann ein altes Polizeigebäude am Hallmarkt, das früher auch von der Gestapo genutzt wurde.

Der große Höhepunkt für uns alle kam dann am Donnerstag, als wir mit Frédéric Gasquet ein Interview per Videokonferenz geführt haben. Wegen Corona konnte er nicht persönlich zu unserer Projektwoche aus Frankreich kommen, aber er hat sich dennoch Zeit genommen und uns einige unserer Fragen beantwortet. Frédéric Gasquet ist der





Gilbert Scemla, Vater von Frédéric Gasquet, der während der Projektwoche für ein Online-Interview zur Verfügung stand.

Sohn von Gilbert Scemla, welcher gemeinsam mit seinem Bruder Jean und seinem Vater Joseph im „Roten Ochsen“ enthauptet wurde. Das Schicksal seiner Familie hat Monsieur Gasquet nie losgelassen. Aus diesem Grund führte er umfangreiche Recherchen durch, die er seinem Buch „Der Brief meines Vaters – Eine tunesische Familie in der Nazi-Hölle“ veröffentlichte. M. Gasquet äußerte sich im Interview ausführlich über seine Familie und ging bereitwillig auf unsere Fragen ein.

Zum Abschluss der Projektwoche haben wir eine Gedenkfeier im ehemaligen Hinrichtungsraum des „Roten Ochsen“ veranstaltet, bei der unter anderem an der Stelle, an der früher Insassen getötet wurden, aus Abschiedsbriefen vorgelesen wurde.

Auch wenn es sich um ein ernstes Thema handelt, hat unserer Klasse die Projektwoche sehr gut gefallen und wir konnten viel über die Hinrichtungen während der NS-Zeit und die Gründe dafür lernen, die uns während der Projektwoche noch präsenter geworden sind. Man sollte aus dieser Zeit lernen, niemals die Verbrechen aus der Zeit des Nationalsozialismus zu vergessen und sich für unsere Demokratie einzusetzen.

Für alle Interessierten ist hier die Übersetzung des auf Französisch geführten Interviews zu finden. Wir hoffen auf eine interessante und erkenntnisreiche Lektüre.

Klasse 9/2 (9/2): Guten Tag Herr Gasquet, wir hoffen, dass es Ihnen gut geht. Es ist eine große Ehre für uns, dass wir uns heute mit Ihnen unterhalten dürfen.

Wir sind Schüler der neunten Klasse und unsere Muttersprache ist nicht Französisch, aber wir hoffen, dass unsere Französischkenntnisse für dieses Gespräch ausreichen werden. Bei Bedarf haben wir auch vier Austauschschüler und unseren Lehrer hier, die uns hoffentlich helfen können.

Diese Woche beschäftigen wir uns in der Gedenkstätte mit der politischen Justiz während der Nazizeit in Halle. Im Rahmen dieses Themas sind wir auf das Schicksal Ihrer Familie gestoßen. Wir konnten nur etwas aus Dokumenten und Papieren erfahren, aber wir bevorzugen, die Geschehnisse mündlich erzählt zu bekommen. Sie hatten mit Sicherheit mehr Zeit, um Informationen zu sammeln und zusammenzutragen und sind aufgrund Ihres persönlichen Bezugs viel vertrauter mit der Geschichte. Könnten Sie das tragische Schicksal Ihrer Familie in Kurzform für uns zusammenfassen?

Fred Gasquet (F.G.): Ich war zwei Jahre alt, als mein Vater, mein Onkel und mein Großvater in Tunesien festgenommen wurden. Zuerst brachte man sie für drei Monate nach Tunis, im Mai flogen sie nach Berlin, wo aussortiert wurde: Einige wurden zu Tode gefoltert, andere in Vernichtungs- und Konzentrationslager geschickt. Meine Familie blieb ein Jahr in Dachau und wurde 1944 zu Tode verurteilt. Sie kamen nach Halle (Saale) in den „Roten Ochsen“, wo sie durch die Guillotine starben. Meine Mutter erfuhr ein Jahr später von der Hinrichtung, weil ein Kommandant der französischen Flotte einen Brief an meine Großmutter geschrieben hatte.

Als ich elf Jahre alt war, las mir meine Mutter zum ersten Mal den Brief meines Vaters vor, den er kurz vor seiner Hinrichtung in seiner Zelle an sie geschrieben hatte. Ich verstand nicht alles, aber als ich meine Mutter weinen sah, war ich gerührt. Ich war mir jedoch nicht bewusst, was vor sich ging. Als ich sechs Jahre alt war, hat meine Mutter erneut geheiratet. Mein „Stiefvater“ war für mich wie mein richtiger Vater und ich habe ihn immer nur als solchen bezeichnet. Dank meinen Eltern lebte ich ein glückliches Leben. Mit 20 Jahren verließ ich Tunesien, um in Frankreich zu arbeiten. Als ich in den Ruhestand ging, wollte ich ein Buch für meine Kinder schreiben. Dank



Michael Viebig [Leiter der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)] erfuhr ich alles, was passiert war. Er hat mir viele Informationen gegeben und jetzt weiß ich genau, was geschehen ist.

Ich möchte mich beim Direktor und den Französischlehrern der Latina bedanken, die diesen intellektuellen Austausch ermöglichen.

9/2: Welche Rolle hat Ihr biologischer Vater in Ihrem Leben gespielt? Haben sich Ihre Gefühle gegenüber Ihrem Vater im Laufe der Zeit verändert?

F.G.: Mein biologischer Vater verschwand aus meinem Leben, als ich zwei Jahre alt war. Dank der Aussagen meiner Familie konnte ich mir ein Bild davon machen, wer mein Vater war. Ich hatte immer großen Respekt vor ihm, aber empfand auch eine große Traurigkeit, weil er nicht da war. Ich hatte das Glück, einen Vater (meinen Stiefvater) zu haben, der mich zusammen mit meiner Mutter im Leben begleitete. Beide haben mir sehr geholfen, mich unterstützt und mich geliebt. Daher bin ich für diesen Teil meines Lebens, in dem ich mit meinen Eltern gelebt habe, sehr dankbar.

9/2: Wie war Ihre Beziehung zu Ihrem Stiefvater? Welche Rolle spielte er in Ihrem Leben?

F.G.: Ich hatte eine sehr gute Beziehung zu meinem Stiefvater. Für mich ist er nicht mein Stiefvater, sondern mein Vater. Man könnte also sagen, dass ich mit zwei Vätern gelebt habe.

9/2: In welchem Alter haben Sie den Brief Ihres Vaters zum ersten Mal komplett gelesen? Können Sie sich an Ihre Reaktion oder Ihre Gefühle erinnern?

F.G.: Meine Mutter hat ihn mir vorgelesen. Ihr fiel es sehr schwer. Sie weinte sogar. Erst mit der Zeit sprach sie immer wieder von meinem Vater, damit er uns im Gedächtnis blieb. Ich habe den Brief mit 15 Jahren erstmals allein gelesen, habe aber keine Erinnerungen daran. Jedoch habe ich die Tragweite des Dramas erkannt. Meine Mutter

hat sich Wort für Wort an die Wünsche meines Vaters für meine Erziehung gehalten. Indirekt hatte ich also drei Elternteile.

9/2: Ihre Mutter hat den Brief mehrere Jahre nach dem Krieg erhalten. Wissen Sie, ob sie vor oder nach Erhalt des Briefes Nachforschungen angestellt hat oder wie ist sie mit den Ereignissen umgegangen?

F.G.: Meine Mutter kannte die Informationen und wusste, wie meine Familie hingerichtet worden war. Sie war zutiefst ehrlich und hat mich nur ein einziges Mal in ihrem Leben angelogen. Sie hat keine Nachforschungen angestellt, die einzigen Informationen, die sie hatte, stammten aus den Briefen von Zeugen, die sie gelesen hatte.

9/2: In welcher Hinsicht hat Ihre Mutter Sie angelogen?

F.G.: Sie sagte mir, dass meine Familie erschossen und nicht geköpft worden sei.

9/2: Sind Sie Ihrer Mutter für diese Lüge böse?

F.G.: Nein, weil dieser Glaube „besser“ war. Erschossen zu werden ist schrecklich, aber geköpft zu werden ist der Horror. Meine Mutter starb, als ich etwa 50 Jahre alt war, heute danke ich ihr für diese Lüge.

9/2: Seit wann ist Ihnen das Schicksal Ihrer Familie bewusst? Wann haben Sie verstanden, was mit Ihrer Familie passiert ist?

F.G.: Ich wusste sehr wenig darüber, was ihnen zugestoßen war, bis ich mit einigen Personen in Kontakt kam, beispielsweise mit Michael Viebig.



9/2: Sie haben ein zweihundert Seiten langes Buch geschrieben. Wie lange haben Sie dafür gebraucht?

F.G.: Ich habe zweieinhalb Jahre gebraucht. Ich habe angefangen zu schreiben, damit meine Kinder das Schicksal, das ich annehmen musste, kennenlernen. Ich bin jüdischer Abstammung, biologisch gesehen, aber meine Mutter hat mich im Alter von drei Jahren taufen lassen.

9/2: War es schwierig für Sie, das Buch zu schreiben? Sie mussten sich den Ereignissen ja noch einmal stellen. Warum wollten Sie diese sehr persönliche Geschichte veröffentlichen?

F.G.: Ja, es gab Momente, in denen es schwierig war, aber gleichzeitig gab es auch ein Gefühl der Befriedigung. Es war eine Pflicht zur Erinnerung und es ermöglichte mir, das Leben meiner Eltern zu verlängern und sie für einen Moment wieder leben zu lassen und mit dieser Geschichte ins Reine zu kommen.

9/2: Sind Sie mit den Informationen, die Sie beim Schreiben des Buches über Ihre Familie erhalten haben, zufrieden oder gibt es noch andere konkrete Fragen, die Sie gerne beantwortet hätten?

F.G.: Die Informationen, die ich bekam, als ich mich mit Michael in Verbindung setzte, waren unglaublich, ich konnte es schlicht nicht glauben.

9/2: Hat Ihnen die Veröffentlichung Ihres Buches geholfen, das Schicksal Ihrer Familie zu bewältigen?

F.G.: Zunächst einmal habe ich das Buch für meine Kinder geschrieben, um ihnen die Geschichte ihrer Familie zu erzählen. Dann habe ich es mit meinen engsten Freunden und meiner Familie geteilt. Dann habe ich es veröffentlicht. Tausende von Menschen

haben mein Werk gelesen. Ich erhielt viele Briefe von Leuten, die ich nicht kannte, und hielt bestimmt 20 bis 30 Vorträge. Dann wurde ich zu einer großen Veranstaltung in Jerusalem eingeladen und erzählte meine Geschichte vor mehr als 500 Menschen. Ich empfand diese Erfahrung als sehr wohltuend, tröstlich, aber auch befriedigend.

9/2: Wie war Ihre Reaktion, als Ihre Freunde Ihnen rieten, Ihr Werk zu veröffentlichen?

FG.: Meine Reaktion war eher zurückhaltend. Ich wusste, dass sie es ehrlich meinten, aber es bedeutete, einen Teil meines Lebens zu enthüllen. Dennoch fühlte ich mich geehrt, sehr geehrt. Dann machte ich mich auf die Suche nach einem Verleger. Nachdem ich ihm mein Buch übergeben hatte, leitete er es an eine Vereinigung „liberté mémoire“ weiter, deren Vorsitzende Germaine Tillon war. Sie ist heute im Panthéon begraben. Einige Tage später wurde ich von dieser Vereinigung eingeladen. Es gab ein Treffen, wir waren bestimmt zehn Personen. Sie stellten mir Fragen zu dem Buch und gaben ihre Zustimmung zur Veröffentlichung.

9/2: Hat der Erfolg Ihres Buches Ihre Beziehung zu Ihren Freunden, Ihrer Familie verändert?

FG.: Nur meine engsten Freunde und meine Familie kannten meine Geschichte. Ansonsten hatte ich niemandem davon erzählt. Sie wussten nichts von meinem Leben. Als das Buch herauskam, waren meine Freunde, mit denen ich nie über mein Leben gesprochen hatte, verblüfft. Sie riefen mich an und stellten mir viele Fragen („Warum hast du uns nichts davon erzählt? ...“). Einige änderten ihren Blick auf mich, bei anderen vertiefte es unsere Beziehung.

9/2: Herr Gasquet, wir danken Ihnen für dieses Interview und Ihre offenen Antworten.

Wir bedanken uns recht herzlich für die Zeit, die sich M. Gasquet genommen hat, und seine ehrlichen Antworten, die er uns gegeben hat.





Kranzniederlegung am Grenzdankmal Hötensleben zum 70. Jahrestag der innerdeutschen Grenzschließung, 26. Mai 2022

Der vergessene Gedenktag – Veranstaltungsreihe der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn zum 70. Jahrestag der Schließung der innerdeutschen Grenze

Insa Ahrens | Felix Ludwig

Der 26. Mai 1952 ist das Datum eines vergessenen Verbrechens. Im Jahreszyklus bundesdeutscher Gedenkfeiern taucht der Tag kaum auf – der Fokus der Öffentlichkeit liegt vielmehr auf dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 sowie dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961. Es handelt sich in beiden Fällen ohne Zweifel um einschneidende Ereignisse der Zeitgeschichte. Doch dass die DDR die innerdeutsche Grenze bereits neun Jahre vorher abriegelte, befestigte und tausende vermeintlich politisch unzuverlässige Menschen aus dem neugeschaffenen Grenzgebiet zwangsumsiedelte, ist eine auffällige Lücke in unserer Erinnerungskultur.

Um die historische Zäsur der Grenzschließung wieder mehr ins öffentliche Bewusst-



Von Schülerinnen und Schülern aus Niedersachsen und Sachsen-Anhalt erarbeitete Kunstinstallation.

sein zu rücken, bot die Gedenkstätte Deutsche Teilung neben der eigentlichen Gedenkstätte am Grenzdenkmal Hötensleben ein vielfältiges Programm begleitender Veranstaltungen an. Zudem wurde die Bildungs- und Vermittlungsarbeit in diesem Jahr verstärkt auf die Grenzschießung, die Zwangsaussiedlungen und ihre Folgen ausgerichtet.

Gedenkstätte

Die Gedenkstätte als zentrale Veranstaltung fand – wie immer – unmittelbar am 26. Mai am Grenzdenkmal Hötensleben statt. Sie wurde durch die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt / Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, den Grenzdenkmalverein Hötensleben e.V. und den Helmstedter Verein Grenzenlos – Wege zum Nachbarn e.V. organisiert. Das öffentliche Gedenken ist all jenen Menschen gewidmet, die durch das Grenzregime der DDR ihre Heimat verloren, Leid und Unrecht erfahren oder getötet wurden.

Die Veranstaltung wurde durch Stiftungsdirektor Dr. Kai Langer eröffnet. Er äußerte Verständnis für die Absage des Bundeskanzlers, zeigte sich jedoch erfreut, dass sich



stattdessen Marie-Luise Tröbs (die Präsidentin des Bundes der in der DDR Zwangsausgesiedelten e.V.) spontan bereit erklärt hatte, die diesjährige Gedenkrede zu halten. Anschließend sprachen Franziska Weidinger (Ministerin für Justiz und Verbraucherschutz des Landes Sachsen-Anhalt) sowie Dr. Bernd Althusmann (Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung des Landes Niedersachsen) jeweils Grußworte „aus Ost und West“. Zentral war die nachfolgende Rede von Frau Tröbs, die aus eigenem Erleben von den Zwangsaussiedlungen im Zuge des Mauerbaus 1961 berichten konnte. Ihre berührenden Worte trafen ins Herz und verdeutlichten das Leid, das den Zwangsausgesiedelten zugefügt wurde. Anschließend fand eine Kranzniederlegung am Grenzdenkmal statt. Eine Schweigeminute und Musik durch den Posanenchor St. Stephani Helmstedt boten die Möglichkeit zum stillen Gedenken.

Danach stellten Schülerinnen und Schüler aus Sachsen-Anhalt und Niedersachsen eine Kunstinstallation vor, die sie (organisiert und finanziert von Grenzenlos – Wege zum Nachbarn e.V.) anlässlich der Gedenkstunde angefertigt hatten. Sie zeigte Figuren aus Draht, gruppiert um einen Tisch aus Holz. Der Tisch war in der Mitte zersägt und durch einen Maschendrahtzaun getrennt. Die eine Seite des Tisches war golden gestrichen, um das Klischee des goldenen Westens aufzugreifen. Ein Vogel auf dem Maschendrahtzaun sollte den Wunsch der DDR-Bürgerinnen und DDR-Bürger nach Freiheit symbolisieren. Die Figuren waren nach der Gedenkstunde noch einige Wochen am Grenzdenkmal zu sehen.

Im Anschluss an die Gedenkstunde richtete der Grenzdenkmalverein Hötensleben ein „Café der Begegnung“ aus, das zu Gesprächen zwischen von Teilnehmenden und vorbeifahrenden Menschen einlud.

Highlights der Veranstaltungsreihe

Im Vorfeld wie auch im Nachgang des historischen Datums boten drei flankierende Veranstaltungen die Möglichkeit, sich mit verschiedenen Facetten der Geschichte der Grenzschiebung zu beschäftigen:¹ Am 15. Mai eröffnete die Fotografin Anne Heinlein in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn die Wechselausstellung „Wüstungen“. Die ausgestellten Landschaftsaufnahmen im Großformat zeigen Orte, an denen kleine Weiler und Gehöfte dem Ausbau der innerdeutschen Grenze weichen mussten. Kontrastiert werden diese Fotos mit Bildern aus der Zeit, als die Gebäude noch standen. Frau Heinlein sprach über die Entstehung der Ausstellung, die sie

gemeinsam mit Göran Gnaudschun erarbeitet hat. Danach diskutierte sie mit Dieter Leupold (stellvertretender Landesvorsitzender des BUND Sachsen-Anhalt) darüber, wie heute mit den Überresten der geschleiften Orte umgegangen wird.

Am 16. Juni hielt die amerikanisch-deutsche Professorin Astrid Eckert unter dem Titel „Der Osten von Westen“ einen Vortrag über das westdeutsche Zonenrandgebiet und beleuchtete so die Folgen der Grenzschießung für die alte Bundesrepublik. In diesem Zusammenhang gewährte sie Felix Ludwig (Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn) ein Interview, das in diesem Rundbrief veröffentlicht ist.²

Was die Zwangsaussiedlungen für die ostdeutschen Grenzbewohnerinnen und Grenzbewohner bedeuten konnte, wurde am 7. Juli durch die szenische Lesung „Heimats-ehnen“ der Figurenspielerin Julia Raab und der Dramaturgin Sandra Bringer deutlich. Im Zentrum der Aufführung stand die Puppe eines streunenden Katers, der dem Publikum seine Geschichte berichtete: Als seine Familie aus dem Grenzgebiet zwangsausgesiedelt wurde, ließ man ihn zurück. Seitdem streift er einsam durch sein Heimatdorf. Aus der Perspektive des Tieres und mithilfe symbolischer Gegenstände wie einem Spielzeug-LKW, konnten viele Perspektiven der „Aktion Ungeziefer“ erzählt werden: die offizielle Propaganda des Regimes, die Zwangsaussiedlungen der Menschen selbst und die Reaktionen im Ort. Mithilfe des von der Gedenkstätte bereitgestellten Materials zeichneten Frau Raab und Frau Bringer ein anschauliches Bild jenes Verbrechens. Dieser Eindruck verdichtete sich im anschließenden Gespräch mit der Gedenkstättenleiterin Dr. Susan Frisch und dem Zeitzeugen Dr. Gerhard Muth, dessen Onkel zwangsausgesiedelt wurde.

Bildungsarbeit

Ein Workshop zum Thema „Grenzschießung & Zwangsaussiedlung“ existierte bereits als Baustein in der Bildungsarbeit der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. Anlässlich des 70. Jahrestages der Grenzschießung wurde er noch einmal grundlegend durch das pädagogische Team überarbeitet. Es ging darum, das Format den veränderten Sehgewohnheiten von Schülerinnen und Schülern und neuen Trends in der Gedenkstättenpädagogik anzupassen.

Als Ziel des Workshops sollen die Jugendlichen für die Verbrechen der Grenzschießung 1952 und die damit einhergehenden Zwangsaussiedlungen im grenznahen Gebiet sowie für die Auswirkungen der deutschen Teilung für Betroffene sensibilisiert werden.



In seiner Grundform besteht der Workshop aus drei Teilen: Zu Beginn steht, erstens, die Einführung in den historischen Kontext. Dabei werden ikonographische Bilder und Jahreszahlen aus der deutschen Teilungsgeschichte genutzt, die die Schülerinnen und Schüler in die richtige Reihenfolge bringen sollen. Auf diese Weise soll das Vorwissen der Klasse aktiviert und in Erfahrung gebracht werden, welche Ereignisse ihr bekannt sind. Gleichzeitig erkennen die Heranwachsenden, dass der Ausbau der Grenzbefestigungsanlagen nicht plötzlich passierte, sondern stetig voranschritt. Sie können Rückfragen stellen und werden inhaltlich auf den Workshop-Tag eingestimmt.

In einem zweiten Schritt vertiefen die Schülerinnen und Schüler einzelne Aspekte der Grenzschießung. Dies kann durch ein Gespräch mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen oder durch die Beschäftigung mit schriftlichen Quellen erfolgen. Besonders in Erinnerung blieb die Frage eines Schülers, der den anwesenden Zeitzeugen fragte, was er sich von seinem Begrüßungsgeld nach der Wende gekauft habe. Die Antwort – weiße Turnschuhe – schuf eine persönliche Ebene zur sonst so „fremden“ Geschichte. Auch die Auseinandersetzung mit den historischen Quellen zeigte gute Resultate: Die Jugendlichen verfassten beispielsweise fiktive Tagebucheinträge zur Grenzschießung 1952, gestalteten Flugblätter zu den Zwangsaussiedlungen, formulierten eine Einladung ins grenznahe Sperrgebiet mitsamt der dort geltenden Regelungen und schrieben Zeitungsartikel. Diese kreative Arbeit wurde vonseiten der Lernenden immer wieder positiv hervorgehoben.

Zum Ende jedes Workshops werden die Erfahrungen und Erkenntnisse reflektiert und Bezüge zur Gegenwart hergestellt. Gerade die Frage, welche Bedeutung Grenzen heute haben oder wie wir die Grenzschießungen während der Corona-Pandemie empfunden wurden, was Freiheit eigentlich bedeutet oder ob es eine „deutsche“ Identität gibt, brachten spannende Diskussionen hervor. Der Workshop wurde auch auf Englisch neu konzipiert, um internationale Gruppen adressieren zu können. Der Praxis-Test konnte bereits mit dem Austausch-Programm Erasmus-Plus ausprobiert werden.

Diese Erfahrungen stehen beispielhaft für Rückmeldungen, die uns immer wieder erreicht haben. Müsste man die Veranstaltungen mit einem Wort zusammenfassen, so wäre dies gewiss „bewegend“. Bewegend war die Rede von Marie-Luise Tröbs, ebenso wie die Schicksale verlorener Dörfer oder die Inszenierung von Julia Raab. Bewegt waren sicherlich auch viele der Schülerinnen und Schüler, die sich während der Pro-

jektstage mit der deutschen Teilung auseinandersetzen. In ihrer Gesamtheit zeigten die Lesungen, Diskussionen und Workshops, dass Grenzschießung, Zwangsaussiedlungen und ihre Folgen noch immer aktuell sind. Offenkundig besteht noch immer ein wesentliches öffentliches Interesse an dem Thema.

Der Gedenkstätte gelang es, wieder Aufmerksamkeit auf die Schließung der innerdeutschen Grenze zu lenken. Andere Grenzmuseen, wie jene in Teistungen und Mödlaareuth, haben den runden Jahrestag ebenfalls für eigene Veranstaltungsreihen genutzt. Gleichwohl bedarf es noch weiterer Arbeit, um den 26. Mai als Gedenktag fest in der bundesdeutschen Erinnerungskultur zu etablieren.

Anmerkungen

- 1 Der Vortrag von Christian Hellwig (Universität Hannover) zur innerdeutschen Grenze im zeitgenössischen Film im Juli musste leider verschoben werden und wurde erst nach Redaktionsschluss am 13. Oktober nachgeholt. Siehe dazu auch Hellwigs Artikel in diesem Rundbrief: Christian Hellwig: Die inszenierte Grenze – Flucht und Teilung in deutschen Spielfilmen der Fünfziger- und Sechzigerjahre, S. 15-26.
- 2 Vergessenes Grenzland? Interview mit Astrid M. Eckert zu ihrem Buch „Zonenrandgebiet. Westdeutschland und der Eiserner Vorhang“, S. 66-73.





Eli und Shuli Barzilai in der Gedenkstätte ROTER OCHSE am 31. August 2022

Persönlich, konkret, verständlich: Zeitzeuge Eli Barzilai zu Besuch in der Gedenkstätte ROTER OCHSE in Halle

Marieke Rösner

„Als ich 15 war, erzählte mir mein Vater, dass meine biologischen Eltern im Holocaust umgekommen waren. Meine Adoptivmutter Sarah holte mich aus einem Schweizer Kinderheim und immigrierte mit mir nach Israel.“

Während Eli Barzilai seine Geschichte erzählt, sitzen ihm im Seminarraum der Gedenkstätte ROTER OCHSE etwa 50 Schülerinnen und Schüler gegenüber und hören gebannt zu. Die Jugendlichen sind alle 15 bis 16 Jahre alt und können wohl besonders gut nachvollziehen, wie es sein muss, in diesem Alter zu erfahren, adoptiert worden zu sein. Trotz der sprachlichen Barriere – Eli spricht nur Hebräisch und Englisch – können die Schülerinnen und Schüler dem Zeitzeugen gut folgen und an den interessierten Nachfragen ist zu sehen, dass viele nachdenklich werden.



Shuli, Eli Barzilai und Anja Hollaender in Naumburg zur Veranstaltung anlässlich des Weltfriedenstages am 1. September 2022



Eli Barzilai reist am 30. August 2022 zusammen mit seiner Frau Shuli aus Israel nach Deutschland. Am Flughafen in Berlin angekommen, werden die beiden von Michael Viebig (Gedenkstättenleiter) und Laura Miete (Gedenkstättenpädagogin) abgeholt. Eine Verzögerung der Gepäckausgabe macht die in Halle verbliebenen Kolleginnen und Kollegen der Gedenkstätte ungeduldig, sie warten auf eine Nachricht, wann alle eintreffen werden. Denn selbst für die Historikerinnen und Historiker des ROTEN OCHSEN steht ein Zeitzeugenbesuch aus Jerusalem nicht oft auf der Tagesordnung. Schließlich kommen alle zwar unversehrt, aber erschöpft in Halle an. Die Stadt ist für Eli und Shuli schon bekannt, da sie bereits im Jahr 2018 zu Besuch in der Gedenkstätte waren. Michael Viebig hatte sich des Falles angenommen, mit der Familie zusammen über Peter Hollaender recherchiert und schließlich durch erhaltene Dokumente die Geschichte aufklären können. Heute ist über Peter Hollaenders Schicksal in der Ausstellung „Als Jüd:innen markiert und verfolgt. Jüdische Identitäten und NS-Tatorte in Sachsen-Anhalt“ nachzulesen, die bis zum 27. September 2022 in der Gedenkstätte ROTER OCHSE besucht werden kann.

An diesem Dienstag treffen Eli und Shuli noch die anderen beiden Kolleginnen des ROTEN OCHSEN, die in das Projekt involviert sind: Eva Langhals und Marieke Rösner. Nach einem Spaziergang auf der Peißnitzinsel lernen sich an diesem Abend alle bei einem gemeinsamen Abendessen kennen und besprechen den Ablauf der nächsten Tage. Einige intensive Tage beginnen am 31. August mit der eingangs erwähnten Schulveranstaltung, bei der Eli Barzilai seine Geschichte den Schülerinnen und Schülern nahebringt. Die beiden Schulklassen kommen in der Gedenkstätte ROTER OCHSE nach einem kurzen Bericht von Eli mit dem Zeitzeugen ins Gespräch. Neben den Jugendlichen haben sich noch andere Gäste eingefunden, um der Veranstaltung beizuwohnen: weitere Angehörige von Eli Barzilai. Elis Vater Peter Hollaender hatte vier Geschwister. Die Familie wurde durch die Nationalsozialisten verfolgt und auseinandergerissen. Einige immigrierten nach Israel, andere flohen in die Niederlande oder nach Afrika. Manche überlebten den Holocaust nicht. Die Verwandten leben heute weit zerstreut. Umso bedeutsamer ist es, dass viele die Gelegenheit nutzen, nach Halle zu reisen, und so die Familie zusammenkommt.

Nach der schulischen Veranstaltung verbringt die Familie etwas Zeit unter sich. Sie besuchen unter anderem das Händelhaus, denn Eli und Shuli sind begeisterte Händelmusik-Hörer. Am Abend kommt eine große Runde zusammen: Neben den Mitwirkenden



Veranstaltung im Volkspark am 1. September 2022.

des ROTEN OCHSEN und Eli und Shuli Barzilai sind Elis Cousins Robert und Edgar Wieland, seine Cousine Anja Hollaender sowie Rayk Wieland, Sohn von Edgar, bei einem gemeinsamen Abendessen anwesend. Nach gutem Essen und angeregten Gesprächen müssen bereits an diesem Abend einige der Gäste zu ihrer Rückreise aufbrechen.

Der nächste Tag beginnt für alle Beteiligten früh: Um rechtzeitig am Domgymnasium in Naumburg zu sein, finden sich alle vor dem Hotel von Eli und Shuli ein und fahren gemeinsam in den Burgenlandkreis. Da Elis Vater in Naumburg geboren wurde, hat die Geschichte für die Stadt und das Domgymnasium eine besondere Bedeutung. Die Schule veranstaltet jährlich anlässlich des Weltfriedenstages am 1. September eine Gedenkfeier auf dem Marktplatz, wo Schülerinnen und Schüler verschiedene Beiträge präsentieren können. Auch Eli Barzilai hat hier die Möglichkeit, etwas zu sagen: „Dieser besondere Tag, der 1. September, dies ist ein kleiner Sieg für den menschlichen Geist; den menschlichen Geist, der alle Schwierigkeiten, alle Probleme überleben wird, der für immer überleben wird.“

Nach dieser Veranstaltung geht die Familie Barzilai in Naumburg auf Spurensuche – Ziel: die ehemalige Arbeitsstätte von Otto Hollaender, dem Großvater von Eli Barzilai,



finden. Sie erreichen das Haus erst nach einigen Umwegen, die auch über die Jüden-
gasse führen, wo sich eine Gedenktafel befindet. Dort gedenken sie einen Moment
ihrer Familienangehörigen. Schließlich wird der Rückweg zur Schule angetreten, um
auch mit den Schülerinnen und Schülern des Domgymnasiums über die Geschichte
von Eli Barzilai zu sprechen. Die Jugendlichen kommen schnell in ein Gespräch mit
dem Zeitzeugen und sind sehr interessiert. Auch für Eli Barzilai ist die Erfahrung, mit
jungen Menschen über seinen Lebensweg zu sprechen, großartig. Er findet es schön,
wenn Jugendliche sich mit der Geschichte beschäftigen, auch wenn sie nicht leicht ist.
Am Abend des 1. September 2022 – die Vorbereitungen für die große Veranstaltung
im Volkspark laufen – findet noch einmal ein Zeitzeugengespräch mit Eli Barzilai und
seiner Frau statt, dieses Mal geöffnet für interessierte Hallenserinnen und Hallenser
und andere, die der Geschichte folgen möchten. Es finden sich zwei weitere Angehö-
rige der Familie Hollaender zu der Abendveranstaltung ein. Nach spannenden Nach-
fragen, angeregtem Austausch und kontroverser Diskussion endet der Abend und Eli
Barzilai spricht sein letztes Wort an das Publikum. Doch wird seine Erzählung wohl
einige noch danach beschäftigen, denn wie Willy Brandt schon sagte: „Die Geschichte
kennt kein letztes Wort.“



Anhang

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Insa Ahrens ist pädagogische Mitarbeiterin der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. | **Prof. Dr. Astrid M. Eckardt** ist Professorin für moderne europäische Geschichte an der Emory University in Druid Hills, Atlanta, Georgia, USA. | **Melanie Engler** ist Leiterin der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin. | **Judith Gebauer** ist pädagogische Mitarbeiterin der Gedenkstätte für die Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg. | **Sebastian Hackel** ist Geschichtslehrer an der LATINA August Hermann Francke. | **Dr. Christian Hellwig** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Didaktik der Demokratie an der Leibniz Universität Hannover. | **Prof. Dr. Ralph Jessen** ist stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. | **Alina Khazhueva** ist Schülerin der 9. Klasse der LATINA August Hermann Francke. | **Anne Kupke-Neidhardt** ist Vorstandsmitglied des Vereins Zeit-Geschichte(n) e.V. | **Dr. Franziska Kuschel** ist Leiterin des Arbeitsbereichs Wissenschaft in der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. | **Dr. Kai Langer** ist Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt. | **Felix Ludwig** ist kommissarischer Leiter der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. | **Stefan Melle** ist Geschäftsführer des Austausch e.V. | **Marieke Rösner** ist Studentin der Justus-Liebig-Universität Gießen. | **Dr. Edith Schriebl** ist Ausstellungsleiterin in der Corty-Galerie und Schatzkammer der Sächsischen Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden. | **Teresa Weber** ist Schülerin der 9. Klasse der LATINA August Hermann Francke. | **Dr. Rolf-Dieter Werner** ist Leiter der Gedenkstätte KZ-Außenlager Wansleben. | **Prof. Dr. Michael Wolffsohn** ist Historiker und Publizist.

Fotonachweis

Titelbild: Kai Langer

S. 3 / 4 / 5 / 8 / 10: Bundesstiftung Aufarbeitung, Klaus Mehner | S. 6: Bundesstiftung Aufarbeitung, Harald Schmitt | S. 14: Felix Ludwig | S. 30: Kai Langer | S. 44: Landtag von Sachsen-Anhalt | S. 50 / 53 / 56 / 61: Matthias Ritzmann für die Kunststiftung Sachsen-Anhalt | S. 58: Kunststiftung Sachsen-Anhalt | S. 73: Jüdisches Museum Berlin, Yves Sucksdorff | S. 75 : Jüdisches Museum Berlin, Roman März | S. 78: Deutsches Historisches Museum, Thomas Bruns | S. 80: Mémorial de Caen | S. 84: Verein zur Aufarbeitung der NS-Gewaltherrschaft/Salzbergwerk Neu-Mansfeld/Georgi e.V. | S. 87: Martin Werner | S. 91 / 93: Rolf-Dieter Werner | S. 96 / 98: Eve Kugler | S. 101: Zeit-Geschichte(n) e.V. | S. 105 / 106: Foto: privat | S. 112 / 113: Lena Marie Mang | S. 118 / 119: Marieke Rösner | S. 121: Eva Langhals

Impressum

Herausgeberin: Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt | Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg
Tel. 0391 244 55-930 | Fax -998 | Mail: info-geschaefsstelle@erinnern.org

Redaktion: Kai Langer (v.i.S.d.P.), Matthias Ohms

Gestaltung | Druck: laut wie leise, Halle | Halberstädter Druckhaus GmbH

ISSN-Nr.: 2194-2307

Spendenkonto: IBAN: DE74 8100 0000 0081 0015 16 | BIC: MARKDEF1810

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar. Für die inhaltlichen Aussagen sowie für die Veröffentlichungsrechte der verwendeten Fotos tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt wird gefördert durch das Land Sachsen-Anhalt.



SACHSEN-ANHALT

#moderndenken

**HELFEN SIE
MIT IHRER SPENDE
ÜBERLEBENDEN DER
NS-VERFOLGUNG
IN DER UKRAINE**

SPENDENKONTO

bei der Berliner Volksbank

Empfänger: Kontakte-Kontakty

IBAN: DE59 1009 0000 2888 9620 02

BIC: BEVODEBB

**Hilfsnetzwerk für
Überlebende der
NS-Verfolgung
in der Ukraine**

